

Preussische Allgemeine



Nr. 45 · 10. November 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Tage der Offenbarung

Während die „Pro-Palästina“-Kundgebungen zur Kampfansage an die westliche Gesellschaft werden, ringt die Politik nach angemessenen Antworten **Seiten 1, 2, 3 und 24**



Tansania Anmerkungen zur deutschen Kolonialgeschichte **Seite 11**



Heimat Eine Reise ins nördliche Ostpreußen in schwieriger Zeit **Seite 23**

VON RENÉ NEHRING

GESELLSCHAFT

Der kämpferische Islam trifft auf einen entkernten Westen

Das Erschrecken über die „Allahu akbar“-Rufe auf Europas Straßen und Plätzen offenbart auch die Schwäche der westlichen Institutionen und Sinnstifter

Auf den Terror im Nahen Osten folgte die Kampfansage im Westen. Seit den Anschlägen der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 ziehen beinahe täglich zehntausende Moslems durch die Straßen europäischer Städte. Egal ob in London, Paris oder Berlin – umgehend mischte sich in die Bekenntnisse zu einem „freien Palästina“ auch der Schlachtruf „Allahu akbar!“ (Gott ist groß).

Die Meinungsbildner im Westen reagieren darauf mit den üblichen Reflexen: Sie debattieren über die Begrenzung der Zuwanderung, über die Möglichkeiten einer Rückführung abgelehnter Asylbewerber oder das Verbot extremistischer Organisationen. Worüber sie kaum bis gar nicht reden ist, was wir – der Westen allgemein und Deutschland im Besonderen – der Herausforderung unserer Tage inhaltlich entgegenzusetzen haben.

Worauf stoßen jene Zuwanderer, deren Kampfansagen gerade durch unsere Straßen hallen? Die ehrliche Antwort: Sie treffen auf eine Gesellschaft, die viele ihrer Grundlagen in einer Mischung aus schludriger Vernachlässigung und mutwilliger Zerstörung lange verkommen ließ. Nicht nur die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts – Kommunismus und Nationalsozialismus – haben vieles von dem abgeräumt, was über Generationen das Selbstverständnis der westlichen Nationen prägte, auch der Liberalismus mit seiner Fokussierung auf das Individuum und erst recht der Konsumismus der Wohlstandsgesellschaft, dem Bräuche und Feste wie Ostern und Weihnachten nur noch deshalb heilig sind, weil dann die Ladenkassen besonders laut klingeln, haben ihren Anteil an einer beispiellosen inhaltlichen Leere.

Seelenlose Kirchen und Verbände

Diese Leere fällt vor allem bei jenen Institutionen auf, die traditionell für das Stiften von Sinn und Gemeinschaft verant-

wortlich waren: den Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen. Sie alle haben sich in den vergangenen Jahrzehnten dem Geist der Zeit angepasst und ihren jeweiligen Daseinszweck allzu oft nur noch als Schmuckwerk angesehen.

Dies gilt besonders für die beiden großen Kirchen. Als Antwort auf die allgemeine Glaubenskrise der Moderne stellten diese nicht etwa die Frage in den Raum, warum der Mensch des 20. und 21. Jahrhunderts noch an eine höhere, ihn zu Demut verpflichtende Instanz glauben soll, sondern wandelten sich zu Anbietern eines breiten Spektrums sozialer Dienstleistungen mit gehobenem ethischen Anspruch. Dass parallel dazu der Islam immer stärker wurde, obwohl er sich dem Geist der Zeit gerade nicht anpasste, sondern selbstbewusst der Moderne den eigenen Glauben entgegenstellte, focht die geistlichen Anführer der Christenheit nicht an. Vielmehr setzten sie auf „Dialog“ und „Toleranz“ und schienen dabei zu hoffen, dass es die muslimischen Glaubensvettern und -basen mit der Religion letztlich ähnlich locker nehmen würden wie sie selbst.

Parallel dazu erfolgte auch der Abbau der weltlichen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gerade in Deutschland wurden die eigene Kultur und Geschichte meist nur noch in Häppchenform gelehrt. Im Ergebnis wissen viele junge Deutsche mit Goethes „Faust“ und Schillers Balladen, Riemenschneiders Skulpturen und Fried-

richs Gemälden, Gutenbergs Buchdruck und Daimlers Auto, Bachs Fugen und Beethovens Symphonien, Kopernikus' Weltbild und Kants Philosophie nichts mehr anzufangen. Wenn überhaupt noch historische Erinnerung gepflegt wird, bleibt diese fast nur noch auf die NS-Zeit beschränkt. Doch auch hier sind die intellektuellen Portionen längst dürftig.

Vorbild Preußen

Geradezu verdrängt wurden auch die großen staatlichen Leistungen deutscher Geschichte, allen voran des Hohenzollernstaates Preußen. Obwohl Preußen als erster Staat überhaupt eine Allgemeine Schulpflicht einführte, obwohl Preußen mit dem Allgemeinen Landrecht der erste moderne Rechtsstaat war und obwohl in Preußen auch die Grundlagen für den modernen Sozialstaat gelegt wurden, schlummert es heute als angeblicher Hort der Reaktion fest verstaubt in den Rumpelkammern unserer Kulturstation.

Dabei könnte gerade die moderne Zuwanderungsgesellschaft einiges aus der preußischen Geschichte lernen. 1664 etwa sicherte das Toleranzedikt des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm die freie Religionsausübung zu. 1671 rief der Kurfürst aus Wien vertriebene Juden und 1685 französische Hugenotten zur Ansiedlung in Preußen auf. Und 1732 ließ sein Enkel Friedrich Wilhelm I., der „Soldatenkönig“, sogar für seine inzwischen im

Land lebenden muslimischen Untertanen im Langen Stall in Potsdam einen Saal zu einer Moschee umbauen.

Allerdings rief Preußen die Zuwanderer nicht aus Gefühlsduselei ins Land, sondern aus Nützlichkeits Erwägungen. Immer wieder wurden für die weiten, aber oft dünn besiedelten Landschaften neue Landeskinder gebraucht. Gleichwohl verteilte der Staat an sie keine Geschenke und Wohltaten. Wie die alteingesessenen waren auch die neuen Bürger zur Zahlung von Steuern und Abgaben verpflichtet – sowie insbesondere auch zur Einhaltung von Recht und Gesetz wie auch zur Akzeptanz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Die Verächtlichmachung eines Asyl gewährenden Staates, wie sie heute tausendfach zu erleben ist, wäre in Preußen undenkbar gewesen.

An all dem sollte sich das heutige Deutschland orientieren. Die „Allahu akbar!“-Rufe dieser Tage sind ein historischer Weckruf. Sie mahnen, der Zuwanderung kulturfremder Gruppen nicht nur ein paar Verwaltungsakte entgegenzusetzen, sondern auch ein klares Bewusstsein davon, was dieses Land ist und sein will – und was nicht. Eine Gesellschaft, die dieses Selbstbewusstsein nicht hat, wird nicht nur niemanden integrieren können, sondern sie wird auch wehrlos sein, wenn andere ihrerseits „Integrationsangebote“ unterbreiten. Wie diese aussehen, zeigt sich gerade auf unseren Straßen und Plätzen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Cottbus bröckelt die „Brandmauer“ der CDU zur AfD **Seite 5**

Kultur

Der Bremer Kunstverein feiert mit großer Ausstellung seinen 200. Jahrestag **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein Streit um ein lokales Lidl-Zentrum wird zur gesamt-polnischen Affäre **Seite 13**

Lebensstil

Die „Heimatstätte für Heimatlose“ in Westerland auf Sylt **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Hamas in Deutschland Ein Blick in die Strukturen und umfangreichen Verflechtungen der Terrorgruppe und ihr nahestehender Gruppierungen offenbart das ganze Ausmaß ihres Netzwerks in der Bundesrepublik

Ein Gestrüpp von Vorfeldgruppen

Anstelle der Hamas selbst treten Organisationen mit oft harmlosen Namen in Erscheinung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Glaubt man dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, leben in der Bundesrepublik lediglich um die 7800 Palästinenser. Tatsächlich dürften es jedoch mehr als 200.000 sein – davon allein rund 40.000 in Berlin. Diese Diskrepanz resultiert daraus, dass Palästina von den Vereinten Nationen nicht als Staat anerkannt wird, was zu großen praktischen Problemen bei der Erfassung führt. Viele Palästinenser gelten als staatenlos oder Bürger jener arabischen Länder, in denen sie sich vor dem Wechsel nach Deutschland aufhielten.

Genauso nebulös ist die hiesige Zahl der Mitglieder, Anhänger und Unterstützer der Harakat al-muqawama al-islamiyya (Bewegung des islamischen Widerstandes; kurz Hamas, was zugleich auf Arabisch „Kampfgeist“ heißt). Dabei steht diese seit 1987 existierende palästinensische Terrororganisation unter Beobachtung aller 17 deutschen Inlandsgeheimdienste.

Hierfür nannte das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz folgende Gründe: Die Hamas strebe nach der „Errichtung eines ‚islamischen Staates‘, der auf der extremistischen Ideologie der Muslimbruderschaft beruht. Diese Ideologie steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die terroristischen Aktivitäten gegen Israel gefährden auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, und die antisemitische Einstellung richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker.“

Deutschland als „Rückzugsraum“

Allerdings scheinen die konkreten Erkenntnisse der Verfassungsschützer über die Hamas relativ begrenzt zu sein. Davon zeugen beispielsweise die zuletzt veröffentlichten Jahresberichte der 16 Landesämter für Verfassungsschutz. So hatte man in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland gar nichts über die Hamas zu vermelden. Und im Bundesamt für Verfassungsschutz wurde angenommen, dass in Deutschland nur rund 450 Perso-

nen der Terrorgruppe nahestehen, was aber extrem unwahrscheinlich ist, wie die Pro-Hamas-Krawalle der jüngsten Tage und Wochen zeigen.

Ansonsten schreibt der Verfassungsschutz über die Hamas, welche in der Europäischen Union seit 2003 offiziell als terroristische Organisation gilt, dass sie die Bundesrepublik vorrangig als „Rückzugsraum“ betrachte. Denn in Deutschland gehe es ihr in aller Regel nur darum, Spenden zu sammeln, den eigenen Einfluss innerhalb der palästinensischen Diaspora auszubauen und pro-palästinensische Lobbyarbeit in der Öffentlichkeit zu betreiben. Hierbei agiere die Hamas ganz überwiegend konspirativ und baue keine erkennbaren eigenen Strukturen auf. Das resultiere aus der Furcht vor Aktionen des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad gegen Führungspersonlichkeiten der Terroristen.

Ungeachtet dieses verdeckten Vorgehens wurde nach dem 11. September 2001 alsbald klar, welche Tarnorganisationen

das Geschäft der Hamas auf deutschem Boden besorgten, nämlich der Islamische Bund Palästina (IBP), der im Islamischen Kultur- und Erziehungszentrum Berlin (IKEZ) residierte, sowie die Vereine al-Aqsa und Yatim-Kinderhilfe. Daraus resultierten zwischen 2002 und 2005 drei Verbotsverfügungen des Bundesinnenministers. Allerdings gab die Hamas ihre Bemühungen deswegen nicht auf, sondern stützte sich in der Folgezeit auf andere Gruppierungen.

An erster Stelle rangiert dabei die am 5. Februar 2009 gegründete Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland (PGD) mit Sitz in Berlin, deren Mitglieder nach Einschätzung des Verfassungsschutzes „überwiegend“ der Hamas angehören oder mit dieser sympathisieren. Die PGD steht heute unter dem Vorsitz von Suhail Abu Shammala und kooperiert mit weiteren Hamas-nahen Organisationen wie der Deutschen Jugend für Palästina (DJP) und dem Palästinensischen Frauenverband. Dazu kommt der angeblich rein ka-

ritative Verein „Die Barmherzigen Hände“, welcher gleichermaßen eng mit der PGD verquickt ist und Spenden zugunsten der Hamas sammelt.

Insofern müssten die PGD und deren Anhängsel nun ebenfalls verboten werden. Und tatsächlich haben die Bundestagsfraktionen von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen am 10. Oktober ein „Betätigungs- und gegebenenfalls ein Organisationsverbot für die Hamas und ihre Unterstützer und Vorfeld- und Tarnorganisationen“ gefordert, wobei ein Verbot der Hamas selbst faktisch bereits schon durch die EU-Einstufung als Terrororganisation besteht. Darüber hinaus ist seit Juni 2021 auch die Verwendung von Kennzeichen der Hamas strafbar.

Bislang bestand die Reaktion der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) allerdings nur in einem Betätigungsverbot für die Hamas und das palästinensische Netzwerk Samidoun, welches hierzulande erwiesenermaßen mit der Hamas kooperiert (siehe unten).



Ihre Gruppe darf in Deutschland nicht mehr aktiv sein: Samidoun-Demonstranten in Köln

Foto: pa

SAMIDOUN

Radikale Moslems und PFLP Hand in Hand

Auch eine altbekannte marxistische Palästinenserorganisation kämpft von Deutschland aus weiterhin für die Vernichtung Israels

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes operieren neben der Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland (PGD) hierzulande noch zwei weitere Gruppierungen mit einer deutlichen ideologischen Nähe zur Hamas, welche die Terrororganisation auch unterstützen. Hierbei handelt es sich zum einen um den Islamischen Dschihad in Palästina (PIJ) und zum anderen um die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP).

Der PIJ wurde 1981 im Gazastreifen von zwei eingefleischten Islamisten gegründet und gilt als ebenso radikal wie die Hamas. Allerdings ist er deutlich kleiner als diese und verfügt auch über keine Massenbasis. Maximal fünf Prozent der

Palästinenser sind Parteigänger des PIJ. Dennoch kooperiert die Hamas mit dem PIJ, was nicht zuletzt aus dessen guten Beziehungen zum Iran resultiert. In Deutschland gibt es vor allem in Nordrhein-Westfalen enge Kontakte zwischen den beiden Terrororganisationen, wobei der dortige Verfassungsschutz Anzeichen dafür sieht, dass sich die PIJ-Aktivisten „in die bereits gefestigten Strukturen der Hamas einbringen“.

Etwas anders sieht das Verhältnis zwischen der Hamas und der PFLP aus. Letztere entstand bereits 1967 in Reaktion auf die arabische Niederlage gegen Israel im Sechstagekrieg. Sie war lange Zeit marxistisch-leninistisch orientiert

und gilt auch heute noch als dezidiert linke Organisation. Insofern ist die PFLP säkular ausgerichtet, womit sie in einem gewissen Gegensatz zur islamistischen Hamas steht. Jedoch teilen beide eine tiefe Feindschaft zu Israel und das Ziel, den jüdischen Staat zu vernichten. Deshalb gehört die PFLP genau wie die Hamas zur sogenannten palästinensischen Ablehnungsfront, die sich jedweden friedlichen Ausgleich mit Israel widersetzt.

Das führt dazu, dass die in der Bundesrepublik lebenden PFLP-Vertreter und die hierzulande untergekommenen Hamas-Leute oder -Sympathisanten an einem Strang ziehen. Dies wurde aktuell vor al-

Gemeinsam mit der Hamas rufen sie in Deutschland zu Demonstrationen auf und feierten den Überfall vom 7. Oktober

lem bei zwei Gelegenheiten sichtbar. So rief das Demokratische Komitee Palästina (DKP), welches nach Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes ein Anhängsel der PFLP ist, gemeinsam mit der Hamas-nahen Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland zu Demonstrationen auf.

Gleichzeitig feierte das ebenfalls zur PFLP gehörende palästinensische Solidaritätsnetzwerk Samidoun den verbrecherischen Hamas-Angriff auf Israel vom 7. Oktober in aller Öffentlichkeit auf den Straßen Berlins und anderer deutscher Städte. Insofern ist es mehr als gerechtfertigt, dass jetzt endlich ein Betätigungsverbot für Samidoun ergeht. W.K.

PFLP UND CO.

Unterstützung von deutschen Linken

Bislang liegen keine Hinweise vor, dass linke Gruppierungen in der Bundesrepublik mit der Hamas kooperieren. Anders verhält es sich dahingegen im Falle der linksterroristischen PFLP samt deren Anhängsel Samidoun, welche hierzulande beide nicht in Konkurrenz zur Hamas stehen, sondern mit dieser Hand in Hand agieren, um die „Befreiung“ Palästinas zu erzwingen (siehe unten). Nachdem zunächst vor allem die Rote Armee Fraktion den Schulterschluss mit der PFLP probte, fand 2017 auf dem Umweg über die „Internationalistische Liste“ auch eine zeitweilige Annäherung von PFLP und Marxistisch-Leninistischer Partei Deutschlands (MLPD) statt.

Darüber hinaus bestehen Verbindungen zwischen der Samidoun und dem Verein Rote Hilfe, welcher links-extreme Straftäter unterstützt. Dieser sammelt unter anderem Spenden für den staatenlosen Künstler und Studenten Musaab Atta, einen Schöpfer von Plakaten für die Samidoun.

Ebenso existieren personelle Berührungspunkte zwischen PFLP beziehungsweise Samidoun und der palästinensischen NGO Addameer Prisoner Support and Human Rights Association, die sich nicht zuletzt dem Ziel verschrieben hat, Terroristen in israelischer Haft Rechtsbeistand zu leisten. So gehört die wegen verschiedener Delikte mehrmals verurteilte frühere Addameer-Direktorin Khalida Jarrar zweifelsfrei der PFLP an. Zwischen 2019 und 2022 erhielt ihre Organisation von der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung 232.600 Euro.

Des Weiteren agiert das palästinensische Bündnis BDS, das sowohl in Deutschland als auch weltweit vehement für Boykotte und Sanktionen gegen Israel wirbt, im Sinne der Hamas. Zudem genießt das BDS die Sympathien oder gar die Unterstützung von Parteien wie der MLPD sowie von Politikern aus den Reihen der Linken und Grünen. Außerdem wurde die offene antisemitische BDS-Unterstützergruppe MIFTAH teilweise von der Heinrich-Böll-Stiftung gesponsert.

W.K.

„... wie Schuppen von den Augen“

Während der Vizekanzler für ein paar Selbstverständlichkeiten gefeiert wird, offenbart sich in aller Klarheit das Scheitern des Traums von einer grenzenlosen Zuwanderungsgesellschaft. Ein Land zwischen alter Naivität und neuem Realismus

VON REINHARD MOHR

Das Lob prasselte von allen Seiten auf Robert Habeck herab, nachdem sein knapp zehnmütiges Video zur aktuellen Lage in Israel, Gaza und auf deutschen Straßen „viral ging“, wie das heute heißt. Von rechts bis links wurde die politische Wiederauferstehung des Wirtschaftsministers und Vizekanzlers gefeiert, die Wiedergeburt des gefühlten Kanzlerkandidaten der Grünen aus den Trümmern des Wärmepumpen-Heizungsdesasters, ja, eine nahezu Churchillhafte Rhetorik von unerbittlicher Klarheit und Entschlossenheit mit einem Hauch von „Blut, Schweiß und Tränen“.

Endlich spricht, so hieß es allenthalben, mal jemand „Klartext“ zu Antisemitismus, Israelfeindlichkeit und jener muslimischen Migration aus dem arabischen Raum, die leider nicht immer nur schöne „Geschenke“ (Göring-Eckardt) für unsere multikulturelle Gesellschaft bereithält. Der Tenor war überwältigend: Eine wahrhaft mutige und staatsmännische Rede, die man eigentlich vom Bundeskanzler oder Bundespräsidenten hätte erwarten können. Doch seien wir ehrlich: Ernsthaft erwartet das niemand mehr.

Das Minimum an Realismus

Allein, was der grüne „Häuptling“ (Selbstbezeichnung gegenüber brasilianischen Ureinwohnern) hier erfreulich klar benannte, war recht eigentlich das absolute Minimum an Realismus und historischem Selbstbewusstsein, das für die Spitze unseres Staates selbstverständlich sein sollte. Offenbar sind seit der Ära Merkel die Maßstäbe derart verrutscht, dass schon das Aussprechen von offensichtlichen Tatsachen preisverdächtig ist. In Wahrheit bestand die Sensation darin, dass sich ein führendes Mitglied der Grünen einem ungeschönen Teil der Realität jenseits von Bullerbü stellte. Zu ihr gehört, dass die bunte Multikulti-Illusion eines gesellschaftlichen Schmelztiegels, in dem sich alle Kulturen, Religionen und ethnischen Konflikte in friedlicher Harmonie vereinen, endgültig zerstoßen ist.

Potzblitz und tatsächlich: Das Verbrennen von Israel-Flaggen und das Preisen des Hamas-Terrors sind, was sonst, Straftaten: „Wer kein Deutscher ist, riskiert seinen Aufenthaltsstatus“, und ja, wer noch keinen Aufenthaltstitel hat, liefert damit einen triftigen Grund, alsbald abgeschoben zu werden. Plötzlich ist auch in den großen staatstragenden Medien von einem „importierten Antisemitismus“ die Rede, der nicht zuletzt durch die Flüchtlingsströme massiv zugenommen hat – genau das also, was Karl Lagerfeld schon vor zehn Jahren prophezeite, wofür der große deutsch-französische Couturier einen riesigen Shitstorm erntete. Nun reden auch Spitzengrüne, die eben noch jedes Sprechen über Grenzen, gar „Obergrenzen“ als reaktionäres Teufelszeug verdammt haben, über „Steuerung“, „Ordnung“ und „Belastungsgrenzen“ der Migration.

Doch immer noch wird etwa vehement bestritten, dass die sehr hohen Sozial- und Versorgungsstandards in Deutschland, die pro Jahr insgesamt mehr als 50 Milliarden Euro kosten, ein „Pull-Faktor“ sind. Auch die massenhafte „Sekundärmigration“ aus sicheren europäischen Drittstaaten nach „Germany“ und die Möglichkeit, praktisch unbegrenzt viele Asylanträge, sogenannte „Nachfolge-Anträge“ zu stellen, gilt in fortschrittlichen Kreisen wider alle Vernunft und jede Lebenserfahrung nicht als Beleg für die ganz besondere Anziehungskraft der Bundesrepublik.

Auch das wird sich wohl noch ändern, doch die lähmende Langsamkeit, in der auch schlichte, ja triviale Einsichten reifen, korrespondiert auffallend eng mit der Zähigkeit, in der sich der „strukturelle Moralismus“ an sei-



Kampfansage an die Multikulti-Gesellschaft: Muslimisches Gebet vor dem Brandenburger Tor vor wenigen Tagen

ne überkommenen Illusionen klammert und dabei immer wieder Naivität mit Menschenfreundlichkeit verwechselt.

Quittung für allzu langes Wegsehen

Doch es ist unbestreitbar: Die furchtbaren, pogromartigen Gräueltaten der Hamas gegenüber israelischen Zivilisten und die Reaktionen palästinensisch-arabischer Milieus hierzulande haben die politische Landschaft verändert, weil sie schockartig das zutage gefördert haben, wovon viele schon seit Jahren warnen: In Deutschland leben Zehntausende, wahrscheinlich Hunderttausende Menschen, die mit unserer offenen, demokratischen Gesellschaft nicht nur nichts zu tun haben, sondern sie ablehnen, aktiv bekämpfen und beseitigen wollen. Die gruselige Demonstration in Essen, wo mehrere tausend Islamisten, säuberlich getrennt zwischen vorangehenden Männern und mit Abstand folgenden Frauen, unter lauten „Allahu akbar!“-Rufen ein weltweites Kalifat forderten, war ein weiteres Menetekel dieser gefährlichen Entwicklung, die so lange beschwiegen, relativiert und beschönigt wurde.

Experten wie der ehemalige ARD-Korrespondent im nordafrikanischen Maghreb, Samuel Schirmbeck, und der Historiker Michael Wolffsohn, liberale Muslime wie Hamed Abdel Samad, Ahmad Mansour und Seyran Ateş, Publizisten wie Thilo Sarrazin und Henryk Broder wurden allzu lange im besten Fall ignoriert, schlimmstenfalls als „rassistisch“, „rechts“ und „islamophob“ verunglimpft. Nun haben wir den Salat und sehen betroffen das Resultat des gezielten Wegschauens: Das Kind ist in den Brunnen gefallen. Noch so viele Millionen für Integrations- und Bildungsangebote, Streetworker und Jugendsozialarbeiter werden daran nichts ändern, auch nicht „Gipfeltreffen“ im Kanzleramt.

Immerhin gehen nun angeblich allen die Augen auf: Wer hätte gedacht, dass Antisemitismus und „gruppenbezogene Menschen-

feindlichkeit“ nicht nur von rechts kommen, sondern auch von links und aus dem islamischen Milieu, von Menschen, die seit Jahren und Jahrzehnten unter uns leben und als „integriert“ gelten? Die Radikalisierung in der Islamistszene findet verstärkt auch im Netz statt. Israelfeindliche Gruppen wie „Generation Islam“ und „Realität Islam“ haben auf Instagram rund 100.000 Follower. Dazu kommen Tik-Tok-Accounts, in denen ständig weitere Kämpfer für Allah mobilisiert werden.

Derweil bekriegen sich libanesische und syrische Clans in deutschen Städten im offenen Straßenkampf um lukrative Geschäfte der organisierten Kriminalität. Sie bilden zwar nur eine kleine Minderheit unter den etwa eine Million Syrern in Deutschland, sind aber europaweit vernetzt und extrem gewaltbereit. Den deutschen Rechtsstaat nehmen sie nicht ernst. Verglichen mit der brutalen Gewaltherrschaft in arabischen Ländern sind die deutschen Behörden ein Ausbund an freundlich-hilfloser Ohnmacht, dem die „Zivilgesellschaft“ stets „Rassismus-kritisch“ auf die Finger schaut. Nebenher beweisen die kriminellen Syrer-Clans, dass die beliebte These falsch ist, bei den Libanesen trage die Bundesrepublik eine Mitschuld, weil sie die oft Staatenlosen jahrelang durch den ungeklärten Aufenthaltsstatus praktisch in die Kriminalität gedrängt habe: Die seit 2015/16 geflüchteten Syrer dürfen alle längst arbeiten, nicht wenige können schon die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen.

Das ganze Gift wird sichtbar

So oder so – jetzt kommt das Gift von Radikalismus und Extremismus hoch, und vielleicht ist es gar nicht schlecht, dass es sich nicht mehr in Hinterhof-Moscheen versteckt, sondern auf unseren Straßen für alle zum praktischen, für alle sichtbaren Anschauungsmaterial wird. Hier stimmt tatsächlich, was UNO-Generalsekretär António Guterres in zynischer Weise über das Hamas-Massaker

gesagt hat: Ja, das alles hat sich nicht im „luftleeren Raum“ entwickelt, sondern ist Folge einer verfehlten Migrations- und Integrationspolitik, die die Interessen des eigenen Landes aus den Augen verloren hat.

Ich erinnere mich noch daran, wie ich im Herbst 2015, also vor acht Jahren, mit einem renommierten Redakteur und Journalistenkollegen in einer Ecke des Newsrooms einer großen Zeitung saß, wo wir uns gegenseitig und ganz im Vertrauen von unseren Bauchschmerzen angesichts der bejubelten „Willkommenskultur“ berichteten. Es war schlicht die stille Skepsis, die uns einte, ob das alles gut gehen würde, auch wenn die damalige Bundeskanzlerin überzeugt war, dass „wir“ das „schaffen“. Als wir uns trennten, hatten wir im gegenseitigen Einvernehmen erleichtert festgestellt, dass unsere Zweifel an der Politik offener Grenzen uns nicht zu Anhängern einer „rechten Abschottungs-Ideologie“ machten. Im Gegenteil: Ideologisch und im Vollgefühl moralischer Genugtuung angesichts der eigenen Großzügigkeit bei der Flüchtlingsaufnahme waren die anderen, damals die klare Mehrheit.

Die hat sich nun radikal geändert, geradezu umgekehrt. Wahlergebnisse und Umfragen sprechen eine klare Sprache, Bürgermeister und Landräte schlagen Alarm. „Wir können und wollen nicht mehr“, zitiert der Bayerische Rundfunk die Landräte der Oberpfalz nach deren Treffen Ende Oktober in Moosbach. Die Kreise würden gezwungen, „gegen die Bevölkerung oder die Bürgermeister eine Politik zu implementieren, die ein gesundes Mittelmaß aus den Augen verliert“.

Welches Land werden wir sein?

Plötzlich fällt es allen wie Schuppen von den Augen: Es sind zu viele, die kommen, wir schaffen das eben nicht mehr, zumal viele, die kommen, sich weder auf das Asylrecht berufen können noch auf den Status eines Kriegsflüchtlings. Während den Grünen, denen allmählich dämmern könnte, dass sie nicht mehr die Avantgarde sind, sondern Nachzügler der politischen Entwicklung, auf ihrem bevorstehenden Parteitag harte Richtungskämpfe und Grundsatzdebatte bevorstehen, fragt sich der Rest des Landes: Wie soll das weitergehen, wo soll das enden?

Welches Land werden wir also sein in zehn, zwanzig Jahren? Robert Habeck weiß es jedenfalls nicht. Seine Sprecherin antwortete auf die Frage eines Journalisten, welche Konsequenzen denn nun für die Zukunft aus seiner umjubelten Klartext-Rede zu erwarten seien, nach einer längeren Denkpause wörtlich: „Ihm ging es nicht darum, Aufforderungen oder Ähnliches zu machen oder ein konkretes Regierungshandeln als Folge zu haben.“

Wir verstehen. Seine Rede stand dann doch eher in der Tradition des Zeichen-Setzens und Haltung-Zeigens, das sich selbst genügt und nebenher noch der grünen Konkurrentin Annalena Baerbock zeigt, wer der wahre Welterklärer ist.

Doch in Zeiten eines totalitären Weltbürgerkriegs gegen den Westen, dessen Front von Xi Jinpings China über Putins Russland, Kim Jong-uns Nordkorea und den Iran der Ajatollahs bis zur islamfaschistischen Hamas reicht, werden gute Worte nicht reichen. Auch wenn es noch so altertümlich klingt: Die demokratischen Staaten müssen sich ihren Todfeinden stellen, nach außen und erst recht nach innen.

● **Reinhard Mohr** war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Er schreibt heute unter anderem für „Die Welt“ und „Neue Zürcher Zeitung“. Vor Kurzem erschien sein zusammen mit Henryk M. Broder verfasstes Buch „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (EuropaVerlag).

www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

In Ungarn angeklagt

Budapest – Die Budapester Oberstaatsanwaltschaft hat gegen drei mutmaßliche Linksextremisten Anklage erhoben, denen neben schwerer beziehungsweise lebensgefährlicher Körperverletzung die Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation vorgeworfen wird. Zwei der Tatverdächtigen, Emilie D. und Moritz S., gehören zum Umfeld der inzwischen zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilten Leipziger Linksextremistin Lina Engel, während es sich bei der dritten Angeklagten um die Italienerin Ilaria S. handelt. Das Antifa-Trio soll am 10. Februar dieses Jahres sechs angebliche Rechtsextreme schwer und drei weitere Personen leicht verletzt haben. Dabei kamen laut Erkenntnissen der Ermittler Teleskopschlagstöcke, Hämmer und Bleihandschuhe zum Einsatz. Den mutmaßlichen Gewalttätern drohen im Falle einer Verurteilung in Ungarn Gefängnisstrafen im verschärften Vollzug mit strenger Bewachung und wenigen Hofgängen oder Besuchen. **W.K.**

Posse in Wittenberge

Berlin/Wittenberge – Die Deutsche Bahn hat angekündigt, für ein Wandbild in Wittenberge in der Prignitz (Brandenburg), das irrtümlich die Schlosskirche in der Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt) zeigt, eine Lösung zu finden. Das Wandbild war im Auftrag der Bahn bereits im Jahr 2020 für eine Fußgängerunterführung in Wittenberge angefertigt worden. Der beauftragte Künstler hatte dabei offenbar Wittenberge mit Wittenberg verwechselt. Wie ein Sprecher der Bahn erklärte, soll gemeinsam mit Vertretern beider Kommunen und dem Künstler über den weiteren Umgang mit „Deutschlands nunmehr bekanntester Bahnhofunterführung“ gesprochen werden. Ein Sprecher Wittenberges hat sich mittlerweile für den Erhalt des Wandbildes ausgesprochen und eine humorvolle Kommentierung vorgeschlagen. **H.M.**

Abschied dank Bürgergeld

Berlin – Wie der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) nach einer Befragung seiner rund 2500 Mitgliedsunternehmen bekanntgegeben hat, mussten zwei Drittel bereits die Erfahrung machen, dass „mehrere Beschäftigte mit konkretem Verweis auf das Bürgergeld gekündigt oder eine Kündigung in Aussicht gestellt haben“. In 28 Prozent der Reinigungsfirmen soll dies schon des Öfteren vorgekommen sein, während 40 Prozent der BIV-Mitglieder noch von Einzelfällen sprechen. In der Gebäudereinigungs-Branche arbeiten etwa 700.000 Menschen, deren Verdienst vielfach über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Für den Bundesinnungsmeister der Gebäudereiniger, Thomas Dietrich, ist das Umfrageergebnis ein Warnsignal ersten Ranges: „Dass das neue Bürgergeld bei sieben von zehn Unternehmen ... die Personalnot verschärft, sollte die Politik dringend alarmieren“, denn offenbar habe diese Sozialleistung den Anreiz zur Arbeit verringert. **W.K.**



Ein mögliches Zukunftsszenario: Wir lassen die Ampel-Koalition hinter uns und steuern auf eine Große Koalition zu

BUNDESREGIERUNG

Kehrt die GroKo zurück?

Mit der Ampel ist eigentlich niemand mehr glücklich

VON PETER ENTINGER

Es sind komische Zeiten in Berlin. Da dümpelt, ja wurschtelt die Ampelkoalition seit Monaten zerstritten vor sich hin. Eigentlich ein gefundenes Fressen für die Opposition. Doch von fundamentaler Kritik seitens der Union an der SPD-geführten Regierung keine Spur. Stattdessen lässt sich CDU-Chef Friedrich Merz von Bundeskanzler Olaf Scholz zu Gesprächen über einen Deutschland-Pakt ins Kanzleramt bitten und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat plötzlich seine Vorliebe für eine Regierung der „nationalen Vernunft“ entdeckt. Aus Söders Sicht braucht es vor allem eine „grundlegende Wende in der Migra-

tionspolitik“ und „keine halbherzige Lösung“. Der CSU-Vorsitzende spricht von einem „großen Wurf“, den er der Ampelkoalition nicht zutraut. Sein Fazit lautet, dass ein „Siechtum“ und keine Regierung mehr stattfindet. „Die Ampel ist stehend k.o.“, konstatiert der bayerische Regierungschef.

Insbesondere Markus Söder drängt

In der Mitte der Legislaturperiode ist mit der Ampel eigentlich niemand mehr glücklich. Die Regierenden nicht, die Opposition nicht. Die Bürger schon gar nicht. Die Umfragewerte sind entsprechend. Die SPD rangiert in einem Allzeit-Rekordtief, der Traum der Grünen von einer Volkspartei ist erst einmal ausgeträumt, und die FDP kämpft ums nackte Überleben.

An der liberalen Basis kursiert in diesen Tagen ein Papier unter dem Namen „Weckruf Freiheit“. Das Parteiestablishment gehört nicht zu den Erstunterzeichnern. Stattdessen haben die unterschrieben, die den Frust der Bürger Tag für Tag auf den Marktplätzen der Republik zu spüren bekommen: Ortsvorsitzende, Gemeinderäte, Stadtverordnete. Das sieben-seitige Papier ist eine einzige Abrechnung mit der Koalition.

Der Tenor ist einhellig: Die FDP büße überall Stimmen ein, weil sie aufgrund der Koalitionsdisziplin Dinge nach außen vertreten müsse, die der eigenen Beschlusslage widersprüchen. Schuld seien vor allem die Grünen.

Zumindest derzeit hat auch Söder die Grünen auf dem Kieker. Träumte er vor

Jahren noch von einem christlich-sozial-ökologischen Bündnis, so hat er die Grünen seit Monaten zum Lieblingsfeind auserkoren. An Bundeskanzler Olaf Scholz richtete er die Aufforderung, „jetzt das Notwendige zu tun, heißt: die Grünen und die FDP zu entlassen“. Danach soll der Kanzler mithilfe der Union weiterregieren – in einer Großen Koalition (GroKo). Das Kalkül ist klar. Die Union solle sich zum Garanten der Stabilität aufschwingen, der sich auch für die Rolle des Juniorpartners nicht zu schade ist. Mit einer Großen Koalition könnten die Themen Zuwanderung und Energie schnell geregelt werden. Der Wähler würde es in zwei Jahren vor allem der Union danken, die dann der SPD gönnerhaft den Platz des kleinen Partners anbieten könnte.

Die Begeisterung in der CDU hält sich in Grenzen. „Wenn die Ampel scheitert, muss es Neuwahlen geben“, hat Generalsekretär Carsten Linnemann kürzlich gesagt. Er setzt auf Sieg und nicht auf Platz.

Die Motive des CSU-Vorsitzenden

Söder hält dagegen. Aus seiner Sicht sei es zwingend, dass die Union „auch bereit sei, Verantwortung zu übernehmen“. Auch wenn die Umfragewerte die Union derzeit deutlich vorne sähen, gehe es jetzt um die Demokratie, das Land und die Handlungsfähigkeit. Söder treibt die Furcht vor einem miesen Ergebnis bei der anstehenden Europawahl.

Neben der AfD könnte das neue Wagenknecht-Bündnis aus dem Stand ein gutes Ergebnis erzielen. EU-Wahlen sind Protestwahlen, eine bundesweite Struktur braucht es in aller Regel nicht.

Der Kanzler, der sich staatsmännisch gibt und Gespräche über einen Deutschlandpakt anbietet, reagierte kühl auf Söders Avancen. Auf die Frage, was er von Söders Vorstoß halte, antwortete ein Sprecher knapp: „Nichts.“

In Berlin wird Söders Werben um eine Große Koalition auch vor dem Hintergrund der Rivalität des CSU- und des CDU-Vorsitzenden um die Position des Kanzlerkandidaten der Union bei der nächsten Bundestagswahl gesehen. Sollte Scholz Söders Avancen doch noch nachkommen, müsste CDU-Chef Friedrich Merz als Finanz- oder Wirtschaftsminister in die Regierung eintreten. Und die Rolle des Juniorpartners habe Herausforderern schon zu Zeiten der Großen Koalition unter Angela Merkel stets geschadet. Sollte Merz derart geschwächt werden, könnte doch noch Söders Stunde als Kanzlerkandidat schlagen.

Es werden spannende Monate. Und die Ampel scheint bereits Geschichte.

SONDERVERMÖGEN INNERE SICHERHEIT

Polizeigewerkschaften wollen mehr Geld

Die Grünen stehen der Forderung positiver gegenüber als die FDP

Die FDP sowie allen voran der Parteichef und Finanzminister Christian Lindner und der Justizminister Marco Buschmann haben angesichts einer Reihe von Wahlpleiten und mieser Umfragewerte ihr Herz für die innere Sicherheit entdeckt. Buschmann ruft nach härteren Gesetzen, Lindner fordert schnellere Abschiebungen.

Trotzdem kritisiert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, die FDP: „Die Realität der FDP-Politik im Bereich der inneren Sicherheit ist für die Gewerkschaft der Polizei und mich als ihren Bundesvorsitzenden sehr schwer zu ertragen und von unserer Polizeirealität weit entfernt“, sagte der GDP-Chef. Kopelke möchte mehr Geld vom liberalen Finanzminister. An Lindner kritisiert er, dass er zusätzliche Polizeihundertschaften ebenso ablehne wie zusätzliches Personal für Rückfüh-

rungen und zusätzliches Geld für eine modernere Ausstattung der Bundespolizei. „Anstatt digital modern müssen wir unter Partyzelten und Kofferraumklappen im Regen auf Papier die Grenze schützen“, klagte er.

Nachdem mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr die Büchse der Pandora geöffnet worden ist, möchten nun viele Lobbygruppen für sich beziehungsweise ihr Anliegen auch ein eigenes Sondervermögen. Die GdP macht da keine Ausnahme. Vor einigen Wochen hat sie ein Sondervermögen „Innere Sicherheit“ gefordert. Lindner hatte dies unter Verweis auf die gesetzlich verankerte Schuldenbremse abgelehnt. Im Gegenzug wurden eine Kürzung der Sozialleistungen für Asylsucher und stärkere Grenzkontrollen gefordert. Doch dafür fehlt es nach Einschätzung der GDP an Personal. Nicht nur Lindner, sondern auch Justizminister

Buschmann bekam sein Fett weg: „Dieser ist dafür verantwortlich, dass ein modernes Bundespolizeigesetz, der sofortige Ermittlungsstopp bei Cannabisdelikten zur Entlastung der Polizei und die dringend notwendige Vorratsdatenspeicherung verhindert werden.“ Kopelke appellierte an die FDP, insbesondere im Bereich der Inneren Sicherheit ihr Verhalten in der Bundesregierung zu ändern.

Die Linke hat es nicht so mit dem Sparsamkeit der FDP kritisiert die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, mit den Worten: „Die Forderung der GDP nach einem Sondervermögen für die Innere Sicherheit einfach in den Wind zu

schlagen, ist auch angesichts der hoch angespannten Sicherheitslage alles andere als verantwortungsvoll.“ Es werde gefordert, dass die Polizei mehr leisten müsse. Andererseits blockiere man die finanziellen Mittel. „Das kann’s nicht sein“, so Mihalic.

Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, einer GDP-Konkurrenzorganisation, bläst in dasselbe Horn. Auf den Sicherheitsapparat kämen aufgrund „antiisraelischer Ausschreitungen“ ungeahnte Belastungen zu. Dafür benötige man mehr Geld und mehr Ausrüstung. „Radikale Islamisten stellen auf unseren Straßen die Machtfrage. Die müssen wir zu unseren Gunsten beantworten“, sagte Wendt.

FDP-Chef Lindner bleibt seiner Linie aber vorerst treu. Wer mehr finanzielle Mittel fordere, müsse erklären, wo sie herkommen sollten. **P.E.**

ASYLSUCHER

Grüne empört über Cottbusser CDU

Bröckelnde „Brandmauer“: Union und AfD bringen gemeinsam Antrag zur Einwanderungsfrage durch

VON HERMANN MÜLLER

Die Arbeit der Cottbusser Stadtverordneten erregt normalerweise kein bundesweites Interesse. Ende Oktober hat das Kommunalparlament allerdings einen Beschluss gefasst, der weit über die Stadtgrenzen für politischen Wirbel sorgte. Am 29. Oktober stand in der Stadtverordnetenversammlung der Lausitzmetropole nämlich ein gemeinsamer Antrag von AfD und CDU zur Abstimmung, in dem es darum ging, die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen in der Stadt zu begrenzen.

Die Abgeordneten der AfD hatten im Stadtparlament zunächst einen Antrag formuliert, der sich als nicht mehrheitsfähig herausstellte. Dabei war es den AfD-Kommunalpolitikern darum gegangen, einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2021 aufzuheben. Wie bundesweit hunderte Kommunen hatte sich die Stadt Cottbus vor zwei Jahren zu einem „sicheren Hafen“ erklärt und damit die Bereitschaft zur Aufnahme von zusätzlichen Asylsuchern über den üblichen Verteilungsschlüssel hinaus signalisiert. Mittlerweile stößt allerdings auch Cottbus an die Grenzen dessen, was es bei der Aufnahme von Immigranten noch leisten kann.

Nur kurz nach der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters im Herbst 2022 hatte das aus dem Amt geschiedene Stadtobhaupt Holger Kelch (CDU) deutlich erklärt: „Wir können nicht mehr.“ Kelch hatte dabei darauf verwiesen, dass die Stadt nicht mehr die Kapazitäten habe, eine größere Anzahl an „Geflüchteten“ so unterzubringen, „wie wir es unter einer qualitativ vernünftigen, menschenwürdigen Begleitung und Unterbringung verstehen“.

„Keine zusätzlichen Flüchtlinge“

Auch unter seinem Amtsnachfolger Tobias Schick (SPD) räumte die Stadt am 31. August dieses Jahres in einer Erklärung ein, dass sie „keine zusätzlichen Flüchtlinge über die obligatorischen Zuweisungen hinaus aufnehmen kann, da die Systeme Unterbringung, Kita, Schule, Gesundheitswesen aus- und teilweise überlastet sind“. Verbunden war dies mit dem Hinweis, die Stadt dränge „seit Längerem auf



Will Zuzug eindämmen: Cottbus' Oberbürgermeister Tobias Schick (SPD, M.)

Foto: imago/Rainer Weisflog

eine Wohnsitzauflage im Land Brandenburg oder ähnlich wirksame Mittel, um den unregelmäßigen Zuzug in Städte wie die unsere einzudämmen“.

Der Beschluss, den AfD und CDU am 29. Oktober gemeinsam in die Cottbusser Stadtverordnetenversammlung eingebracht haben, trägt dieser Realität in der Stadt Rechnung. Formell bleibt Cottbus zwar weiterhin eine „Sichere Stadt“, allerdings strichen die Stadtverordneten von AfD und CDU in ihrem Antrag die Bereitschaft, über die gesetzlichen Anforderungen hinaus weitere „Flüchtlinge“ in Cottbus aufzunehmen. Der Antrag wurde mit 19 Ja-Stimmen, darunter auch der Stimme des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Reinhard Droglä (SPD), angenommen. Sechs Abgeordnete, darunter drei Grüne, stimmten gegen den Antrag.

Bemerkenswert ist, dass sich die Fraktionsmitglieder von SPD und Linkspartei bei der Abstimmung zum gemeinsamen Antrag von AfD und CDU größtenteils

enthielten. Die Stimmen der CDU- und der AfD-Fraktion hätten ohne die Enthaltungen für eine Mehrheit im Stadtparlament allein nicht gereicht. Wie der rbb berichtet, soll der von beiden Fraktionen eingebrachte Antrag obendrein durch die Vermittlung von Droglä zustande gekommen sein.

CDU-Generalsekretär gelassen

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung dem Antrag zugestimmt hatte, kam von den Grünen besonders scharfe Kritik. Der Grünen-Kreisverbandsvorsitzende Stefan Binder erklärte: „Dass hier erstmalig CDU und AfD gemeinsam einen Antrag gestellt haben und dieser auch mit einer Stimme der SPD durchgebracht wurde, zeigt, wie die Brandmauer gegen Rechts weiter eingerissen wird.“ Binder weiter: „Auch die zahlreichen Enthaltungen während dieser Abstimmung lassen einen moralischen Kompass vermissen und ebnen indirekt einer künftigen schwarz-blauen

Koalition den Weg.“ Die Jusos warfen der Brandenburger CDU sogar vor, sie schrecke nicht davor zurück, „mit einer in Teilen rechtsextremen Partei“ zusammenzuarbeiten.

Wesentlich gelassener zeigte sich Gordon Hoffmann, Generalsekretär der brandenburgischen CDU. Hoffmann sagte, aus seiner Sicht wäre ein CDU-Antrag ohne die AfD der bessere Weg gewesen. Er kündigte auch an, mit den CDU-Mandatsträgern in Cottbus das Gespräch zu suchen. Zugleich weigerte sich Hoffmann allerdings, „über ehrenamtliche Politiker, die sich nach Feierabend engagieren, den Stab zu brechen“.

Obendrein warf der CDU-Generalsekretär den empörten Kritikern Scheinheiligkeit vor. Dabei wies Hoffmann auf einen gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen, also einschließlich der AfD-Mandatsträger, hin, der in derselben Sitzung des Cottbusser Stadtparlaments gefasst worden war.

INNERE SICHERHEIT

Scharfe Kritik an Faeser aus Potsdam

Stübgen zu Hamas-Verbot: „Ankündigen und dann wochenlang nichts machen – ein Fehler“

Vier Wochen nach dem Angriff der Hamas auf Israel hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser Anfang November ein Betätigungsverbot der Terrorgruppe Hamas und des Vereins Samidoun bekannt gegeben. Das propalästinensische Netzwerk Samidoun wird zudem aufgelöst. Das Vorgehen der Bundesregierung im Verbotungsverfahren hat mittlerweile scharfe Kritik auf sich gezogen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte nämlich bereits fünf Tage nach dem Angriff der Hamas auf Israel angekündigt: „Das Bundesinnenministerium wird ein Betätigungsverbot für die Hamas in Deutschland erlassen. Ein Verein wie Samidoun, dessen Mitglieder brutalste Terrorakte auf offener Straße feiern, wird verboten.“ Solche Ankündigungen sind in Verbotungsverfahren eigentlich unüblich, da sie den betroffenen Gruppen oder Verei-

nen die Möglichkeit geben, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Normalerweise führen Ermittlungsbehörden zunächst überraschend Razzien durch, um Beweise und auch Vermögenswerte zu sichern. Erst danach wird die Verbotungsverfügung öffentlich gemacht.

Im Fall von Hamas und Samidoun wurde den Betroffenen wochenlang die Möglichkeit gegeben, Vermögenswerte oder Datenträger dem Zugriff von Ermittlern zu entziehen. Scholz hatte das Hamas-Verbot bereits am 12. Oktober im Bundestag angekündigt. Erst am 2. November gab Innenministerin Faeser dann tatsächlich das Verbot bekannt. Die Bundesregierung habe „mit Hochdruck und sehr intensiv an den Verboten gearbeitet“, so die SPD-Politikerin.

Im Kontrast zu dieser Einschätzung Faesers steht die Bewertung durch Bran-

denburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU): „Dass man Verbote ankündigt und dann wochenlang nichts macht, das ist ein ganz erheblicher Fehler!“ Stübgen wies darauf hin, dass die betroffenen Vereine eine lange Zeit gehabt haben, sich auf das Verbot vorzubereiten. Es sei unwahrscheinlich, „dass wir da jetzt noch etwas finden“. Auch NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zog in Zweifel, ob „bei diesen Demokratie-Feinden jetzt überhaupt noch Beweismittel und Vereinsvermögen beschlagnahmt und eingezogen werden können“. An die Adresse der Ampel sagte Reul: „Manchmal ist es klüger, erst zu planen und dann den großen Rundumschlag rauszuposaunen.“

Aus Potsdam, aber auch aus anderen Landeshauptstädten kam zudem die Kritik, dass Faesers Innenministerium mit der Bekanntgabe des Hamas-Verbots

nicht auch sofort dringend benötigte Informationen geliefert habe: „Uns liegt keine Verbotungsverfügung vor“, hieß es aus dem Brandenburger Innenministerium noch Stunden, nachdem Faeser auf einer Pressekonferenz das Hamas-Verbot bekannt gegeben hatte. Tatsächlich war das Interesse an einer juristischen Auswertung der Verbotungsverfügung in Potsdam besonders groß. Erhofft hatten sich die Sicherheitsbehörden nämlich Informationen, ob das Betätigungsverbot für die Hamas auch Möglichkeiten zum Umgang mit dem „Islamischen Zentrum Fürstenwalde“ bietet. Brandenburgs Verfassungsschutz stuft das Zentrum bereits seit Juli als „gesichert extremistische Bestrebung“ ein. „Wir wissen sehr genau, dass die ganz klar zur Hamas und der Muslimischen Bruderschaft gehören“, so Brandenburgs Innenminister. H.M.

KOLUMNE

Blockiert

VON VERA LENGSELD

Seit dem 7. Oktober tobt der antisemitische Mob auf den Berliner Straßen, ohne sich um die martialischen Reden des Kanzlers, des Vizekanzlers oder anderer Politiker zu kümmern, oder sich um Demoverbote zu scheren. Vergangenes Wochenende erreichte das Kräftemessen zwischen den Islamisten und der Polizei seinen Höhepunkt. Ein Islamist erkletterte den Neptunbrunnen in Sichtweite des roten Rathauses und zeigte dort Flagge.

Eine klare Kampfansage, unterstützt von altlinken weißen Männern, wie die „taz“ sie bezeichnete, die ihre ersten Kampferfahrungen schon 1968 gemacht haben. Nach wochenlangem Einsatz ist die Polizei am Rande ihrer Kräfte angekommen. Schon zu Beginn der Islamisten-Demos hatten sich Parlamentäre der hoffnungslos überforderten Beamten zu den „Aktivisten“ der Letzten Generation begeben und um ein Moratorium in Sachen Klimakleberei gebeten. Natürlich umsonst.

Wie konnten die Berater auch annehmen, dass die latent antisemitische Bewegung auf ihre Aktionen verzichten würde? Längst ist doch klar, dass es ihr weniger ums Klima, als um die Zerstörung unserer Wirtschaftsweise geht. Auch den muslimischen Demonstranten geht es nur am Rande um Gaza, sondern, das wurde an mehreren Orten formuliert, um die Errichtung eines Kalifats in Deutschland. Also blockierten die Klimakleber am Morgen nach dem erschöpfenden Wochenende wieder die Straßen Berlins.

Diesmal war die Puschkinallee in Treptow in der Höhe Elsenstraße für über eine Stunde blockiert. Es bildete sich ein langer Stau von Fahrern, die ihre Arbeitsstellen zu erreichen suchten. Wie die Berliner Verkehrsbetriebe mitteilten, war auch der Busverkehr zeitweise durch die Blockaden eingeschränkt. Die „Aktivisten“ klebten sich an der Puschkinallee mit Sekundenkleber fest und sprühten orange Farbe auf ihre Hände. Auch Greenpeace war dezent mit von der Partie mit mehreren Transparenten auf der unbefahrenen Baustelle der A100.

MELDUNG

Container in Gartendenkmal

Potsdam – Das Verwaltungsgericht Potsdam hat einen Beschluss erlassen, der die Stadt Potsdam einstweilen zur Einstellung aller Arbeiten zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft im Nedlitzer Holz verpflichtet. Nach den Plänen der Stadt soll auf einem Areal nahe dem Campus Jungfernsee ein Containerdorf für fast 500 Personen entstehen. Für den Bau und einen vierjährigen Betrieb der Unterkünfte kalkuliert die Stadt mit Kosten von 40 Millionen Euro. Als Standort hat die Stadt eine Fläche ausgewählt, die zum kulturhistorischen Erbe der Lennéschen Feldflur gehört und zudem an ein Naturschutzgebiet grenzt. Gegen die Pläne hat der Naturschutzverein Berlin-Brandenburg Klage eingereicht. Das Verwaltungsgericht hatte die Stadt aufgefordert, bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils von Vollzugsmaßnahmen abzusehen. Dessen ungeachtet wurden Bauarbeiten durchgeführt, die durch den Beschluss des Gerichts nun vorläufig gestoppt wurden. H.M.

● MELDUNGEN

Minister
schießt quer

Ottawa – Das im August 2022 von Olaf Scholz, Robert Habeck und Kanada Premier Justin Trudeau vereinbarte Abkommen zur Erzeugung und Lieferung sogenannten grünen Wasserstoffs nach Deutschland und Europa steht auf der Kippe. Bei der geplanten Wasserstoffproduktion auf Neufundland im Hafentort Stephenville ist die Lieferung von Strom aus drei Windparks mit je 164 Windrädern entscheidend. Anfang Oktober gab der kanadische Umwelt- und Klimawandelminister Steven Guilbeault bekannt, dass der Bau des ersten Windparks auf der Halbinsel Port-au-Port nicht wie von Teilen der Provinzregierung beabsichtigt durch eine „Larifari“-Umweltschutzprüfung abgesegnet werde. Das Vorhaben werde sämtlichen Prüfungen und Auflagen des sogenannten föderalen Impact Assessment Act unterzogen. Guilbeault macht keinen Hehl daraus, dass er den Bau des Windparks ablehnt. **D.J.**

Vegane
Transformation

Kopenhagen – Die dänische Regierung hat den weltweit ersten nationalen Aktionsplan vorgelegt, der den Wandel hin zu einer vorwiegend auf pflanzlichen Lebensmitteln und somit auch auf „essbaren Pilzen, Algen und nützlichen Mikroorganismen“ basierenden Ernährung vorantreiben soll. Zweck des Ganzen ist laut Angaben des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei, Jacob Jensen, die Verringerung des „Klima-Fußabdrucks“ der Bürger des Königreiches. Der Aktionsplan konkretisiert eine Vereinbarung von 2021 über die grüne Transformation der dänischen Landwirtschaft und sieht Subventionsprogramme für die Förderung der veganen Ernährung sowie ein spezielles Siegel für „klimafreundliche“ Lebensmittel vor. Dabei hofft Jensen zugleich auf wirtschaftliche Vorteile: „Die Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln ist auch eine einmalige Gelegenheit, die dänischen Lebensmittelpexporte zu steigern.“ **W.K.**

Meldepflicht
in Holland

Amsterdam – Niederländische Firmen sollen ab dem 1. Januar nächsten Jahres die Kilometer, die ihre Mitarbeiter bei Dienstfahrten oder auf dem Arbeitsweg mit dem Auto zurücklegen, an den staatlichen Umweltdienst melden – und zwar aufgeschlüsselt nach Fahrzeugtyp beziehungsweise Art des Antriebs. Ziel der „Meldepflicht für die berufsbedingte persönliche Mobilität“ (WPM), die vorerst nur Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten betrifft, ist die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes der Betriebe. Für den gelten ab 2026 feste Obergrenzen, deren Überschreitung zu weiteren bürokratischen Auflagen und Zusatzkosten führt. Nach Ansicht regierungskritischer Politiker wie Eelco van Hoecke von der konservativ-liberalen Partei JA21 wird die WPM erhebliche negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt haben, ohne ausreichende Anreize für die Unternehmen zu schaffen, ihre Emissionen zu reduzieren. **W.K.**

GAZA

Terrorkultur des Todes

Perfide Kriegsführung – Hamas missbraucht Krankenhäuser als militärische Kommandozentralen

VON BODO BOST

Wenn man eine Nation beurteilen will, sollte man sich ansehen, wie sie ihre schwächsten Mitglieder behandelt. Krankenhäuser sind ein gutes Kriterium für eine solche Bewertung. Das al-Shifa ist das größte und eines der modernsten Krankenhäuser im Gazastreifen. Es befindet sich strategisch gut in einer umgebauten ehemaligen britischen Kaserne aus der Mandatszeit im Norden des derzeit umkämpften Palästina-gebiets.

1946 hatte die Regierung des britischen Mandatsgebiets Palästina die militärische Kaserne in ein Zentrum für die Behandlung von Quarantäne- und Fieberkrankheiten umfunktioniert. Vor dem israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 war das „Haus der Heilung“ („Dar Al-Shifa“) eines von zwei Krankenhäusern in Gaza. Das andere war das in Trägerschaft der anglikanischen Kirche zugehörige arabische Krankenhaus al-Ahli.

Die Terrororganisation Hamas, die heute den Gazastreifen kontrolliert, hat keine Kasernen wie die Briten oder Israe-

lis. Dafür verschanzt sie ihre Kämpfer und Raketen hinter und unter der Zivilbevölkerung, die ihnen als „menschliche Schutzschilde“ dienen. So soll die Terrorgruppe ihre Raketen in Schulen und Moscheen platziert und ihre Kommandozentrale direkt unter dem al-Shifa-Krankenhaus versteckt haben.

Während des Fatah-Hamas-Konflikts 2006/2007, des ersten Gaza-Kriegs von 2008 bis 2009 und des zweiten Gaza-Kriegs 2014 gab es Hinweise darauf, dass das Krankenhaus von der Hamas-Führung als Zufluchtsort genutzt wurde. Im Konflikt von 2014 berichtete Amnesty International, dass ein Teil des Krankenhauses zur Misshandlung von politischen Dissidenten missbraucht worden sei.

Die Aktivitäten der Hamas finden in aller Öffentlichkeit statt. Auch die US-Zeitung „Washington Post“ bezeichnete al-Shifa als „De-facto-Hauptquartier der Hamas-Führer“. Diese terroristischen Einrichtungen sind natürlich auch den Israelis bekannt, die einen solchen Ort zwangsläufig als legitimes Ziel für jede Aktion gegen die Hamas ansehen. So hat die israelische Armee beim gegenwärtigen Krieg gegen die Hamas kaum eine andere

Wahl, als auch al-Shifa ins Visier zu nehmen, wenn es die terroristische Führung der Hamas, die für die barbarischen Massaker vom 7. Oktober verantwortlich ist, ausschalten will.

Da die Terroristen wissen, dass Israel dem Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang einräumt, können sie sich darauf verlassen, dass al-Shifa nicht angegriffen wird, und sie können ihre mörderischen Aktivitäten ungestört fortsetzen. Sollten die Israelis schließlich zu dem Schluss kommen, dass diese Aktivitäten unerträglich seien und dass sie zur Vernichtung der Hamas deren Hauptquartier ins Visier nehmen müssten, wird die Hamas jene Bilder von unschuldigen Märtyrern – Krankenhauspatienten, die nicht fliehen können – haben, die sie in ihrem laufenden Propagandakrieg zur Dämonisierung des jüdischen Staates in den internationalen Medien verbreiten kann. Die medizinische Versorgung und das Überleben der Menschen im Gazastreifen sind diesen Terroristen dabei scheinbar gleichgültig und zivile Opfer ein bewusstes Ziel.

Das Krankenhauswesen in Gaza ist zum großen Teil, wie das gesamte öffentliche Leben in diesem von der Hamas ter-

rorisierten Küstenstreifen, vom Ausland aufgebaut und finanziert. Auch von den 35 Krankenhäusern des Gazastreifens gehört ein Großteil ausländischen Staaten, ebenso wie Einrichtungen und sogar Kirchen wie das kürzlich von einer fehlgeleiteten Rakete der Hamas getroffene al-Ahli-Hospital in Gaza, das älteste Krankenhaus der Stadt, das von der anglikanischen Kirche 1872 errichtet wurde.

Wettstreit ums modernste Hospital

Seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2007 provoziert die Hamas ungefähr alle drei bis sieben Jahre auch von ihrem unterhalb der Krankenhäuser angelegten Tunnelssystem aus einen Terrorkrieg gegen Israel. Da fast alle Krankenhäuser im unterirdischen Teil als Kasernen missbraucht werden, sind sie wegen ihrer militärischen Doppelfunktion die ersten israelischen Ziele und müssen alle nach dem Ende der Kriege wieder neu aufgebaut und renoviert werden.

Das hat dazu geführt, dass es wegen Aufbauhilfe auch aus der EU fast nirgendwo sonst in der arabischen Welt so viele und so moderne Krankenhäuser gibt wie in Gaza, obwohl das Gebiet zu den ärmsten der Welt gehört. Auch dies spielt der Hamas in die Karten, denn je mehr Krankenhäuser es gibt, desto mehr Kasernen und militärische Schaltzentralen kann sie darunter errichten.

Einige arabische und muslimische Länder bieten sich geradezu einen Wettstreit, wer in Gaza das neueste und modernste Krankenhaus unterhält. So gibt es ein indonesisches, ägyptisches und jordanisches Krankenhaus. Darüber hinaus auch ein europäisches, da die EU der mit Abstand größte Nettozahler im Gazastreifen ist. Die mit den Palästinensern sympathisierenden Länder, wie der Iran oder Katar unterhalten jedoch kein Krankenhaus in Gaza, sondern bezahlen die militärischen Infrastrukturen der Hamas, die sich unter den Krankenhäusern in riesigen Tunnelanlagen mit bis zu zehn Etagen unterhalb der Erde befinden.

Das ist die barbarische und menschenverachtende Aufgabenteilung des Terrors, die nirgendwo sonst auf der Erde als in Gaza praktiziert wird. Diesem Netzwerk des Terrors und der Menschenverachtung will Israel jetzt ein Ende setzen, damit es wieder eine Basis für Verhandlungen mit den Palästinensern geben kann.



Für die Hamas nützlich als „menschliche Schutzschilde“: Patienten in den Gängen des im Krieg überlasteten al-Shifa-Krankenhauses

KLIMA

Alarmstufe Rot bei den Weltmedizinerinnen

Forderungen aus der zweiten Reihe – Weltgesundheitsorganisation soll den Gesundheitsnotstand ausrufen

Alle großen Medien der Bundesrepublik meldeten in den letzten Tagen, dass „mehr als 200 wissenschaftliche Fachjournale gleichzeitig“ einen Appell an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gerichtet hätten, „die Klimakrise als globalen Gesundheitsnotstand einzustufen“, und zwar spätestens während der 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024. Der Gesundheitsnotstand ist die höchste Alarmstufe, welche von der WHO ausgerufen werden kann. Diese galt beispielsweise während der ebenfalls von der UN-Sonderorganisation proklamierten Corona-Pandemie.

Zur Begründung des dramatischen Ansinnens heißt es, der Klimawandel berge erhebliche gesundheitliche Risiken. So trage er massiv zur Ausbreitung von Infektionskrankheiten bei und Sorge für eine Verschlechterung der Qualität des

Trinkwassers sowie Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung. Deshalb müsse die Weltgesundheitsorganisation die Politik zum Handeln drängen.

Allerdings ist der angebliche wissenschaftliche Konsens hinter diesem Aufruf lange nicht so breit, wie es die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender und großen Zeitungsblätter hierzu suggeriert. Zum einen handelt es sich bei den „wissenschaftlichen Fachjournalen“ vorwiegend um medizinische Zeitschriften und zum anderen stehen letztlich nur zehn Herausgeber beziehungsweise Chefredakteure sowie zwei Forscher hinter der Aktion.

Das sind Kamran Abbasi vom „British Medical Journal“, Parveen Azam Ali von der „International Nursing Review“, Virginia Barbour vom „Medical Journal of Australia“, Thomas Benfield vom „Danish

Medical Journal“, Kirsten Bibbins-Domingo vom „Journal of the American Medical Association“, Stephen Hancocks vom „British Dental Journal“, Richard Horton von „The Lancet“, Robert Mash vom „African Journal of Primary Health Care & Family Medicine“, Peush Sani vom „National Medical Journal of India“, Wadeia Mohamad Sharief vom „Dubai Medical Journal“ und Paul Yonga vom „East African Medical Journal“. Dazu kommen Laurie Laybourn-Langton und Chris Zielinski von den beiden britischen Universitäten Exeter und Winchester.

Kaum Kapazitäten von Weltruf

Mit Ausnahme dreier Zeitschriften sind das keine Blätter von überragender Bedeutung, und auch die genannten Personen gelten längst nicht alle als medizinische Kapazitäten von Weltruf. So ist Zie-

linski Experte für Gesundheitsmanagement und Laybourn-Langton Wirtschaftswissenschaftler. Trotz dieses also nur eingeschränkt beeindruckenden Hintergrundes besteht die reale Möglichkeit, dass die WHO dem Aufruf folgt.

Immerhin erklärte der für den globalen Süden zuständige WHO-Regionaldirektor Mazen Malkawi aus Jordanien erst unlängst: „Der Klimawandel wird Jahrzehnte von Fortschritten in der Gesundheitspolitik zunichtemachen.“

Angesichts der Bemühungen der WHO, vermittels gravierender Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften noch mehr Einflussmöglichkeiten auf die Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten zu erlangen, birgt die Ausrufung des Gesundheitsnotstandes aus Klimagründen unkalkulierbare Risiken.

Wolfgang Kaufmann

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Russlands Wirtschaft zeigt sich angesichts der Sanktionen des Westens zu dessen Enttäuschung erstaunlich resilient. Der Plan Moskaus, sich verstärkt auf Nicht-EU-Staaten wie China und Indien zu konzentrieren, trägt offenbar Früchte.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass das Land mit dem Export von Rohstoffen und Bodenschätzen die Einnahmenseite stabil hält. Vor allem die Ölexporte nach China und Indien sorgen für eine gewisse Sicherheit beim Einkommen, wenn diese auch die Situation ausnutzen, um weniger als zuvor die EU zu zahlen. In diesem Jahr hat Indien im Mai und Juni Rekordmengen in Höhe von 2,2 Millionen Barrel täglich eingeführt. Damit ist Indien neben China zum größten Abnehmer russischen Öls geworden.

China investiert zunehmend in die russische Wirtschaft. Jüngstes Beispiel ist die geplante Übernahme des Mercedes-Werks im Jesipowo Industriepark bei Moskau. Die Mercedes-Benz AG hatte im Frühjahr 2022 wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine ihre Produktion dort gestoppt und den Export nach Russland eingestellt. Die erst im Jahr 2019 eröffnete Produktionsanlage mit 1000 Mitarbeitern wurde 2023 an den russischen Autohändler Avtodom verkauft, der seitdem einen Investor sucht. Nun will der chinesische Autohersteller Chery bis Ende des Jahres in einer Testphase die ersten Fahrzeuge montieren.

Russland konnte im vergangenen Jahr auch den Export von Bodenschätzen erhöhen. 2022 verkauften die Russen 96,4 Tonnen Gold in die Arabischen Emirate, 15 Mal mehr als 2021. Weitere Abnehmer für russisches Gold sitzen in Istanbul und Hongkong. Vor dem Ukrainekrieg war London der größte Handelsplatz für Gold aus Putins Reich. Laut der Industrie- und Handelskammer Russlands beläuft sich die Jahresproduktion auf 371 Tonnen.

Der Schweizer Rohstoffhändler Glencore soll im Juli über die Türkei Tausende Tonnen russischen Kupfers nach Italien verkauft haben. Daneben haben sich die russischen Kupfer-Exporte in die Türkei in den ersten sieben Monaten dieses Jahres im Jahresvergleich auf 159.000 Tonnen verdreifacht.

Selbst die EU kann auf Importe aus Russland offenbar nicht gänzlich verzichten. Für einige Länder Ostmitteleuropas gibt es Ausnahmeregelungen für den Bezug von Öl. Tschechien etwa erhielt im ersten Halbjahr 65 Prozent seiner Ölimporte durch die Druschba-Pipeline. Für russisches Erdgas gibt es keine Sanktionen. Zwar suchen die EU-Staaten nach Alternativen, dennoch könnten russische Firmen



Indien hat sich zum Großabnehmer von russischem Öl entwickelt: Tankstellenangestellter in Mumbai

Foto: pa

RUSSLAND

Wie es der russischen Wirtschaft aktuell geht

Positive Effekte aufgrund der Handelsbeziehungen vor allem mit China und Indien – Schwacher Rubel und anhaltende EU-Sanktionen trüben den Erfolg

bis Jahresende auf 8,5 Milliarden Euro aus LNG-Verkäufen kommen.

Ein anderes wichtiges Exportgut ist Dünger. Laut „Agrar heute“ bezieht gerade Deutschland immer mehr Stickstoffdünger aus Russland. Grund dafür sind die hohen Gaspreise. Energie- und Gaskosten machen 90 Prozent der Produktionskosten mineralischer Düngemittel aus. Dies zwingt viele Hersteller dazu, ihre Produktion zu drosseln. Im ersten Halbjahr 2023 sind Düngemittelimporte aus Russland im Vergleich zum Vorjahr laut Angaben des Statistischen Bundesamts um das 3,3-fache gestiegen. Im vorigen Jahr wurde Harnstoff im Wert von 131 Millionen Euro importiert, 2021 waren es noch rund 36 Millionen Euro. Russland ist damit vom sechsten auf den dritten Platz unter den größten Düngemittelherstellern Deutschlands vor-

gerückt. Viele deutsche Düngemittelhersteller gaben auf. Die Volkswirtschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas geraten unter Druck. Im zweiten Quartal rutschte das Wachstum in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn ins Minus. Alles Staaten, die stark mit der schwächelnden Industrie Deutschlands verwoben sind.

Wo Licht ist, fällt auch Schatten

Obwohl laut dem Wiener Institut für Wirtschaftsvergleiche (WIIW) die russische Wirtschaft stärker wachsen wird als die der EU und Moskau es geschafft hat, die Sanktionen bei der Beschaffung von Hochtechnologie zu umgehen, geben Inflation und Rubelverfall Anlass zur Sorge. Die russische Zentralbank verzeichnet in diesem Jahr eine deutlich schlechtere Leistungsbilanz (Differenz zwischen Zu- und Abflü-

sen von Geld im Land) als im Vorjahr. Die Exporteinnahmen gingen aufgrund des Öl-embargos um knapp 32 Prozent zurück, die Einfuhren stiegen um 17 Prozent, weil die russische Wirtschaft nicht alle ausländischen Waren substituieren kann. Um den Rubel zu stabilisieren, hat die Zentralbank den Leitzins in mehreren Schritten von 8,5 auf 15 Prozent angehoben.

Ein großes Problem für Moskau stellt die Tatsache dar, dass Indien die Ölimporte in Rupien bezahlt und die Währung nicht frei konvertierbar ist. Indien weigert sich, in Rubel zu zahlen. So stecken die russischen Erlöse in Indien fest, was die Rubelabwertung im Sommer mit auslöste.

Sollte China weiter auf den russischen Markt drängen, könnte Russland in höhere Abhängigkeit von seinem Partner im Osten geraten.

NIEDERLANDE

Bauern mit Öko-Terror unter Druck gesetzt

EU-Experiment: Landwirte erhalten Geld, wenn sie ihre umweltbelastenden Betriebe schließen

Die Europäische Union geht davon aus, dass die Aufzucht und Haltung von Nutztieren dem Klima und der Umwelt schade. Deshalb strebt sie nach einer Reduzierung der Bestände, wobei die Niederlande offenbar als Experimentierfeld dienen. Denn die EU sagte der Regierung in Den Haag 1,47 Milliarden Euro zu, um den Ankauf sowie die „freiwillige, endgültige und unwiderrufliche“ Schließung von 3000 angeblich besonders umweltbelastenden Landwirtschaftsbetrieben zu finanzieren. Dadurch will man den Stickstoffeintrag in Naturschutzgebiete reduzieren, wobei es bis 2030 zu einem diesbezüglichen Rückgang von nicht weniger als 50 Prozent kommen soll.

Gegenüber den Landwirten wird mit Zuckerbrot und Peitsche agiert. Bei einer Annahme des „Angebotes“, ihre Höfe still-

zulegen und danach in keinem anderen EU-Land neu anzufangen, erhalten sie 120 Prozent des Wertes ihres Besitzes. Weigern sie sich, droht die Enteignung zu schlechteren Konditionen. Allerdings ist der Marktpreis von Landwirtschaftsbetrieben im Umfeld von Naturschutzgebieten inzwischen um die Hälfte gesunken. Deshalb haben bisher lediglich 20 Bauern aufgegeben und verkauft. Und 200 weitere tragen sich mit der Absicht, das Gleiche zu tun, womit die Ziele der Politiker in Brüssel und Den Haag deutlich verfehlt wurden.

Aus diesem Grunde ziehen die Politiker die Daumenschrauben noch weiter an. Während der Beratungen zwischen dem niederländischen Kabinett und Vertretern der Bauernschaft über ein neues Agrarabkommen hieß es plötzlich, zur Reduzierung der Stickstoffemissionen sei auch ei-

ne Obergrenze von 2,5 bis drei Kühen pro Hektar Grünland nötig. Das freilich ist unannehmbar, wie Henk Bleker, der Vorsitzende der Interessenvertretung der Milchbauern der Niederlande NMV, gegenüber der Tageszeitung „AD“ erklärte: „Wir haben das ausgerechnet, und dann wird mindestens einer von fünf Milchbauern in Schwierigkeiten geraten.“

Jeden Monat zwei Selbstmorde

Damit enden die Hiobsbotschaften aber noch nicht. Aus einem Bericht des britischen Blattes „The Telegraph“ geht hervor, dass die Regierung in Den Haag weitere Auflagen in Erwägung ziehe. Dabei gehe es um die Errichtung emissionsarmer Ställe sowie die Reduzierung von Pestiziden und die Verbesserung der Gülleverarbeitung.

Angeht all dessen stehen viele niederländische Landwirte unter großem psychischen Druck, der sogar zu Suiziden führt. Hierauf machten unter anderem die Aktivistin Eva Vlaardingbroek und der Europaabgeordnete Robert Roos von der konservativ-liberalen Partei JA21 aufmerksam. Laut Vlaardingbroek nehmen sich derzeit etwa zwei niederländische Bauern pro Monat das Leben.

Während die Bedingungen für die Fleisch- und Milchproduzenten in unserem Nachbarland immer schlechter werden, investieren Anleger in Unternehmen, die „Kunstfleisch“ in Bioreaktoren züchten wollen, wie die in Maastricht ansässige Firma Mosa Meat. Zu deren Geldgebern zählen unter anderem der Google-Gründer Sergey Brin und der Hollywood-Schauspieler Leonardo DiCaprio. W. Kaufmann

MELDUNGEN

Belgien plant „Energieinsel“

Brüssel – Belgien will bis 2033 eine künstliche „Energieinsel“ in der Nordsee errichten. Das Wasserbauwerk mit dem Namen Princess Elisabeth Island soll 45 Kilometer vor der Küste bei Ostende entstehen, eine Fläche von fünf Hektar einnehmen und alles in allem 1,34 Milliarden Euro kosten. Der Zweck des Vorhabens besteht in der Schaffung einer Basis für die Errichtung und Wartung von Windparks im Umfeld der neuen Insel sowie eines Netzknotens, der die Offshore-Anlagen mit dem Festland verbindet. Außerdem ist geplant, von hier aus Unterseekabel für die Stromverteilung nach Großbritannien und Dänemark zu legen. Ebenso hat die Betreiberfirma Elia Transmission Belgien die Absicht, Wasserstoff auf Princess Elisabeth Island zu produzieren. Der Bau soll bereits kommenden März beginnen. Als erstes sollen 30 Meter hohe schwimmfähige Senkquader in die Nordsee hinausgeschleppt und ringförmig auf dem Meeresgrund platziert werden. W.K.

Prozess gewonnen

Warschau – Ein polnisches Berufungsgericht hat die Verhängung einer hohen Geldstrafe durch den Präsidenten der polnischen Wettbewerbsbehörde UOKiK gegen den russischen Energiekonzern Gazprom aufgehoben. Im Zusammenhang mit dem Bau der Ostseegaspipeline Nord Stream 2 hatte die Wettbewerbsbehörde Gazprom einen Verstoß gegen das Antimonopolgesetz beziehungsweise Marktregeln und eine „Verletzung der Verbraucherinteressen“ vorgeworfen sowie eine Strafe in Höhe von 29 Milliarden Zloty (rund 6,5 Milliarden Euro) verhängt. Die früheren Partner von Gazprom, Engie Energy, Uniper, OMV, Shell und Wintershall, die sich finanziell ebenfalls an dem Bau der Pipeline beteiligt hatten, mussten Polen mehr als 234 Millionen Zloty (ungefähr 52,3 Millionen Euro) zahlen. Aus Sicht der polnischen Wettbewerbsbehörde war durch Nord Stream 2 Polen als Transitland umgangen worden. Dies hat nach Ansicht der Warschauer Behörde zu höheren Gaspreisen in Polen führen können. H.M.

Berlin rutscht im Vergleich ab

Berlin – Nach einer Untersuchung der Unternehmensberatung Kearney rutscht Berlin im internationalen Vergleich mit anderen Metropolen immer weiter ab. Im „Global Cities Index“ (GCI) und dem „Global Cities Outlook“ (GCO) wird das dargestellt. Untersucht wurden Humankapital, Informationsaustausch, Kulturangebot, Lebensqualität, Ökonomie, Innovation, Bereitstellung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur und Regierungsführung. In Bezug auf Leistungen rutscht Berlin vom 14. auf den 16. Platz. Bei den Zukunftsaussichten ging es für Berlin sogar um neun Punkte auf Platz 21 zurück. Auch die übrigen untersuchten deutschen Metropolen Frankfurt am Main und München verschlechterten sich. Spitzenreiter bleibt wie in den Jahren zuvor New York, gefolgt von London, Paris, Tokio und Peking. F.B.

ANALYSE

Wo steht Russland?

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Weil der seit Anfang Oktober tobende Krieg in Gaza die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der Ukraine abgelenkt hat, schlussfolgern viele Medienvertreter hierzulande, dass Wladimir Putin vom Überfall der Hamas auf Israel profitiere.

In der Tat hat der russische Präsident das Massaker, das die Hamas am 7. Oktober während eines Festivals in der Nähe des Gazastreifens an israelischen Zivilisten begangen hat, nicht verurteilt, jedoch hat er in der Vergangenheit immer wieder eine Vermittlerrolle angeboten. Angesichts der eigenen Verwicklung in einen Krieg und der unmittelbaren Schuldzuweisung an den Westen dürfte ihm aktuell eine solche Rolle aber niemand abnehmen.

Obwohl es keine Beweise für eine Beteiligung Russlands gibt, unterstellen westliche Medien, die sich auf Informationen von US-Geheimdiensten stützen, dass Moskau für Waffenlieferungen an die Hamas verantwortlich sei. Beispielsweise soll das Flugabwehrsystem Pantsir, das für Syrien bestimmt war, mit Assads Zustimmung an die Hisbollah im benachbarten Libanon geliefert werden. Die Hisbollah kam durch die Beteiligung am Syrienkrieg schon in den Besitz zahlreicher Waffensysteme russischer Bauart. Mit der Tatsache, dass Teheran die Hisbollah unterstützt und der Iran Russlands Verbündeter ist, soll Moskaus Schuld bewiesen sein. Dem Iran wird zudem vorgeworfen, an der Planung des Überfalls auf Israel beteiligt gewesen zu sein.

Gefahr des Islamismus in Russland

Putin ist auch auf die arabischen Staaten als Wirtschaftspartner angewiesen und nutzt deren Ressentiments gegen den Erzfeind USA bei seinem eigenen Kampf gegen den „US-Imperialismus“. Eine Ausweitung des Islamismus in Russland, in dem rund 20 Millionen Moslems leben, birgt Gefahren für die innere Sicherheit. Der Vorfall auf dem Flughafen von Machatschkala, der Hauptstadt der überwiegend von sunnitischen Moslems bewohnten Republik Dagestan, ist ein Beispiel dafür. Dort waren Ende Oktober 1500 Menschen in den Flughafen eingedrungen, weil eine Maschine aus Tel Aviv gelandet war, an deren Bord sich Flüchtlinge aus Israel befinden sollten. Mehr

als 20 Menschen wurden verletzt, 85 Personen festgenommen. Der Gouverneur der Region versicherte, die Lage im Griff zu haben. Zur Hilfe eilte ihm der putintreue Tschetschenenführer Ramsan Kadyrow, der den Beamten befahl, drei Warnschüsse auf einen Randalierer abzugeben und den vierten in den Kopf.

Zwischen allen Stühlen

In einigen russischen Medien wurde sehr ausführlich über den Konflikt im Gazastreifen berichtet. Die als kretreue geltende Online-Zeitung „lenta.ru“ ließ Augenzeugen beider Seiten zu Wort kommen, die von den Schrecken der Ereignisse berichteten. Die Schilderungen ähneln sich, da Zivilpersonen gleichermaßen von der Angst um ihre Angehörigen und der Trauer um ihre Toten ergriffen sind. Es folgten Erläuterungen, wer die Hamas sind sowie eine Chronik ihrer Anschläge auf Israel.

Die „Nesawissimaja Gazeta“ (NG) nahm indes die Wirkung des Narrativs von der „Schuld des Westens“ auf die russische Bevölkerung unter die Lupe. Laut Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) befürworten nur zehn Prozent der Russen diese Sichtweise. 73 Prozent unterstützen niemanden und jeweils zehn Prozent sind für Israel oder Palästina. Bei einer Umfrage vom November 2012 sympathisierten 13 Prozent mit Israel und nur fünf Prozent mit Palästina. Die „NG“ sieht die öffentliche Meinung ganz klar von Medien, Politikern und Diplomaten beeinflusst, zumal mehr über die Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung berichtet werde.

Angesichts der Bedrohung durch radikale muslimische Strömungen im eigenen Land, die Moskau bislang stets unterdrücken konnte, kann sich der Kreml eine eindeutige Unterstützung der Hamas kaum leisten. Zudem pflegt der russische Präsident eine freundschaftliche Beziehung zu Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, die er wegen des kürzlichen Empfangs von Hamas-Vertretern in Moskau bereits aufs Spiel gesetzt hat. Zwei Millionen Russen leben in Israel und seit dem Beginn des Ukrainekriegs wanderten weitere 37.000 nach Israel aus.

Unter der russischen Bevölkerung macht sich zudem eine schleichende Kriegsmüdigkeit breit. Die Verwicklung in einen weiteren Konflikt könnte die Stimmung kippen lassen.



Es ist nicht bloß Unfähigkeit: Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD)

Foto: imago/Future image

LEITARTIKEL

Gegen das Unsere

HANS HECKEL

Wenn von verfallenden Schulen, Universitäten, Straßen und Schienenwegen die Rede ist oder von der Undurchdringlichkeit eines verfetteten Bürokratismus und eines erstarrten Parteienstaates, dann fällt oft das Wort von der „Dysfunktionalität“, die unser Gemeinwesens erfasst habe. Soll heißen: Die Bundesrepublik schafft es immer weniger, ihren Grundaufgaben nachzukommen, ein erschöpftes Land.

Die Unfähigkeit, die längst überfälligen Lehren einer maßlosen Einwanderungspolitik zu ziehen oder gegen den offen grassierenden Judenhass muslimischer Zuwanderer vorzugehen, wird oft auf das gleiche Konto gebucht: Sie können es einfach nicht mehr.

Doch stimmt das überhaupt? Oder muss das richtige Urteil nicht ein viel schlimmeres sein: Sie wollen diese Probleme gar nicht lösen. Für Letzteres spricht leider immer mehr.

Schon wenige Tage nach dem Terrorüberfall auf Israel versprach Bundeskanz-

ler Scholz ein Verbot der Hamas und ihrer Vorfeldorganisationen. Doch getan wurde nichts. Anfang November verkündete Innenministerin Nancy Faeser mit großem Tamtam das Verbot jener Gruppen. Doch sie tat das nur vor den Medien. Die Landesinnenminister, deren Organe

Untergrund vorzubereiten. Bloß ein dummes Missgeschick?

Als unlängst ein paar meist schon recht bejahrte Politspinner von einem Umsturz träumten, ließ Faeser 3000 Mann ausrücken, darunter die legendäre GSG9, um den „Rollator-Putsch“ niederzuschlagen. Und die Demonstranten gegen die Corona-Maßnahmen bekamen die ganze Härte der Staatsmacht zu spüren, die man bei den Judenhasser-Demos unserer Tage lange suchen muss.

Sie können also, wenn sie wollen. Also wollen sie einfach nicht. Aber warum nicht? Darüber kann man nur düster mutmaßen. Botho Strauß schrieb vor 30 Jahren in seinem Essay „Anschwellender Bocksgesang“: „Intellektuelle sind freundlich zum Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begründen, was es zerstört.“ Er brachte damit einen linken Selbsthass auf den Punkt, der sich seitdem durch alle Ebenen der politischen und kulturellen Eliten gefressen hat. Möglicherweise liegt hier der Ursprung jenes konsequenten Versagens bei Überlebensfragen unserer Nation.

Warum die Politik gegen Asylflut und Hamas so konsequent versagt

das Verbot hätten umsetzen müssen mit der Beschlagnahme von Geldern und Datenträgern, waren gar nicht entsprechend instruiert worden. Ein völlig ungewöhnlicher Vorgang. Einziges Ergebnis bislang ist, dass man Hamas und Co. jede Menge Zeit gab, Daten und Gelder verschwinden zu lassen und sich auf (terroristische?) Aktivitäten aus dem

PORTRÄT

Der nächste Fall Palmer

Lokalpolitiker nehmen die Entwicklung in der Gesellschaft anders wahr als die im Berliner Elfenbeinturm tagende Elite. Das mussten die Grünen bereits mit dem streitbaren Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer erleben, der in seinem realpolitischen Alltag nichts mit dem abgehobenen, ökofundamentalistischen Kurs seiner eigenen Partei anfangen konnte und den Grünen deshalb bereits im Mai den Rücken kehrte.

Einen ähnlichen schmerzhaften, wengleich von weniger medialem Getöse begleiteten Austritt musste in diesen Tagen die SPD verkraften. Stefan Kerth, seit 2018 Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen, trat nach mehr als 20-jähriger Parteimitgliedschaft bei den Roten aus. Die von den Sozialdemokraten mitverantwortete Asylpolitik und das Bürgergeld brachten bei ihm das Fass zum Überlaufen, nachdem er sich zuvor schon

über die Asylpolitik geärgert und seine Kritik daran geäußert hatte.

„Seit Längerem nehme ich die Politik der SPD und des politischen Lagers links der Mitte als zu stark gesinnungsgeleitet und unzureichend an der Lebensrealität orientiert wahr“, erklärte der aus Parchim stammende 50-jährige Lokalpolitiker, der von 2007 bis 2018 Bürgermeister der Stadt Barth war. Trotz der auch in seiner

Region sichtbaren zugespitzten Lage habe die SPD den Asylkurs nur inkonsequent geändert. Der Erfolg der AfD sei nach seiner Beobachtung „eine direkte Folge einer von vielen als abgehoben und wirklichkeitsfremd empfundenen Politik“.

Der gelernte Augenoptiker, der nach 1989 das Abitur nachholte, um in Rostock Jura zu studieren, kritisierte aber auch die Toleranz der Parteioberebenen gegenüber einer in migrantischen Milieus verbreiteten Intoleranz: „Selbst beim Herzensthema der Gleichberechtigung von Frauen schaut man bereitwillig weg.“

Nach seinem Austritt aus der SPD, in deren Landesvorstand er einige Jahre tätig war, bleibt er parteiloser Landrat. Einer anderen Partei werde sich Kerth nicht anschließen, hieß es. Dabei wartet mit der Wagenknecht-Partei eine Alternative, die für viele andere enttäuschte SPD-Genossen attraktiv sein könnte.

H. Tews



Ex-SPD-Mitglied: Stefan Kerth

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Die Kunstfreunde von der Weser

Einer der ältesten deutschen Kunstvereine wird 200 Jahre alt – Bremer Kunsthalle feiert das mit einer Impressionismus-Ausstellung

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 14. November 1823 gründete Senator Hieronymus Klugkist mit 33 Honoratioren den Kunstverein in Bremen. Er gehört zu den ältesten in Deutschland und ist mit heute etwa 10.000 Mitgliedern einer der größten. Die Gründungsmitglieder verfolgten das noch heute gültige Ziel, den „Sinn für das Schöne zu verbreiten“.

Zu diesem Zweck wollten sie „Kunst-sachen“ sammeln und zugänglich machen. Das ist aufgrund der Stiftungen und Vermächtnisse von Gemälden, Graphiken und Skulpturen sowie Geldzuwendungen zum Erwerb von Kunstwerken bestens gelungen. Die in der 1849 eröffneten und bis 2011 mehrfach erweiterten Kunsthalle Bremen beheimatete Sammlung des Kunstvereins zählt nicht zuletzt wegen des 220.000 Zeichnungen und Druckgraphiken umfassenden Kupferstichkabinetts zu den bedeutendsten in Europa.

Die Kunsthalle ist das erste für eine bürgerliche Sammlung erbaute Haus und befindet sich nach wie vor in der privaten Trägerschaft des Kunstvereins. Der bietet in der Kunsthalle auch Werken aus städtischem Besitz eine Heimat und bekommt dafür von der Freien Hansestadt Bremen finanzielle Zuwendungen. Den ersten wissenschaftlichen Leiter der Kunsthalle engagierte der Kunstverein 1899. Gustav Pauli brachte frischen Wind in die Ankaufspolitik. „Heute gelten seine Erwerbungen als die bedeutendsten Werke der Bremer Sammlungen“, wie Kuratorin Dorothee Hansen berichtet.

„Invasion französischer Kunst“

Paulis Ankäufe moderner französischer Kunst waren in Bremen heiß umstritten. Man warf ihm vor, die Franzosen den deutschen Künstlern vorzuziehen. Und außerdem seien die ausländischen Werke ihren hohen Kaufpreis nicht wert. Als Pauli Ende 1910 für 30.000 Mark Vincent van Goghs Gemälde „Mohnfeld“ (1889) erwarb, war für den Maler Carl Vinnen das Maß voll. Er veröffentlichte in einer Zeitung sein „Mahnwort an den Kunstverein“ und beklagte die „große Invasion der



Im Jahr 1910 für 30.000 Mark erworben: Vincent van Goghs „Mohnfeld“ von 1889 ist heute einige Millionen Euro wert

französischen Kunst“ in Deutschland. Das war der Auftakt zum damaligen „Bremer Kunststreit“.

Auch andere deutsche Museumsdirektoren erwarben französische Kunst. Zu Paulis Mitstreitern gehörten Hugo von Tschudi, Direktor der Berliner Nationalgalerie, Alfred Lichtwark, Direktor der Hamburger Kunsthalle, Georg Treu in Dresden oder Harry Graf Kessler in Weimar. Zudem erstanden Bremer Kaufleute in Absprache mit Pauli französischen Impressionismus. Davon handelt der Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten: die Sonderschau „Geburtstagsgäste. Monet bis van Gogh“. Sie umfasst 70 Werke: Leihgaben aus deutschen und internationalen Museen sowie Ankäufe Paulis.

Einen Raum für sich allein haben die Skulpturen Auguste Rodins. Damals un-

erhört war die lebensgroße Bronze, die Johannes den Täufer (1878/80) nackt und ohne Attribute präsentiert. Zu den Hauptwerken der Kunsthalle gehört das lebensgroße Bildnis, das Claude Monet von seiner Lebensgefährtin „Camille“ malte. Als Pauli das Gemälde 1906 kaufte, war es bereits 40 Jahre alt.

Überhaupt fällt auf, dass die deutschen Museumsleute und Sammler die impressionistischen Gemälde nicht gerade frisch von der Staffelei erwarben, sondern mit jahrzehntelanger Verzögerung. Édouard Manets sich durch „saftigen“ Pinselstrich und fein abgestufte Farben auszeichnendes „Spargelbündel“ war bereits 27 Jahre alt, als es Max Liebermann kaufte. Van Goghs „Mohnfeld“ (1889) erwarb Pauli 21 Jahre nach der Fertigstellung. Zu ihm gesellen sich Meisterwerke

von Courbet, Pissarro, Toulouse-Lautrec und Cézanne.

Paulis Museumsarbeit erschöpfte sich jedoch nicht in der Förderung des Neuen, sondern zeichnete sich ebenso durch die Wertschätzung der alten Kunst aus, wie die im ersten Stock ausgebreitete Dauerausstellung zeigt. Im zentralen Saal hän-



1849 eingeweiht: Kunsthalle Bremen

gen dicht neben- und übereinander Werke zum Thema „Bremen und die Welt“. Zur Präsentation gehören Portraits von Förderern des Kunstvereins sowie Maurizio Cattelans doppelte Bremer Stadtmusikanten: links stehen sie als Tierpräparate (1995) aufeinander, rechts als Skelette (1997). Um diesen Saal ziehen sich 31 Räume. Die Abfolge der Werke ist nach Ländern und Zeiten geordnet und wird von einigen Themenräumen unterbrochen, die alte und neue Kunst etwa zum Thema „Schlachtfelder“ präsentieren.

Wertschätzung auch der alten Kunst

Vor genau 600 Jahren schuf Masolino da Pinacale das älteste Werk der Sammlung: Die „Madonna mit dem Kind“. Das wertvolle Gemälde stiftete der Maler Johann Bäse 1832 dem Kunstverein. Den von Albrecht Dürer gemalten „Johannes der Täufer“ (um 1505) vermachte Senator Klugkist 1851 dem Kunstverein. Die im Zweiten Weltkrieg ausgelagerte Tafel war lange verschollen, bis sie 2004 aus Reval an die Bremer Kunsthalle zurückgegeben wurde.

Eine erlesene Erwerbung Paulis von 1904 ist die von Lucas Cranach dem Älteren geschaffene „Heilige Dreifaltigkeit“ (1515/18). Der von Jan Lievens gemalte „Apostel Paulus“ (um 1629) gehört der in der Sammlung mit Seestücken, Stillleben und Landschaften reich vertretenen niederländischen Malerei des 17. Jahrhunderts an. Auf sie folgen als Sammlungsschwerpunkt die seit 1895 in der Kunsthalle vertretene Künstlerkolonie Worpswede, die in Worpswede und Paris geschulte Paula Modersohn-Becker und der vom Realismus zum Impressionismus konvertierte Max Liebermann.

James Turrells Lichtinstallation von 2011 schließlich verbindet alle drei Ausstellungsetagen miteinander und erweckt beim Blick nach unten die Illusion, man könne den Sternenhimmel auf der Bremen gegenüberliegenden Seite der Erde sehen.

● „Geburtstagsgäste. Monet bis van Gogh“ bis 18. Februar, geöffnet täglich außer montags ab 10 Uhr, Eintritt: 15 Euro www.kunsthalle-bremen.de

TV-KRITIK

Gewalt, Rassismus, Lüge und anderer Sondermüll

Wenn Hallenser mit einer Orgie der Eindimensionalität übergossen werden – ARD-Serie über Umweltaktivisten badet in Tristesse

Wie ticken Umweltaktivisten, die für die vermeintlich gute Sache demonstrieren, dabei mit Flaschen werfen und sich immer weiter radikalieren? Was die sechsteilige MDR-Serie „Wer wir sind“ (15. November ab 20.15 Uhr und 17. November ab 22.20 Uhr, Das Erste) versucht, ist pflichteifriges Mainstream-TV voller plumper Klischees. Ein „Mikrokosmos“ soll am Schauplatz Halle ausgebreitet werden, aber diese Mischung aus Rassismus, Lüge und Gewalt geht an der Realität vorbei.

Selbstredend wird die Stadt an der Saale von grölenden Skinheads und Neonazis dominiert, Menschen mit anderer Hautfarbe werden von der offenbar rechts unterwanderten Polizei schikaniert, selbstredend sind Unternehmer hier skrupellose Geschäftemacher, und jugendliche Systemsprenger aus prekären Verhältnissen fallen prompt durchs Netz, anstatt dass ihnen geholfen wird. Schon



Ein Hauch von „Black Lives Matter“ auf deutschen Straßen: Marco Tietze (Robin Sondermann) drückt Felix Sylla (Chieloka Jairus) während der Krawallnacht zu Boden

in der ersten Folge wird ein schwarzer Halbwüchsiger von einem Kaugummi kauenenden Polizisten aus der demonstrierenden Menge gefischt und streng verhört. Die Szene endet damit, dass der Polizist den Jungen zu Boden drückt und seinen Hals mit dem Knie fixiert. Genau so ein Gewaltakt, begangen von einem amerikanischen Cop an einem Schwarzen, löste vor drei Jahren die „Black-Lives-Matter“-Bewegung aus. Was aber die Parallele belegen will, ist unklar.

Eindimensional geht es weiter: Der Unternehmer Noll, gegen dessen unerlaubte Giftmüllverklappung die Jugendlichen demonstrieren, wird als aalglatter Kapitalist gezeichnet, der in jeder Satire auftreten könnte und von Jörg Schüttauf auch so gespielt wird. Systemsprenger Dennis, der erst einen Kiosk ausraubt, später ein Auto knackt und mit seinem kleinen Bruder auf dem Beifahrersitz

Mülltonnen umfährt, lebt in einer Jugendgruppe, verwaltet von einem überforderten Sozialarbeiter. Seine Mutter, dumpf vor dem Fernseher brütend, wirft sich einem gewalttätigen Neonazi an den Hals und sperrt den kleineren Sohn gerne auf dem Balkon aus. Tristesse allerorten.

Überzogen auch die Haltung der Kommissarin Catrin (Franziska Weisz), die die Vorschriften ihres Berufes gleich mehrfach unterläuft: Erst löscht sie Beweise, die ihre Tochter Luise (Lea Drinda) als Mitläuferin bei den Demos zeigen, später lässt sie sich von ihrem rabiaten Kollegen und Teilzeit-Lover Marco (Robin Sondermann) dazu erpressen, dessen rechtswidriges Verhalten bei der Vernehmung des schwarzen Jungen zu vertuschen. Der MDR stellte nur die ersten drei Folgen für eine Berichterstattung zur Verfügung. Fraglich, ob die Zuschauer bis zum Schluss dranbleiben mögen. *Anne Martin*

WÄHRUNGSREFORM

„Wunder der Rentenmark“

Wenn den Deutschen Geldwertstabilität wichtiger ist als anderen Nationen, liegt das maßgeblich an den Erfahrungen, die sie mit den Geldentwertungen gemacht haben, die den Währungsreformen von 1923 und 1948 vorausgingen. In der Endphase der Mark und der Reichsmark war aufgrund der Finanznot des Staates die Geldpresse derart maßlos und unverhältnismäßig zu der der Geldmenge gegenüberstehenden Menge an verfügbaren Waren betätigt worden, dass kaum noch jemand freiwillig bereit war, für das Geld Gegenleistungen zu erbringen oder Waren auszuhändigen. Sollte die Wirtschaft nicht in das primitive Stadium des Tauschhandels zurückfallen beziehungsweise aus diesem wieder herauskommen, bedurfte es einer neuen Währung. 1948 war das die Deutsche Mark, 1923 die ungleich weniger bekannte Rentenmark.

1923 war eine Rückkehr zur Goldgedeckten Mark nicht möglich, da dem Reich im Krisenjahr die dafür nötigen eigenen Goldmengen fehlten. Stattdessen wurde der Eindruck erweckt, dass die Rentenmark zwar nicht durch Gold, aber durch den Grund und Boden des Reichsterritoriums gedeckt sei. Eine derartige Deckung hätte allerdings analog zum Goldstandard vorausgesetzt, dass Grund und Boden sich im Eigentum des Reiches beziehungsweise der Notenbank befunden hätten. Sie befanden sich jedoch überwiegend in Privateigentum, und es wurden auch keine Anstalten gemacht, die privaten Eigentümer zur Stützung der Währung zu enteignen. Wenigstens wurden die Eigentümer von Grund und Boden insoweit zur Stützung der neuen Rentenmark herangezogen, als Immobilien von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe zugunsten der für die Rentenmark geschaffenen Deutschen Rentenbank zwangsweise mit Hypotheken und Grundschulden belegt wurden. Das wurde als recht und billig empfunden, da die Sachwert- im Gegensatz zu den Geldbesitzern unter der Hyperinflation nicht gelitten hatten.

Vom 15. Oktober 1923 stammt die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank. Die von der Bank herausgegebenen ersten Rentenmark-Scheine trugen das Datum vom 1. November 1923, die Rentenpfennig-Münzen die Jahreszahl 1923. Und vor 100 Jahren, um den 20. November 1923 herum, wurde die neue Rentenmark in Umlauf gebracht.

Das Verhältnis der neuen Rentenmark zur alten Papiermark wurde mit 1 : 1 Billion festgelegt. Da zu der Zeit ein US-Dollar 4,2 Billionen Papiermark kostete, war das Verhältnis der Rentenmark zum US-Dollar also 4,2 : 1. Das entsprach ziemlich genau dem Verhältnis, das die Goldmark vor dem Ersten Weltkrieg zum US-Dollar gehabt hatte.

Ähnlich wie die D-Mark erwies sich auch die Rentenmark als erfolgreich. Analog zum deutschen Wirtschaftswunder sprach man vom „Wunder der Rentenmark“. Zwei Gründe seien genannt: Der Versuchung zur Staatsfinanzierung durch die Geldpresse wurde widerstanden. Und ähnlich wie nach 1948 in den Westzonen ging es nach dem Krisenjahr 1923 in der Weimarer Republik wirtschaftlich bergauf.

1924 trat dann an die Seite der als Provisorium aus der Not geborenen Rentenmark im Verhältnis 1 : 1 die neue Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel. Beide wurden 1948 durch die Deutsche Mark abgelöst. *Manuel Ruoff*



Im Jahr 1950 erwirtschafteten rund 2300 HO-Läden bereits etwa 26 Prozent des Einzelhandelsumsatzes der DDR: Eröffnung der HO-Verkaufsstätte für Lebensmittel aller Art im Columbus-Haus in der Berliner Friedrich-Ebert-Straße
Foto: imago/Snapshot

PLANWIRTSCHAFT

„Verkaufskultur“
à la DDR

Vor 75 Jahren wurde in der sowjetischen Besatzungszone das staatliche Einzelhandelsunternehmen Handelsorganisation (HO) gegründet

VON HEIDRUN BUDDÉ

Am 15. November 1948 wurde das staatliche Einzelhandelsunternehmen Handelsorganisation (HO) in der sowjetischen Besatzungszone mit dem Anspruch gegründet, die schwierige Versorgungslage nach dem Krieg zu verbessern und den Schwarzmarkt zu bekämpfen. Die erste Verkaufsstelle für Textilien und Schuhe eröffnete in Berlin-Friedrichshain, und am 16. November 1948 konnten die Bürger ohne Bezugsschein, aber zu hohen Preisen, Süßwaren in einem zweiten Laden einkaufen. Die staatliche Handelskette wuchs rasant. 1950 existierten bereits 2300 HO-Läden, und zusätzlich wurden Hotels wie Gaststätten betrieben. Neben der HO gab es die Konsumgenossenschaft und wenige selbstständige private Verkaufseinrichtungen.

Doch egal, welche Eigentumsform die Verkaufsstelle hatte, freizügige Bestellungen im Großhandel gab es nicht. Alle Anbieter konkurrierten um den begehrten „Warenfonds“, der nach „einer bestätigten Rang- und Reihenfolge und der Grenzversorgung auf die Territorien differenziert“ staatlich zugeteilt wurde. Nachzulesen in einem Dokument des Rates des Bezirkes Rostock vom 26. Oktober 1982, das als „Persönliche Verschlussache – Vorlagen – BL 04 Tgb.-Nr. 22x“ archiviert wurde.

Hier ist auch zu entnehmen, wie das Verteilungsverfahren ablief: „Dem Bezirk Rostock wurden durch das Ministerium für Handel und Versorgung auf der Grundlage des Politbürobeschlusses vom 19.10.1982 nachfolgende Warenfonds zu den bestätigten Versorgungsgrößen übergeben.“ Weihnachten stand vor der Tür, und so wurden Zusatzfonds

für „Butter, Schmalz, Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren, Fettkäse, Hühnereier, Nüsse, Mandeln, Kakaoerzeugnisse, Wein, Sekt, Spirituosen, Inlandfilterzigaretten, Reis und Orangen“ verteilt, weil es das Politbüro der SED so wollte.

Das war allerdings eine politisch gesteuerte Zusatzversorgung „auf Pump“: „Die kurzfristig zur Verfügung gestellten Warenfonds werden zusätzlich importiert, planmäßig vorgesehene Exporte und die Bestände der Staatsreserve werden reduziert. Das sind die Quellen dieser zusätzlichen Warenfonds. Sie sind also nicht als Geschenk aufzufassen, sondern bedeuten einen Vorgriff auf die Warenfonds des Jahres 1983. Damit wird zunächst etwas verbraucht, was wieder zusätzlich für eine planmäßige Verwendung produziert werden muß.“

Doch trotz angeordneter Aufstockung der Waren konnte der Bedarf nicht gedeckt werden. So heißt es in der Vorlage: „Bei Speck ist nach wie vor kein ständiges Angebot in den Verkaufsstellen vorhanden.“ Und bei Fleisch und Wurstwaren wurde kritisch vermerkt: „Es wird eine weitere Stabilität im Angebot des Einzelhandels erreicht, ohne jedoch ständig ein durchgängiges Angebot zu sichern.“ Besonders prekär war die Bereitstellung von Nüssen zu Weihnachten: „Die Versorgung mit Nüssen wird mit 76,7% zum vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres (November/Dezember) gewährleistet.“ Das Angebot wurde von Jahr zu Jahr schlechter, denn Nüsse waren überwiegend Importware.

Organisierter Mangel

Die vorhandenen Raritäten mussten den Verkaufseinrichtungen zugeteilt werden, und wie das zu erfolgen hatte, legte der Rat des Bezirkes bei Nüssen so fest: „Auf der Grundlage dieser verfügbaren Menge

wird der Vorschlag unterbreitet, 40% in Schwerpunktbetrieben und 60% in ausgewählten Versorgungseinrichtungen zu verkaufen. Die örtlichen Räte legen die Schwerpunktbetriebe und die ausgewählten Verkaufsstellen (Kaufhallen, ländliche Einkaufszentren, Spezial-Verkaufsstellen sowie Obst- und Gemüsemärkte) fest. Der Verkauf erfolgt in Kleinpackung (250 g) und zu einem einheitlichen Verkaufstermin ab 1.12.1982.“

Die Mangelware wurde in Kleinverpackungen aufgewertet, und 40 Prozent bekamen Verkaufsstellen von „Schwerpunktbetrieben“ wie beispielsweise die Werften, das Dieselmotorenwerk oder das Wohnungsbaukombinat. Die restlichen 60 Prozent landeten in Verkaufsstellen, die der örtliche Rat festlegen durfte. Das staatliche Einzelhandelsunternehmen HO wurde bevorzugt bedient, aber auch „Spezial-Verkaufsstellen“ wurden besser versorgt. Dazu gehörte beispielsweise die „Militär-Handelsorganisation“ (MHO). In den Kasernen durften sich Offiziere, Soldaten und Zivilbeschäftigte über Einkaufsmöglichkeiten freuen, die es im Zivilleben nur selten gab. Staatsdiener wurden mit einem privilegierten Einkauf bei Laune gehalten.

Der klägliche Rest landete dann in ausgewählten öffentlichen Läden. Doch wohl dem, der zum richtigen Zeitpunkt in der richtigen HO-Kaufhalle war, denn der Rat des Bezirkes legte „Verkaufstermine“ fest: „Für nachfolgende festtagstypische Sortimente werden einheitliche Verkaufstermine vorgeschlagen: Kakaoerzeugnisse darunter Hohlkörper 29.11.1982 (20%), 8.12.1982 (80%), Zuckerwaren 29.11.1982, Lebkuchen ohne Schokoüberzug 25.10.1982, Lebkuchen mit Schokoüberzug 15.11.1982, Enten und Kaninchen 8.12.1982, Puten und Gänse 15.12.1982.“

An diesen Verkaufstagen setzte der Verteilungskampf unter den Kunden ein, der vom Verkaufspersonal gesteuert wurde. Wie viel unter den Angestellten selbst vorher abgezweigt wurde oder an gute Freunde ging, blieb der Öffentlichkeit verborgen. Jeder wollte Raritäten für das Weihnachtsfest haben, und bei Kakaoerzeugnissen räumte die Staatsmacht Defizite ein: „Der Einsatz dieser Ware wird keine Stabilität des Angebots sichern.“ Schokoladenweihnachtsmänner (Hohlkörper) wurden nur an zwei Tagen angeboten. Wer diese Termine verpasste, hatte Pech.

Autoritärer Umgang mit den Kunden

Der Umgang mit den Kunden im Verteilungskampf war autoritär. So wurde einer Frau an der Kasse der HO-Kaufhalle ein Schokoladenweihnachtsmann aus dem Einkaufskorb genommen. Als die Frau protestierte, blaffte sie die Verkäuferin mit den Worten an: „Sie haben nur zwei Kinder!“ Der Einwand der Kundin, dass sie eine Süßigkeit verschenken wollte, prallte an der Aufsichtsperson ab. Nach einem heftigen Wortgefecht verließ die verärgerte Frau die HO mit der zugeteilten Ware. Erlebte „Verkaufskultur“ der 80er Jahre.

Die Mangelwirtschaft funktionierte nach eigenen Regeln und erzeugte großen Frust in der Bevölkerung, denn es gab nicht nur bei Nahrungsmitteln ein Versorgungsdefizit. Auch die Industrie hatte erhebliche Lieferrückstände im Bezirk Rostock. So fehlten per 31. Oktober 1982 1190 Waschmaschinen, 915 Kühlschränke, 226 Tiefkühltruhen, 300 E-Herde, 2350 Kaffeemaschinen, 6520 Regelbügel-eisen, 4535 Handrühr- und Mixergeräte sowie 3000 Tauchsieder.

Die Bürger kauften nicht, wenn sie etwas brauchten, sondern wenn sie das Glück hatten, eine Rarität zu bekommen. Die Akten zeigen auf, dass die Versorgungslage immer schwieriger wurde. Doch die SED-Funktionäre weigerten sich hartnäckig, die eigene Miswirtschaft zur Kenntnis zu nehmen. Sie verlangten, dass eine bessere „politisch-ideologische Arbeit“ mit den Kollektiven in den Verkaufsstellen zur Problemlösung beitragen sollte. Das war lächerlich und realitätsfern. Den Zusammenbruch des SED-Staates und der HO-Betriebe konnten sie damit nicht aufhalten.

STAATSBESUCH

Wofür Steinmeier in Tansania um Verzeihung bat

Von 1905 bis 1907 fand im Süden Deutsch-Ostafrikas der erfolglose Maji-Maji-Aufstand statt

VON WOLFGANG REITH

Ende Juli 1905 brach im Süden Deutsch-Ostafrikas plötzlich und für die Verwaltung der Kolonie völlig überraschend der sogenannte Maji-Maji-Aufstand aus. Mehrere Stammeshäuptlinge hatten sich gegen die deutsche Kolonialmacht zusammengetan und riefen die Bevölkerung zum Kampf gegen Steuern und „Fronarbeiten“ auf. Den Männern, die zu den Waffen griffen, wurde ein Zauberkraut namens „Maji-Maji“ (Wasser, Wasser) verabreicht, der ihnen Unverwundbarkeit verschaffen sollte. Dem sich im Süden der Kolonie immer mehr ausbreitenden Ansturm der Rebellen war die schwache Schutztruppe, die oftmals in arge Bedrängnis geriet, nicht gewachsen. Sie wurde durch alte ausgediente Askari und durch Neueinstellungen verstärkt.

Außerdem entsandte Deutschland die Kriegsschiffe „Bussard“, „Thetis“ und „Seeadler“ sowie eine Kompanie Marineinfanterie, deren Matrosen und Soldaten die Besatzungen der Küstenorte ablösten. Immer wieder kam es zu schweren Gefechten, und erst Mitte des Jahres 1906 gelang es, die Situation in den Griff zu bekommen und die Ruhe wiederherzustellen, sodass der Aufstand in allen Gebieten als niedergeschlagen angesehen werden konnte.

Die Verluste der Schutztruppe waren vergleichsweise gering. Sie betragen vier Deutsche und 73 Askari. Außerdem waren zehn Deutsche und 98 Askari verwundet worden, und weitere 70 Askari wurden vermisst, von denen wohl einige gefallen, andere ermordet und wieder andere zum Gegner übergelaufen waren. Die Zahl der Opfer unter den Eingeborenen lässt sich nur schwer ermitteln, doch dürften die genannten 300.000 Toten erheblich zu hoch gegriffen sein.

Umstrittene Opferzahl

Gouverneur Gustav Adolf Graf von Götzen schrieb in seinem 1907 erstatteten Jahresbericht über die Entwicklung Deutsch-Ostafrikas: „Die Folgen des Maji-Maji-Aufstandes in wirtschaftlicher Beziehung begannen erst nach seiner Unterdrückung sich ernstlich fühlbar zu machen“, und es folgten die nachdenklichen Sätze: „Was dem Aufstand folgte, war für die Eingeborenen schlimmer als die offenen Kämpfe. Im ersten Taumel der Kriegs-



„Ich verneige mich vor den Helden des Maji-Maji-Krieges und trauere um alle Opfer der deutschen Kolonialherrschaft ...“: Mit diesen Worten trägt sich der Bundespräsident in das Gästebuch des Maji-Maji Museums im Memorial Park von Songea ein

Foto: pa

erregung hatten sie in den Erträgen der letzten reichen Ernte gepreßt und hatten geschlachtet, was sie an Vieh für sich retten konnten. Als dann der Rückschlag erfolgte, ihre verborgenen Vorräte entdeckt wurden und, soweit sie nicht für Expeditionszwecke zu verwenden waren, zerstört werden mußten und jeder Anbau den Besiegten unmöglich wurde, trieb die Sorge um die Zukunft die meisten zur Unterwerfung. Dazu kam strichweise eine nur geringe Ernte und Nahrungsmangel ... Von denen, die Krieg und Hunger verschont hatten, fiel eine große Zahl entkräftet jeder Krankheit zur Beute. Wurmleiden traten seuchenartig auf und breiteten sich, durch die Arbeiter verschleppt, auch in vorher gesunden Gegenden aus. Den schlecht genährten Müttern versagte die Milch, so daß in manchen Gegenden eine enorme Kindersterblichkeit eintrat – kurz, die ersten Monate dieses Jahres sehen in den aufständischen Gebieten ein unsagbar trauriges Bild.“

Mit der Beendigung des Aufstandes begann für die Leiter der betroffenen Bezirke dann mühsame Arbeit, denn was der Krieg zerstört hatte, musste neu aufgebaut werden. In weiten Gebieten hatte der Aufstand die alten Sultane hinweggerafft, neue mussten an ihre Stelle gesetzt werden. Die verstreuten Eingeborenen mussten in ihre Landschaften zurückgeführt werden, wo sie zur Anlage neuer Dörfer und zur Bestellung der verwilderten Felder angehalten wurden. Schließlich ging es vor allem darum, den Notstand zu beenden, wobei sich die örtlichen Kolonialbehörden als besonders tätig erwiesen. So wurden etwa Hungerleidende gespeist oder auch zu Notarbeiten herangezogen.

In großen Mengen verteilte man Saat und kaufte gelegentlich dort einen Teil der Ernte zu guten Preisen auf, wo sich das Bestreben gewissenloser Händler zeigte, welche die Notlage zu ihren Gunsten auszunutzen versuchten. In die verseuchten Gegenden entsandte man Ärzte,

denen es wenigstens gelang, durch zahlreiche Impfungen eine Verbreitung der Pocken zu verhindern.

Frank-Walter Steinmeiers Motive

Einige der am Aufstand beteiligten Bezirke hatten keine dauerhaften Schäden an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung genommen, andere hatten die erlittenen Schläge am Ende des Berichtsjahres 1906 nahezu überwunden, und wiederum andere benötigten noch einige Zeit, um sich vollständig zu erholen. Die Fürsorgemaßnahmen der Kolonialverwaltung nach dem Maji-Maji-Aufstand und die Weiterentwicklung der Kolonie in den folgenden acht Jahren stärkten jedoch das Vertrauen der Bevölkerung in die deutschen Behörden, und so kam es nach der Niederschlagung der Revolte auch zu keinen größeren Kampfhandlungen mehr in Deutsch-Ostafrika. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges standen die Eingeborenen geschlossen an der Seite der Deutschen.

Zuletzt erhebt sich die Frage, warum im Zusammenhang mit den Herero- und Nama-Kriegen in Namibia auch mehr als ein Jahrhundert später immer noch Reparationszahlungen von den Nachkommen der damaligen Gegner gefordert werden, während diese für die Regierungen der anderen ehemaligen deutschen Kolonien keine Rolle spielen, ja solche Forderungen gar nicht erst auftauchen. So hat Tansania schon lange erklärt, dass es im Verhältnis zu Deutschland in die Zukunft schauen will und die Vergangenheit als abgeschlossen betrachtet. Und in Kamerun oder Togo wird heute die deutsche Kolonialzeit – im Vergleich mit der französischen Verwaltung nach 1920 – als eher „segensreich“ betrachtet. Warum also drängt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gerade jetzt bei seinem Besuch in Tansania auf ein Problem, das sich für die Gastgeber bisher gar nicht stellte? Es scheint ein weiterer Mosaikstein im endlosen „Schuldskulptur“ der Deutschen zu sein.

48ER REVOLUTION

Die Paulskirche macht Schwarz-Rot-Gold zum Reichssymbol

Vor 175 Jahren wurde das Reichsgesetz betreffend die Einführung einer deutschen Kriegs- und Handelsflagge ausgefertigt

Wenn die Farben der Bundesrepublik Schwarz-Rot-Gold sind, dann liegt das maßgeblich daran, dass es auch die Farben der Weimarer Republik waren. Und für Letzteres war entscheidend, dass dieser Dreifarbe die Flagge der 48er Revolution war. Wie viele Trikoloren geht auch die deutsche auf die blau-weiß-rote der Französischen Revolution von 1789 zurück, die ja auch eine bürgerliche war.

Traditionell sind Flaggen ja eher zwei als dreifarbig. In der Regel gehen sie nämlich aus den Farben eines entsprechenden Wappens hervor, das ein einfarbiges Motiv, beispielsweise ein Wappentier, auf einem andersfarbigen Grund zeigt. So beruhen beispielsweise die weiß-roten, schwarz-weißen beziehungsweise rot-weißen Flaggen Polens, Preußens und Brandenburgs auf entsprechenden wei-

ßen, schwarzen beziehungsweise roten Adlern auf rotem beziehungsweise weißem Grund. Da das auf die goldenen Adler der alten Römer zurückgehende Wappen des Heiligen Reiches einen schwarzen Adler auf goldenem Grund zeigte und das Kaisertum Österreich sich in der Tradition des Heiligen Reiches sah, waren seine Farben folglich Schwarz und Gold.

Um dem Rot im Schwarz-Rot-Gold eine historische Legitimation zu geben, die über die Uniformen von Lützows Jägern und die Fahne der Jenaer Urburschenschaft hinausragte, wurde gerne auf das Rot der Bewehrung der späten Reichsadler verwiesen. Das ist zwar ein netter Versuch, doch eine Bewehrung begründet noch keine Wappenfarbe, und so spielt denn die goldene Bewehrung der Adler Polens, Preußens und Brandenburgs für

die entsprechenden Landesfarben auch keine Rolle.

Und selbst wenn man das Rot als eigenständige Wappenfarbe akzeptierte, müsste statt des roten eigentlich der goldene Streifen in der Mitte verlaufen, da gemäß der reinen Lehre Farben und Metalle sich abwechseln müssen. Doch es gibt genügend Flaggen, die sich nicht an diese Regel halten, wie beispielsweise die weiß-blau-rote von Russland, und erlaubt ist, was Spaß macht.

Jedenfalls war die deutsche Revolution von 1848 so schwarz-rot-gold wie die französische von 1789 blau-weiß-rot. Folglich beschloss die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 31. Juli 1848 im Reichsgesetz betreffend die Einführung einer Kriegs- und Handelsflagge, dass Schwarz-Rot-

Gold „von allen deutschen Handelsschiffen als Nationalflagge ohne Unterschied geführt“ wird.

Die Analogien zu den Flaggen der Bundesrepublik gehen jedoch über Schwarz-Rot-Gold hinaus. So besagte das Gesetz, dass die Kriegsflagge analog zur heutigen Bundesdienstflagge das Staatswappen trägt. Allerdings prangte der Adler nicht wie bei der Bundesdienstflagge auf einem Wappenschild im Zentrum von Schwarz-Rot-Gold. Vielmehr trug die Kriegsflagge in „der linken oberen Ecke ... das Reichswappen in einem viereckigen Felde, welches zwei Fünftel der Breite der Flagge zur Seite hat“. Auch sah der damalige Reichsadler etwas anders aus als der Weimarer und der Bundesadler. Hierzu heißt es im Gesetz: „Das Reichswappen zeigt in goldenem (gelbem) Felde den

doppelten schwarzen Adler mit abgewendeten Köpfen, ausgeschlagenen rothen Zungen und goldenen (gelben) Schnäbeln und desgleichen offenen Fängen.“ Es ist nicht unbedingt erstaunlich, aber doch bemerkenswert, dass die Weimarer und die Bonner Republik hinsichtlich der Zahl der Adlerköpfe im Gegensatz zu den Farben an die Tradition des kleindeutschen Kaiserreiches und nicht an die der 48er Revolution angeschlossen haben.

Dass sich das Reich eine Kriegs- und eine Handelsflagge gab, war völkerrechtlich irrelevant, solange das Reich international nicht anerkannt war. Das interimistische Staatsoberhaupt, Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich, reagierte darauf, indem er mit der Ausfertigung des Gesetzes bis zum 12. November 1848 wartete.

Manuel Ruoff

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In der Nacht vom 14. zum 15. Oktober stürzte ein 80 Meter langer Flügel von einem Windradrotor im Windpark Alfstedt-Ebersdorf im Kreis Rotenburg/Wümme (Niedersachsen) ab. Daraufhin ließ der Landkreis alle acht Windkraftanlagen (WKA) des in Bremen ansässigen Betreibers Energiekontor stilllegen. Die Anlagen von 250 Metern Gesamthöhe waren erst im Mai und Juni 2022 in Betrieb genommen worden.

Bereits im September vergangenen Jahres war in dem Windpark ein Rotorflügel eines anderen Windrads abgeknickt und kurz danach abgebrochen. Aus der Bruchstelle stürzten und rieselten monatelang scharfkantige Trümmerstücke und feine Fasern aus 160 Metern Höhe auf die umliegenden Wiesen und Äcker, verteilt über einen Radius von mehr als 1800 Metern um den Windradmast. Erst Ende Februar kam das Unternehmen Energiekontor der Aufforderung des Landkreises nach, die Bruchstücke abzutransportieren und das Areal zu säubern. Bisher erhielten die 50 geschädigten Landwirte keine Ausgleichszahlungen dafür, dass sie ihre Äcker und Wiesen zurzeit nicht oder nur eingeschränkt bewirtschaften können.

Der Landkreis hatte es versäumt, ein Bodengutachten erstellen zu lassen, um die Kontaminierung der Böden durch feine, sogenannte fiese Fasern von Nanopartikelgröße infolge der Havarie festzustellen. Hersteller der Rotorblätter ist General Electric Wind Energy (GE Wind) im niedersächsischen Salzbergen, ein Tochterunternehmen des US-Konzerns General Electric. Erneut knickte am 26. Oktober ein Rotorflügel von dem Windrad ab, das Mitte Oktober bereits einen Flügel verloren hatte. Damit scheint es, dass die bisher strittige Verursacherfrage zeitnah geklärt werden kann.

Weder die Politik noch die Unternehmen der Windbranche haben offenbar Interesse daran, dass Daten und Informationen zu Havarien von Windrädern veröffentlicht werden. Die Schadensfälle sollen wohl nicht in die Schlagzeilen kommen. Nach einer privaten Zählung sind für das Jahr 2022 insgesamt 56 Havarien von WKA dokumentiert, nach 35 im Jahr zuvor, und damit so viele wie noch nie: abgestürzte Rotorblätter, stundenlang brennende Maschinenhäuser in unerreichbarer Höhe und als Novum auch eingestürzte Türme.

Mehr Totgeburten bei Rentieren

Die steil angestiegene Zahl geht vielfach auf Vorkommnisse bei den neuen Anlantentypen zurück, die nochmals um 50 Meter und damit auf eine Gesamthöhe von 250 Metern hochgeschossen sind: Die Nabenhöhe der Türme beträgt 160 bis 175 Meter, der Rotordurchmesser 160 bis 180 Meter. Zum Vergleich: 188 Meter beträgt der maximale Durchmesser des Kolosseums in Rom. Und die Landkreise machen mit. Warum nicht die Windräder noch höher bauen, um mehr „Windausbeute“ (beliebte Wortwahl der sogenannten Windmüller) und damit höhere Einnahmen zu erzielen?

In China, den USA und neuerdings auch in Europa sind in entlegenen Regionen wie Norwegisch und Schwedisch Lappland ausgedehnte Windparks angelegt worden, in denen immer mehr 300 Meter hohe Windanlagen hinzugebaut werden. Von den Wolkenkratzer-Windmühlen erwartet die Branche einen Sprung der Leistung, da sie den stärkeren und gleichmäßigeren Höhenwind abgreifen. Noch ein Vergleich: Der Eiffelturm ist 328 Meter hoch, der Kölner Dom 157 Meter. Dementsprechend intensiv sind die von den gigantischen Industrieanlagen erzeugten Bodenvibrationen, flackernden Schatten, getakelten Geräusche und der gesundheitsschädliche Infraschall.

Von der Verwüstung großer Regionen in der skandinavischen Tundra ist „nur“



Setzt hochgiftige Substanzen frei: Brennendes Windrad

Foto: ddp images

WINDKRAFT

Ein ökologisches und wirtschaftliches Desaster

Bei den angeblich klimaschonenden Riesenanlagen häufen sich schwere Havarien mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur – Doch in der Öffentlichkeit wird darüber weitgehend geschwiegen

das indigene Volk der Sami mit seinen Rentierherden betroffen. Doch die Sami in Norwegen fordern mit ihren Unterstützern den Rückbau aller 151 WKA des Windparks, weil die gigantischen Windräder ihre Tiere verängstigten. Die Zahl der Fehl- und Totgeburten bei den Rentieren soll stark gestiegen sein. Mit ihrer Forderung könnten die Sami Erfolg haben – dann träte der Fall ein, dass dem indigenen Volk Skandinaviens mehr Rechte zugestanden werden als den übrigen Bürgern der EU.

Die zuletzt sprunghafte Größenentwicklung der Windkraftanlagen erinnert an die Parabel vom Turmbau zu Babel. Nur handelt es sich in der Gegenwart nicht um ein einzelnes Bauwerk, sondern um ein ganzes Heer von rohstoffverschlingenden Industrie-Ungetümen in unseren Landschaften und immer häufiger auch in schützenswerten Wäldern – aufgestellt vorgeblich zur Erreichung einer fiktionalen Klimaneutralität, in Wirklichkeit aber, weil das finanzmarktrelevante, grün-kapitalistische Geschäft mit den tatsächlich nicht-regenerativen Naturenergien auch politisch relevant ist und daher kritiklos im internationalen Wettbewerb gestützt wird.

Rotoren länger als eine Boeing 747

Seit 2019 baut GE Rotorblätter von 107 Metern Länge, länger als ein Fußballfeld und 1,4-mal so lang wie eine Boeing 747. LM Windpower mit Sitz in Kolding (Dänemark) produziert seit 2019 100 Meter lange Rotorflügel im französischen Cherbourg. Entwickler in Sachsen wollen demnächst zwei 380 Meter hohe Windkraftwerke bauen. Um das Gewicht der Flügel zu minimieren, verwenden die Hersteller fast nur noch die teureren, carbonfaserverstärkten Kunststoffe (CFK). Außer dem tropischen Balsaholz von 50 Bäumen ist in den Konstruktionen unter anderem die PFAS-Chemikalie Bisphenol

A verarbeitet. CFK-Materialien erreichen im Brandfall Temperaturen von mehr als 650 Grad und zerfallen zur kritischen Größe von Nanopartikeln, die in die Lunge eindringen können, wie Sebastian Eibl vom Wehrwissenschaftlichen Institut in Erding ausführte.

Brände kann man nicht löschen

In der Allgäuer Gemeinde Fuchstal wurden von September bis Anfang Oktober für drei WKA im Gemeindefeld Leeder alle neun Rotorflügel des Herstellers LM Windpower bereits beschädigt angeliefert. Die Nabenhöhe der Windräder beträgt 166 Meter, die Länge der Flügel 80 Meter. Für die Lagerung und den Transport zu den Türmen waren breite Schneisen in den Wald geschlagen worden. LM Windpower wurde 2016 von GE übernommen, blieb aber operativ eigenständig.

Für die Regulierung der Kostenübernahme muss festgestellt werden, ob die Risse in den stark gebogenen Rotorblättern auf dem langen Transportweg von Dänemark über Swinemünde nach Fuchstal entstanden sind oder aufgrund eines Konstruktionsfehlers. Wie es heißt, soll sich die Inbetriebnahme der Windräder durch den Schaden nur um drei Monate verzögern. Die Investitionskosten für den Gemeinde- und Bürgerwindpark belaufen sich auf 22 Millionen Euro.

Im Dezember 2022 brannte bei Losheim im Saarland ein XXL-Windrad des Herstellers Vestas mit Flügeln aus CFK-Kunststoff komplett ab. Die Repower-Anlage war erst 2021 errichtet worden. In der Höhe konnte die Feuerwehr den Brand nicht löschen und ließ daher das Feuer kontrolliert abbrennen. Löschmaßnahmen an Windrädern sind nicht möglich. Die Feuerwehr musste sich auf die weiträumige Absperrung des Standorts und die Bekämpfung von Folgebränden durch herabstürzende Trümmer beschränken,

die im Umkreis von mehreren hundert Metern herumflogen.

Im Fernsehen des Saarländischen Rundfunks äußerte sich dazu am 16. Januar Petra Weißhaupt, Mitarbeiterin des Umweltbundesamtes (UBA): Sie sehe keine Gefahr durch gefährliche Fasern. Man wisse nicht, in welchen Umfang „fiese Fasern“ bei derartigen Bränden freigesetzt würden. Da stellt sich die Frage: Warum hat das UBA noch keine einschlägigen Gutachten in Auftrag gegeben? Die Bürger sind ahnungslos hinsichtlich der Gefahrenlage bei brennenden WKA mit der Auswirkung einer großräumigen Verunreinigung von Wäldern und Böden durch Fasern und Nanopartikel. Sie verlassen sich auf das Handeln der Regierung.

Ferner sind Informationen über die erhebliche Kontaminierung der Umwelt mit Schadstoffen infolge der Sprengung von WKA dringend vonnöten. In der Hohen Mark bei Lippramsdorf (Haltern, Ostwestfalen) brach am 29. September 2021 der Turm eines Windrads von 249 Meter Gesamthöhe am Tag vor der Inbetriebnahme zusammen. Das Maschinenhaus stürzte mitsamt den technischen Anlagen und Rotorblättern ab. Das Windrad des Herstellers Nordex konnte nicht zurückgebaut werden und wurde daher im April 2022 gesprengt.

Ein selbstzerstörerischer Prozess

Dafür musste ein 3000 Quadratmeter großes Waldstück gerodet werden. Bundesweit ließ Nordex alle 21 WKA desselben Typs abbauen oder sprengen. Mit der großräumigen Umweltverschmutzung durch Brände, Abbrüche von Rotorflügeln und Sprengungen von WKA weiß hierzulande niemand umzugehen. Stattdessen wird versucht, das Problem noch eine Zeit lang auszusetzen. Die zahlreichen jüngsten Misserfolge und hohen finanziellen Verluste der Erbauer von

Windkraftanlagen nicht zuletzt durch schiere Gigantomane eröffnen keinen Spielraum, um zu weniger gefährlichen und weniger umweltschädlichen Materialien zurückzukehren.

Die Gier der Geschäftemacher mit den Naturenergien mündet in einen selbstzerstörerischen Prozess, wenn die Spielräume des Machbaren mit den physikalisch-technischen Grenzen kollidieren. „Ruiniert der Technologiewettlauf die Windrad-Branche?“ lautete die Überschrift eines Artikels im „Handelsblatt“ vom 25. Juli. Die technische Entwicklung der Windkraft sei rasant, aber sie habe ihren Preis. Die Industrie sei gut beraten zu prüfen, ob das „Immer höher, Immer schneller, Immer weiter“ sinnvoll sei. Fachkräftemangel und steigende Rohstoffpreise setzten die Unternehmen zusätzlich unter Druck.

„Branche macht horrenden Verluste“

Nach dem Milliarden-Debakel bei Siemens Gamesa würden viele Beteiligte eine „Pause des Wettrennens“ befürworten. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ erklärte Siemens-Energy-Aufsichtsratschef Jo Kaeser: „Bei Wind ist die Situation sehr ernst. Die ganze Branche macht horrenden Verluste.“

Bemerkenswert: Der Schlamassel ist trotz jahrzehntelanger Staatshilfen und Milliarden an Fördermitteln aus dem Steuerhaushalt eingetreten. Ferner hat die Bundesregierung das Lieferkettengesetz „bei Wind“ faktisch ausgesetzt. Wendete man es an, stünde endlich auch der totgeschwiegene Öko-Kolonialismus zugunsten der Energiewende-Profitoren am Pranger: die rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und Ökosystemen unter Zuhilfenahme von korrupten Strukturen in Drittländern. Die Schlagwörter „Klimaschutz“ und „Nachhaltigkeit“ der tatsächlich nicht-regenerativen Windenergie wären im Nu Makulatur.

DIETRICHSWALDE

Mit Rosenkranz gegen Lidl

Streit um Vertriebszentrum des deutschen Discounters weitet sich zur nationalen Frage aus

VON UWE HAHNKAMP

Angefangen hatte es im Januar dieses Jahres mit zwei Petitionen beim Gemeindeamt in Dietrichswalde. Es geht um ein Vertriebszentrum der Firma Lidl mit einer Fläche von 40 Hektar und einer Halle von 80.000 Quadratmetern, das an der Kreisstraße zwischen Dietrichswalde und Leyßen entstehen soll. Eine Petition war dafür, die andere dagegen. Aus diesem Konflikt entwickelte sich eine bewusst geschürte Auseinandersetzung, die zu einer nationalen Frage erhoben wurde.

Die Gemeinde Dietrichswalde und die in der unterstützenden Petition versammelte Mehrheit ihrer Einwohner erhofft sich durch die Investition Arbeitsplätze für 250 Personen sowie Einnahmen von umgerechnet etwa 680.000 Euro in diesem und jeweils etwa 450.000 Euro in den Folgejahren. Die Gegner befürchten eine Zerstörung der Landschaft und Lastwagenverkehr, darüber hinaus soll angeblich auf der Fläche eine Mülldeponie entstehen.

Eine Halle mit 80.000 Quadratmetern sieht in der Landschaft nicht gerade schön aus. Jedoch liegen auf derselben Seite der an Dietrichswalde vorbeiführenden Bundesstraße Allenstein–Osterode zwei Tankstellen und weitere kleinere Gewerbegebäude deutlich sichtbar und weit verstreut. Die Bundesstraße ist zudem stark befahren, sodass die zusätzlichen Lastwagen nicht ins Gewicht fallen sollten, argumentieren die Befürworter. Ergänzend dazu informierten das Gemeindeamt und die Firma Lidl, dass auf der Fläche Abfall aus den Filialen lediglich für den weiteren Transport gesammelt, also dort nicht verbleiben wird.

Eine weitere Befürchtung betrifft mehrere Dutzend Bäume entlang der Kreisstraße, die bei deren Ausbau bis zum Vertriebszentrum gefällt werden könnten. Diese kurze Allee ist im Register des Denkmalpflegeamtes der Woiwodschaft registriert.

Die Lösung der sachlichen Einwände der Gegner des Vorhabens scheint aber nicht deren Ziel zu sein. Die Mehrheit der Gemeindevertretung äußerte sich positiv, also versuchten die Gegner über ein Referendum die Abwahl des Gemeindevorstehers Jan Kasprowicz zu erreichen. Vom 14. Februar bis Mitte April mussten sie die Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten bekommen, die nötig sind, damit ein Referendum abgehalten wird. Ende April entschied das Landeswahlbüro in Allenstein nach eingehender Prüfung, dass die für ein Referendum erforderliche Stimmzahl nicht erreicht wurde. Das Komitee zur Verteidigung von Dietrichswalde mit Jacek Wiącek an der Spitze machte dann Anfang Mai anders mobil.



Auf den Straßen Allensteins: Protest gegen das geplante Vertriebszentrum in Dietrichswalde

Foto: Agnieszka Chmielewska

Referendum zur Abwahl des Gemeindevorstehers scheiterte

Es hatte Gläubige aus der gesamten Republik Polen zu einem Wallfahrtsprotest gegen die Investition aufgerufen. Etwa hundert Teilnehmer übergaben im Gemeindeamt eine Petition zur „Verteidigung des Throns der Gottesmutter in Dietrichswalde“ – ein Ort wie dieser käme für eine solche Investition, die über ganz Dietrichswalde thronen werde, nicht in Frage. Ihre Aussage, „wir sind die Kirche und erlauben nicht, aus Dietrichswalde

eine Müllhalde zu machen“ (Zitat: Radio Olsztyn) trug mit Sicherheit nicht zu einer Deeskalation der Situation bei. Wie Gemeindevorsteher Kasprowicz anmerkte, kann von „thronen“ keine Rede sein, das Vertriebszentrum liege auf der anderen Seite der Hauptstraße hinter einem Wäldchen und einem Hügel und sei nach dem Lageplan vom Ort aus nicht einmal zu sehen.

Mit den Argumenten der Kirche, des Rosenkranzes und des einzigen anerkannten Erscheinungsortes der Gottesmutter Maria im Rücken kam es Anfang Juni zu einer weiteren Demonstration mit 300 bis 400 Personen, von denen nur ein sehr geringer Teil aus Dietrichswalde und Umgebung kam (Quelle: „Gazeta Olsztyńska“). Protestrufe richteten sich auch gegen den Vorstand des Sanktuariums in Dietrichswalde, der sich von der Manifestation distanziert hatte, es fielen aber auch nationalistische und fremdenfeindliche Parolen gegen die „deutsche Investition“.

In einem weiteren eskalierenden Schritt wandten sich die Gegner einen weiteren Monat später an den ermlän-

disch-masurischen Woiwoden Artur Chojceki, der die Erlaubnis des Landrats des Kreises Allenstein, Andrzej Abako, für den Bau des Vertriebszentrums aufhob, wogegen dieser wiederum Einspruch erhob, die Erlaubnis aber dennoch neu prüfen ließ. Das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft hob Mitte September die Entscheidung des Woiwoden auf, der ankündigte, er werde die Gültigkeit der Bauerlaubnis prüfen lassen. Gleichzeitig verlangte das Komitee zur Verteidigung von Dietrichswalde im August bei einer Demonstration in Allenstein die Aufhebung des Umweltgutachtens und vom Landwirtschaftsministerium sogar die Aufhebung der Umwidmung der Landnutzung für den Grund unter der Investition. Wie diese vorgeschlagenen Eingriffe in planungsrechtliche Verfahren funktionieren sollen, sei dahingestellt. Zwar können die Investoren nach dem Urteil des Gerichts erst einmal aufatmen, und nach den Wahlen zum Sejm sieht es danach aus, als ob die Woiwodschaft Ermland-Masuren einen neuen Woiwoden bekommen würde. Der Streit jedoch ist noch nicht zu Ende.

MELDUNGEN

Asphalt aus Gummistaub

Allenstein/Nikolaiken – In Allenstein hat bei der Fabrik von Michelin eine Firma ihren Betrieb aufgenommen, die Gummistaub aus beschädigten Autoreifen herstellt, die bisher verbrannt oder auf Müllhalden gelagert wurden. Diese werden nicht zu Granulat, sondern zu Staub zermahlen, was die Effizienz erhöht und Abfälle vermindert. Der Staub wird dann erneut für Reifen, in Asphalt, Kunststoffen, wasserfesten Beschichtungen oder Bremsklötzen wiederverwertet. Die Betreiber erhoffen sich davon auch einen geringeren Energieverbrauch, die Reduktion der Kohlendioxidemission und eine Schonung der fossilen Ressourcen. Jetzt wird diese einzigartige Technologie erstmals in der Republik Polen für den Bau einer Straße verwendet. Der mit Gummi und verarbeiteten Kunststoffen modifizierte Asphalt wurde beim Bau eines experimentellen Abschnitts der Straße zwischen Nikolaiken und Neu-Ukta genutzt. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Idee durchsetzt. U.H.

Ökoterrasse im Bau

Allenstein – Anfang Oktober begannen die Erdarbeiten beim Bau der sogenannten Ökoterrasse. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das im Rahmen des Allensteiner Bürger-Budgets umgesetzt wird. Es geht um eine natürliche Grünfläche zwischen dem Allensteiner Rugbystadion unterhalb der früheren Artilleriekasernen und der Alle, das eine Erholungsfläche werden soll. Nach dem Willen der Allensteiner wird ein Schotterweg an den existierenden Gehweg der Straße der 15. Division angeschlossen. Vom Rugbystadion soll die Fläche über Treppen erreichbar sowie die Zufahrt zum Stadion umgebaut und befestigt werden. Ein Teil davon wird Fahrradparkplatz. Vorgesehen sind auch eine Beleuchtung und die Ausstattung mit kleiner Architektur wie Bänken, Liegestühlen und Fitnessgeräten sowie Informationstafeln. U.H.

Bau günstiger Wohnungen

Elbing/Allenstein – Im südlichen Ostpreußen entsteht eine Soziale Wohninitiative SIM, die günstig Mietwohnungen baut. Diese soll die Wohnungsnot in der Umgebung von Elbing dämpfen. Gedacht ist das Projekt für Personen, die für eine Sozialwohnung zu viel und für einen Kredit zu wenig Geld verdienen. Es soll die Lücke zwischen sozialem und privatem Wohnungsbau füllen. Dabei arbeiten die Gemeinden mit den SIM zusammen, erhalten Startmittel in Höhe von umgerechnet etwa 670.000 Euro und als nächste Tranche zehn Prozent des Werts der Investition. Die finanzielle Unterstützung kommt vom Regierungsfonds zur Entwicklung des Wohnungsbauwesens. Im Rahmen dieses Projekts sind schon etwa 37 Millionen Euro an 36 Gemeinden der Woiwodschaft geflossen, unter anderem in Soldau, Lötzen, Hohenstein und Arys. U.H.

KURISCHE NEHRUNG

Per Fahrrad durch den Wald

Der erste Abschnitt des geplanten Radwanderwegs wurde für die Nutzung frei gegeben

In diesem Sommer hatten Radfahrer zum ersten Mal die Gelegenheit, auf der Kurischen Nehrung einen Abschnitt des neu eröffneten Radweges zu testen. Ein Teil der Radwanderstrecke wurde erst in diesem Jahr Realität, obwohl der Direktor des Nationalparks, Anatolij Kalina, bereits 2012 zugesichert hatte, dass der Bau des Radwegs „konkrete Formen annimmt“. Die Zeit verging, aber eine Umsetzung des Projekts konnte nicht festgestellt werden.

Später versuchte der Direktor des Parks wieder, die Öffentlichkeit mit der Aussage zu beruhigen, dass die Bauarbeiten im Jahr 2015 beginnen würden. Die Parkleitung konnte sich jedoch weder mit dem Bau des Radwegs noch mit der Umsetzung anderer Infrastrukturprojekte auf der Kurischen Nehrung brüsten.

Die Eröffnung des ersten Abschnitts des Radwegs hatte sofort Zweirad-Fans angezogen. Der erste Abschnitt der Strecke ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da es noch keine Markierungen oder Straßenschilder gibt. Aber im Vergleich zu der

kurvenreichen und engen Straße, auf der Autos vorbeirauschen, ist diese Strecke viel ruhiger. Die Einfahrt in den Park ist für Radfahrer gebührenpflichtig, genau wie bei der Fahrt mit dem Auto.



Vorbereitung für den weiteren Ausbau: Radweg auf der Kurischen Nehrung Foto: J.T.

Der Radweg ist drei Meter breit und verläuft durch den Wald nur ein paar Dutzend Meter rechts von der Straße. Der Weg ist auch für Fußgänger nutzbar. Allerdings sind auch bereits einige Autofahrer auf die Idee gekommen, den Radweg zu nutzen, um Staus auf der Straße zu umfahren.

Die Arbeiten am Bau des Radwegs gehen zügig weiter. Er soll entlang der Nehrung bis zur litauischen Grenze verlaufen. Der Rest des Weges ist bereits für das Auslegen mit Betonpflaster vorbereitet worden. Er soll bis zur nächsten Sommersaison fertiggestellt sein. Jurij Tschernyschew

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

151. Preußische Tafelrunde Pforzheim Nikolaus Kopernikus – Wegbereiter zu einem neuen Weltbild

Landesgruppe - Am Mittwoch, 15. November, 18.00 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36, findet die 151. Preußische Tafelrunde statt.

Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Frau Uta Lüttich, Stuttgart, über „Nikolaus Kopernikus – Wegbereiter zu einem neuen Weltbild“.

Die Lebensspanne von Nikolaus Kopernikus (1473 – 1543) fällt in die Periode der großen Wende in der Geschichte der christlichen Kultur Europas. Die Zurückdrängung der Türken auf den Balkan, die geographischen Entdeckungen, die Verbreitung des Buchdrucks, der Humanismus und die Reformation zerstörten die mittelalterliche Ordnung und das überlieferte Wertesystem. „Die tägliche Erfahrung zeigt uns den Stillstand der Erde und die Bewegung des Himmels um uns“, darauf baute Aristoteles sein physikalisches System. Als Kopernikus 1543 meinte, dass alles ganz anders sei, fand er kaum Zustimmung.

Seine Zeitgenossen fanden diese „Hirngespinnste“ genauso lächerlich wie seine Theorie, die langsame Verschiebung des Frühlingspunktes könne eine Richtungsänderung der Erdachse andeuten. Sein System stürzte nicht nur die Astronomie, sondern ein ganzes Weltbild um. Er kämpfte gegen die damalige Auffassung, die Erde sei das Zentrum des Universums. Das kopernikanische Weltbild, das die Sonne ins Zentrum des Weltalls stellt, revolutionierte in der Renaissance die Astronomie. Erst einige Jahrzehnte nach Kopernikus Tod führten seine Ausarbeitungen zu einer vehementen Ablehnung durch die römisch-katholische Kirche, die bis ins 18. Jahrhundert bestehen blieb.

Dennoch veranlasste das heliozentrische Weltbild das Kopernikus zu verdanken ist, die Wissenschaftler folgender Generationen dazu, die bestehenden Dogmen der Kirche zu hinterfragen und damit die Grundlagen der modernen Astronomie zu schaffen.

Für das Abendessen sind 28,- Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE81 6025 0010 0015 2068 44, BIC: SOILADES1WBN

Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart,

Tel. 0711-85 40 93 oder e-mail: uta.luetlich@web.de



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Bremen - Eine gemeinsame Veranstaltung auf dem Osterholzer Friedhof zum Volkstrauertag wird es seitens der Landsmannschaften in der früheren Form auch in diesem Jahr nicht geben. Stattdessen beteiligen sich der BdV und die Landsmannschaften an der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ausgerichteten zentralen Gedenkveranstaltung mit interreligiösem Gedenken zum Frieden und anschließenden Kranzniederlegungen am Sonntag, dem 19. November, um 15. Uhr in der Kapelle auf dem Osterholzer Friedhof. Nach dieser Veranstaltung folgt ein stilles Gedenken am Vertriebenenkreuz, wo auch die traditionellen Blumengestecke unserer Landsmannschaft an den Gedenksteinen der Ost- und Westpreußen ausgelegt sind.



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Hamburg - Sonnabend, 18. November, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Herbstfest der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit Musik und gemeinsamem Singen. Für das leibliche Wohl ist mit einem kleinen Imbiss und Kaffee und Kuchen gesorgt. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Lüneburg - Die nächste Zusammenkunft der Gruppe Ost- und Westpreußen, Lüneburg findet am 23. November, im Museums Café Bernstein, um 15 Uhr statt.

Barbara Loeffke



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bonn - Dienstag, 14. November, um 18:00 Uhr. Frau Janne Neumann wird für uns über Immanuel Kant referieren, dessen Geburtstag sich nächstes Jahr zum 300. Mal jährt.

Der Titel ihres Auftritts lautet: „Leben und Wirken von Immanuel Kant in Königsberg und seine Wahrnehmung und Wertschätzung dort heute“.

Ort: „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, 53227 Bonn-Beuel. Dieser Vortrag bildet einen Auftakt der Veranstaltungen zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant in Bonn. Er reiht sich ein in die von deutscher Seite in Bonn geplanten Jubiläumsveranstaltungen.

So zeigt die Bundeskunsthalle Bonn vom 24. Nov. 2023 - 17. März 2024 eine Ausstellung zum Jubiläum des großen Philosophen mit dem Titel „Immanuel Kant und die offenen Fragen“. Vom 8. bis 13. September 2024 wird dann in Bonn der 14. Internationale Kant-Kongress veranstaltet.

Die Vortragende ist selbst in Königsberg geboren und beleuchtet den großen Sohn ihrer Heimat- und Geburtsstadt, dessen Leben und Bedeutung.



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Horst Wazinski bekam die Silberne Ehrennadel überreicht Bad Schwartau - Zur Übergabe dieser Auszeichnung konnte Horst Wazinski an der Jahreshauptversammlung aus gesundheitlichen Gründen nicht dabei sein, so dass der Vorsitzende der LO Bad Schwartau Axel Simanowski und Hans -Albert Eckloff als Vertreter des LO Landesvorstandes Schleswig-Holstein ihn nach Anmeldung in seinem Hause aufsuchten. Zu dieser Ehrenübergabe waren außer seiner Frau Christel auch die Tochter mit ihrem Mann dabei und zur Begrüßung kurzfristig auch noch seine Enkeltochter mit Begleitung.

Die Kaffeetafel war nach ostpreußischer Art reichlich gedeckt und es wurde erst mal über die ehemalige Heimat plachandert, wobei Horst sich noch an viele Ereignisse und vor allem Namen erinnern konnte, die ihm und der Familie das Leben unter den Polen schwer machten. Denn 18 Jahre lang hatten sie immer wieder einen Ausreiseantrag gestellt, der immer wieder auch mit Androhungen zurückgestellt wurde. Inzwischen hatte Horst seine Christel geheiratet und es wurden zwei Kinder geboren, die nun mit preußischen Tugenden, aber unter pol-

nischer „Wirtschaft“ aufwachsen. Die deutsche Sprache haben sie stets weiter gepflegt. Sie hatten die Hoffnung, doch noch ausreisen zu können, nie aufgegeben.

Horst Wazinski, am 11. Juni 1934 in Krichen, Kreis Osterode, als Sohn eines Landwirts geboren, hatte die einfache Grundschule besucht, die er jedoch durch den Krieg und einen Fluchtversuch unterbrechen musste. Die Flucht im Januar 1945 wurde durch Kampfhandlungen bei Elbing gestoppt, sodass sie wieder auf ihren Hof zurückgefahren sind.

Erst 1971 sind sie mit ihren beiden Kindern ausgesiedelt worden und landeten in Lübeck.

Horst bekam in Lübeck bei der Fa. Brüggens gleich eine Anstellung und konnte sich dort bis zum verantwortungsvollen Posten als „Silomeister“ hocharbeiten. Durch sein gutes landwirtschaftliches Fachwissen, insbesondere für Getreide, war er für die Kontrolle der weltweiten Anlieferungen per Schiff und Straße und deren innerbetriebliche Verteilung, in dem in der Nahrungsmittelherstellung bekannten Betrieb, zuständig.

Mit seiner Frau suchte er in Lübeck auch zu ostpreußischen Menschen Kontakt und traf per Zufall seine „Spielfreundin“ in Ostpreußen - Regina Gronau - wieder, die die LO in Bad Schwartau leitete und wurde 2003 Mitglied in der LO, in der er bis heute ist.

Über 10 Jahre war Horst Wazinski im Vorstand der LO Ortsgruppe Bad Schwartau tätig. Er hat, bis auf den Vorstandsposten, von der Kassenführung bis zur Or-

ganisation von Vorträgen und Busreisen sich in der Ortsgruppe sehr vorbildlich hervorgetan. Seine Sehnsucht nach seinem Heimatland ist bis heute ungetrübt. Durch den Bezug der PAZ und Heimatnachrichten der Kreisgemeinschaft Osterode hält er die Verbindung zu Ostpreußen wach. Seine preußische Haltung und Tugenden, haben ihm im Berufsleben sowie im familiären und gesellschaftlichen Leben stets hohe Achtung entgegengebracht. Er fühlt sich familiär und durch die Landsmannschaft mit den preußischen Werten und dem deutschen Osten stark verbunden.

Heute lebt er mit seiner Frau im eigenen Haus, und mit seinen 89 Jahren kann er auf einen erfolgreichen, aber nicht einfachen Lebensweg zurückschauen.

Für seine Verdienste und Treue zu Ostpreußen überreichte im Rahmen dieser kleinen familiären ostpreußischen Runde Herr Eckloff Herrn Wazinski die vom Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) sig-

nierte Urkunde und Herr Simanowski die Silberne Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir wünschen Herrn Wazinski noch lebensfrohe Jahre.

Hans - Albert Eckloff

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg - Sonntag, 26. November, 15.00 Uhr, Kapelle Friedenshügel.

Stilles Gedenken der pommerischen und ostpreußischen Landsmannschaften zum Totensonntag mit Kranzniederlegung. Den Gedenkgottesdienst wird Pastorin Silke Wierck halten, der Flensburger Oberbürgermeister Dr. Fabian Geyer hat seine Teilnahme zugesagt und wird zu uns am Stein des Ostens sprechen.

Gäste sind stets willkommen.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842



LO-Termine 2023

10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Einladung zum Adventstreffen des Bund Junges Ostpreußen

Liebe Freunde,

gemeinsam wollen wir mit Euch in Ostpreußen die Advents- und Weihnachtszeit einläuten und laden Euch herzlich dazu ein, mit uns nach Osterode zum großen **Adventstreffen der Ostpreußischen Jugend** zu fahren.

Veranstalter des Adventstreffens ist die Landesgruppe der Ost- und Westpreußen in Bayern innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen. Die organisatorische Leitung obliegt dem Bund Junges Ostpreußen.

Das Adventstreffen bietet für jeden von Euch etwas Interessantes. Menschen, die sich gerne bewegen, werden an den **Volks-tänzen** und dem **Frühsport** ihre Freude haben, die Musikalischen unter Euch können sich an den **heimatlichen und weihnachtlichen Liedern** erfreuen. Und die Kreativen werden sich auf das **weihnachtliche Basteln** freuen dürfen. Ebenso Geschichtsinteressierte kommen nicht zu kurz, da es auch für Euch etwas geben wird! Doch hier wollen wir Euch nicht zu viel verraten, kommt mit und erlebt es selbst.

Für die Ostpreußische Jugend ist das Adventstreffen der Höhepunkt zum Jahresende. Neben dem einzigartigen Programm habt Ihr die Möglichkeit, sehr viele junge Ostpreußen kennenzulernen.

Und für die „kleinen“ Ostpreußen unter euch werden wir bei entsprechendem Wunsch ein kleines **Kinderprogramm** anbieten (bitte bei der Anmeldung das Alter des Kindes mit angeben).

Natürlich wollen wir darauf achten, dass das Adventstreffen auch dieses Jahr wieder ein voller Erfolg wird. **Bringt also gute Laune und Interesse an Ostpreußen und dem Programm mit und meldet Euch schnell an, die Plätze sind begehrt.**

Wir sehen uns in Osterode ...
Euer Bund Junges Ostpreußen

Organisatorische Hinweise
Anmeldung bis (Freitag) 17. November und mehr Infos: Briefpost: Friedrich Mudzo, ul. Krakowska 30/5, 61-859 Poznań (Posen);
E-Post: adventstreffen@jungestostpreussen.de; Tel.: 0048 691 380 160

Die Anmeldung ist verbindlich. Es erfolgt eine Anmeldebestätigung bis zum 20. November. Wir laden Euch herzlich dazu ein unser neues Online-Anmeldeformular zu benutzen! (Nutzen Sie dafür den QR-Code/ den Link).

<http://adventstreffen-ostpreussen.ml>

Wichtige Daten:
Anreise: Donnerstag, den 30. November, ab 17 Uhr

Abreise: Sonntag, den 03. Dezember nach dem Mittagessen gegen 13 Uhr
Adventsfeier: Samstag, den 02. Dezember um 19 Uhr

Teilnehmer: **Teilnehmen können Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr** (Jugendliche unter 18 Jahren müssen die beigefügte schriftliche Einverständniserklärung der Eltern im Original oder per Scan bei der Anmeldung einreichen).

Es gibt keine Teilnahmegebühr, dafür müssen die Teilnehmer die Reisekosten selbst tragen. **Für die allerjüngsten Gäste wird es eine Kinderbetreuung geben!**

Haftungsausschluss: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Sach- oder Personenschäden vor, während und nach der Veranstaltung.

Anmerkung: Für die Durchführung der Veranstaltung werden bei Anmeldung Daten erhoben, welche nicht an Dritte weitergegeben werden und auf Anfrage nach der Veranstaltung gelöscht werden können.



Zusendungen für die Ausgabe 47/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 47/2023 (Erstverkaufstag 24. November) **bis spätestens Dienstag, den 14. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Heimatkreisgemeinschaften



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige
--------------------	--	-------------------

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 400850



Gratulation zur Diamantenen Hochzeit Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert Irmgard und Eugen Lenz herzlichst zu ihrer Diamantenen Hochzeit am 16. November 2023. Foto: privat

Bartenstein

Stellvertretender Kreisvertreter: Christian v. d. Groeben, Ringstr. 45, 97950 Großrinderfeld, Tel: 09349-929252 + 0173-5639672, csgroeben@gmx.de

Kreistreffen 2023 (Mitgliederversammlung) im September

Da das „Hotel zur Krone“ nicht mehr existiert, haben wir uns in der „Weser-Suite“ (DEULANIENBURG) getroffen. Nach der Vorstandssitzung am Vorabend, bei der nach dem Ausscheiden von Christiane Lask nun Birgit Graßmann zur Schriftführerin gewählt wurde, damit der Vorstand wieder komplett ist, fand um 10:00 Uhr das Totengedenken bei den Berufsbildenden Schulen am Berliner Ring statt.

Der stvllvertretende Vorsitzende erinnerte an die Tragödien von Flucht und Vertreibung in der ganzen Welt und natürlich an unsere Vertreibung vor 78 Jahren, wobei dieses unsägliche Leid inzwischen von unseren politischen Repräsentanten immer mehr verdrängt wird.

Gegen Mittag füllte sich der uns zugewiesene Konferenzraum rasch und die Bestuhlung für 30 Teilnehmer reichte nicht mehr. Um die Zeit bis zum Mittagessen zu überbrücken, bot Manfred Eckert bereits einen Teil seiner Filme über unsere Reisen nach Ostpreußen an. Nach dem reichhaltigen Mittagsbuffet begrüßte Hans-Gerhard Steinke insgesamt 35 Teilnehmer zu der diesjährigen Mitgliederversammlung. Dann übergab er an Christian v. d. Groeben, der über seine Reisen nach Ostpreußen berichtete. In der anschließenden Mitgliederversammlung stellte dieser dann die aktuelle personelle Situation der HKG dar: Nach diversen Ausfällen wurde im Dezember 2022 durch Umlaufbeschluss neu bestellt als stv. Vorsitzender Christian v. d. Groeben. Im Sommer 2023 konnte endlich die Kasse von Klaus Tammer übernommen werden.

Die Unterlagen Heimatstube sind nun seit mehreren Jahren in Kartons verpackt und lagern schlecht im Keller des Rathauses Nienburg. Einen Teil der Ausstellungsstücke hatte Klaus Tammer Ende April nach Bartenstein/Württemberg gebracht, die allerdings auch noch darauf warten im Riedbacher Tor ausgestellt zu werden. Die Kartons aus dem Rathaus Nienburg sollen in absehbarer Zeit vom Kulturzentrum Ellingen abgeholt werden und dort ordnungsgemäß aufbewahrt werden. Die Auflistung der Archivalien ist in der Homepage www.hkg-bartenstein.de zu finden und abzurufen.

Im Fundus der Heimatstube befindet sich auch noch ein Original-Schriftstück mit Bezug auf das Ende des Siebenjährigen Krieges, unterschrieben von dem russischen General Fedor v. Woyekow vom Juni/Juli 1762, was auch den Abzug der russischen Truppen aus Ostpreußen zur Folge hatte. Dieses wertvolle Schriftstück wurde an das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg übergeben.

Zur Redaktion von UB ist festzustellen, dass die wesentliche Arbeit beim stellvertretenden Vorsitzenden liegt, zuweilen unterstützt durch Beiträge von Manfred Eckert und Günter Morwinsky. Auch Rosemarie Krieger arbeitet noch nach Kräften mit.

Die vielen negativen Ereignisse führten zu der Überlegung, die Kreisgemeinschaft zum Ende des Jahres 2023 aufzulösen. In der Vorstandssitzung am Vorabend dieser Mitgliederversammlung wurde allerdings der stellvertretende Vorsitzende überredet, die Heimatzeitung auch noch im Jahr 2024 zusammenzustellen und herauszugeben; in den nächsten Ausgaben soll dann auch noch erweitert werden, einen neuen erweiterten Vorstand mit bis zu 7 Mitgliedern zu finden, der ab September 2024 dann einen neuen Vorstand zu wählen hat. Aus der Mitgliederversammlung gab es dazu keine alternativen Vorschläge; nur wurde dargestellt, dass das Heimatblatt „Unser Bartenstein“ von vielen Lesern immer wieder sehnsüchtig erwartet wird. So wurde dem Vorschlag, bis zur nächsten regulären Neuwahl im September 2024 durchzuhalten, von der Mitgliederversammlung bei einer Gegenstimme zugestimmt.

Arno Surminski - Lesung und Gespräch

„Als die Stadt brannte. Erzählungen gegen den Krieg“ - Lesung und Gespräch

Donnerstag, 30.11.2023, 19:00 Uhr, Atrium HanseMercur, Siegfried-Wedells-Platz 1, 20354 Hamburg (Nähe Dammtor-Bahnhof)

Arno Surminski musste 1945 als elfjähriger Junge aus Ostpreußen fliehen, seine Eltern wurden in die Sowjetunion deportiert, wo sie später starben. Sein literarisches Werk ist geprägt von Aussöhnung und einer Erinnerungskultur, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die neuen Erzählungen in „Als die Stadt brannte“ stehen beispielhaft dafür, was Literatur ange-

Während und nach dem Kaffeetrinken führte Manfred Eckert noch weitere Filme über Reisen unserer Kreisgemeinschaft vor, wozu einige Teilnehmer vorschlugen, noch einmal eine solche Reise anzubieten.

Mit gedämpftem Optimismus verabschiedeten sich die Teilnehmer an dieser Mitgliederversammlung und der verbliebene Vorstand einigte sich am späten Abend darauf, das nächste Kreistreffen am 07. September 2024 in Erwägung zu ziehen.

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dokom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amselestraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil bedankt sich herzlich bei allen Landsleuten, die unser diesjähriges Kreistreffen in Burgdorf besuchten. Es war wieder ein schönes Treffen in familiärer Runde mit Besuch des Gedenksteins, Feierstunde, fröhlichem Nachmittag und Matjesessen. Der Besuch des Museums in Lüneburg im Vorfeld des Treffens war ein besonderer Höhepunkt. Wir hoffen, diese Traditionen noch lange fortführen zu können und wünschen allen Landsleuten eine schöne Zeit bei guter Gesundheit.

Viola Reyentanz, Kreisvertreterin

Gratulation zur Diamantenen Hochzeit

Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert Irmgard und Eugen Lenz herzlichst zu ihrer Diamantenen Hochzeit am 16. November 2023.

Irmgard Lenz wurde 1936 als Kind der Eheleute Hedwig und Emil Wengel in Maggen, Zintenland geboren. Nach der Flucht

sichts von Kriegsterror und Vertreibung zeigen kann: die vielen Facetten des Leids, das so viele ertragen müssen.

Begrüßung: Johannes Ganser (Vorstand HanseMercur), Gerhard Richter (Ellert & Richter Verlag), Moderation und Interview: Werner Irro (Lektor)

Beginn der Veranstaltung 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Der Zugang zur Veranstaltung ist kostenfrei. Um Anmeldung wird gebeten über: presse@ellert-richter.de, Telefon: 040 39 84 77 15

Heimatkreisgemeinschaften

fand die Familie ein Zuhause am Bodensee, wo Irmgard ihren späteren Ehemann Eugen kennenlernte.

Seit nunmehr 60 Jahren sind die Beiden ein Paar, dass in allen Lebenslagen fest zusammensteht. Eugen Lenz war und ist stets an der Seite seiner Ehefrau, wenn es um die ostpreußischen Belange geht.

Wir wünschen beiden noch viele schöne gemeinsame Jahre und vor allem Gesundheit.

Viola Reyentanz, Kreisvertreterin



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Wilhelm Norra hat die Organisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Zum 75. Geburtstag am 8. November Gratulation für Stellv. Kreisvertreterin Luise-Marlene Wölk!

Luise-Marlene Wölk gehört der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. seit dem Jahre 2010 an. Selbst nicht in Ostpreußen geboren, engagiert sie sich für die Belange des Vereins im Andenken an das wunderschöne Land, in dem ihre Vorfahren einst zu Hause waren.

Zurzeit ist sie Mitglied des Vorstandes als Vertreterin der

Kreisvertreterin. Neben ihrer Tätigkeit als Vorstandsmitglied ist sie Organisatorin und Verwalterin verschiedener Einrichtungen des Vereins, wie Führung der Mitglieder-Kartei, Verteilung der Publikation „Mohrungen Heimatkreis-Nachrichten“, Verkauf und Versand von heimatbezogener Literatur; schwerpunktmäßig den Kreis Mohrungen, im ehemaligen Ostpreußen betreffend.

Auch hält Frau Luise-Marlene Wölk seit Jahren in Zusammenarbeit mit Frau Ingrid Tkacz intensiven Kontakt zu den im heutigen Morag lebenden, deutschstämmigen Menschen und dem dortigen Herder-Verein. Die zur Zeit noch jährlich stattfindende Auszahlung von „Bruderhilfe-Geldern“ an deutschstämmige Bewohner im ehemaligen Mohrungen und Umgebung, wird und wurde in den letzten Jahren dankenswerterweise von ihr in Zusammenarbeit mit der Kreisvertreterin vor Ort vorgenommen.

Für ihre besonderen Verdienste wurde Frau Luise-Marlene Wölk mit dem „Silbernen Ehrenzeichen“ der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet.

Die Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. kann sich nur in großer Dankbarkeit für ihre bisherige, segensreiche, ehrenamtliche Tätigkeit eine Fortsetzung ihres Wirkens wünschen.

Es gratulieren herzlich der Vorstand sowie alle Mitglieder und Heimatfreunde der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V.



Verein der Deutschen in Memel/Klaipėda

Tag der Deutschen Einheit in Memel/Klaipėda

Anlässlich des Tags der Deutschen Einheit am 3. Oktober lud der Verein der Deutschen in Klaipėda /Memel im SIMON-DACH-HAUS zu einem festlichen Konzert ein, dass sich eines besonders großen Zuspruchs erfreute: alle verfügbaren Plätze des Saales waren besetzt.

Der Vereinsvorsitzende Arnold Piklaps begrüßte alle Gäste ganz herzlich, darunter den Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Arunas Baublys, Hans-Jörg Froese als stellvertretenden Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Jelena Butkeviciene als die Direktorin des Zentrums Volksminderheiten-Kulturen, Jolita Andrijauskiene, Direktorin des Hermann-Sudermann-Gymnasiums, Vertreterinnen der Öffentlichen Ieva Simonaityte Kreisbibliothek Klaipėda und Ver-

treter des Heimatvereins der Stadt Haren (Ems)e.V. und Hans-Jürgen Müller, dem Sprecher der Berliner Memellandgruppe.

Die Kulturmanagerin Rasa Miuller bat den Honorarkonsul und den Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen um ein Grußwort. Baublys erinnerte an den mutigen und erfolgreichen Freiheitskampf der Balten 1989 gegen das kommunistische System, die auch eine Voraussetzung dafür war, dass wir heute in Memel/Klaipėda die deutsche Einheit von 1990 feiern können. Hans-Joerg Froese, dessen Vorfahren seit Jahrhunderten auf der Kurischen Nehrung in Nidden ansässig waren, betonte, dass die damaligen Bedenken in Großbritannien und Frankreich gegen die deutsche Einheit sich als substanzlos erwiesen hätten. Das wiedervereinigte Deutschland hat im heutigen Europa als führende Wirtschafts- und Friedensmacht seinen Platz gefunden.

Der Schülerchor des Sudermann-Gymnasiums in Memel/Klaipėda, unter der Leitung der Konzertmeisterin Asta Almine, eröffnete mit mehreren Liedern den schönen Konzertabend. Zum Konzertprogramm gehörte auch der Auftritt des Streichinstrumenten-Quartetts des Kammerorchesters der Stadt Klaipėda. Ein besonderer Höhepunkt war die gemeinsame Präsentation des traditionellen ostpreußischen Liedes „Zogen einst fünf wilde Schwäne“, des bekannten Marlene Dietrich Liedes „Sag mir wo die Blumen sind“ und des bekannten Liedes „Über sieben Brücken“ von Peter Maffay. Mit langanhaltendem Applaus dankte das Publikum den Künstlern.

Nach dem Konzert wurden alle Gäste zu einem Empfang und Büffet eingeladen und fanden dabei auch die Möglichkeit zu gemeinsamen Gesprächen.

Hans-Jürgen Müller



Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V.

Jubiläumsfeier der AdM in Memel

Am Sonntag, den 1. Oktober feierten wir unser 75-jähriges Bestehen und die 70-jährige Patenschaftserneuerung zwischen Mannheim und der AdM im festlich geschmückten Saal (mit den Fahnen von Mannheim, Memel, dem DKVM und den Blumengestecken in gelb-rot für Memel und blau-weiß-rot für Mannheim) im Hotel Aurora.

Der Einladung waren unter

Anderem unsere Landsleute aus Memel, Heydekrug, Saugen, Kinten, Prökuls, Wabbeln und Deutschland gefolgt. Insgesamt 130 Gäste konnte der Bundesvorsitzende Uwe Jurgsties begrüßen, darunter auch Frau Asta Anilione-Lipovec die persönliche Referentin von Bürgermeister Vaitkus, die Direktorin Frau Dr. Juchnevic sowie Frau Jurga Bardauskiene und Viktorija Karaliene von der Simonaitytes Bibliothek (unserem AdM Archiv), Herrn Benas Volodzka von der Universität, Honorarkonsul Dr. Baublys, den stellv. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Hans-Jörg Froese, Herren Heiko Krefsin und Stefan Elbert vom DKVM, Manfred Wagener und Dirk Bohlmann von Vokietuva, Frau Gerlinda Stungurienne vom Verein Heide sowie Frau Kunert und Frau Mai von der Redaktion „Stern“ aus Hamburg.

Die Feier wurde musikalisch umrahmt vom „Memel Quartett“ und dem Chor vom Verein Heide aus Heydekrug unter der Leitung von „Valteris Matulis“ der für seine jahrzehntelange Tätigkeit als Dirigent des Chors die Verdienstmedaille in Silber der AdM verliehen bekam. Nach dem Geistlichen Wort und dem Totengedenken durch Pastor Herbert Jaksteit folgte das Grußwort von H.J.Froese für die Landsmannschaft Ostpreußen, bevor der Bundesvorsitzende Uwe Jurgsties in seiner Ansprache auf die Geschichte und das Wirken der AdM seit der Gründung bis heute einging. Die Feierstunde endete mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Land der dunklen Wälder“. Mit einem gemeinsamen Abendessen und Wein aus Deutschland feierte man noch einige Stunden.

Am Vormittag kam man im kleinen Rahmen an unserem neu gestalteten Gedenkstein zusammen, um unserer verstorbenen Landsleute zu gedenken und legten einen Kranz nieder.

Uwe Jurgsties



»Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE33

BIC: FUBKDE33

Treffen der Memelländer

Memellandgruppe Heydekrug/Silute

Am Sonntag, den 10. Dezember, um 13 Uhr, findet die Weihnachtsfeier statt. Näheres erfahren Sie bei der Vorsitzenden Gerlinda Stungurienne unter 0037067102051-

Memellandgruppe Dortmund

Für Samstag, den 16. Dezember, um 13 Uhr, laden wir Sie herzlich ein zu einem kleinen Mittagsbuffet. Nach weihnachtlichen Vorträgen gibt es noch Kaffee und Kuchen. Wir treffen uns in der „Deutschen Heimatstube“ Dortmund, Landgrafenstraße, Ecke Märkische Strasse, Eingang Märkische Strasse 1-3. Zu erreichen mit den Bahnlinien U41-U45-U47+U49 bis Haltestelle Markgrafenstrasse. Bitte melden Sie sich an beim 1.Vorsitzenden Gerhard Schikschnus, Tel.0231 62836900 oder 0137 810350.

Memellandgruppe Düsseldorf

Am Samstag, den 2. Dezember, um 14 Uhr, findet die Weihnachtsfeier im Gerhart-Hauptmann-Haus in der Bismarckstr. 90 in Düsseldorf statt.

Anmeldung bitte bei der 1. Vorsitzenden Karin Gogolka unter 02452 62492.

Memellandgruppe Köln

Am Samstag, den 9. Dezember treffen wir uns im Brauhaus in Köln-Dellbrück, in der Dellbrücker Hauptstrasse 61 – zu erreichen mit der Strassenbahnlinie 18 Haltestelle Köln-Dellbrück. Um 13 Uhr besteht die Möglichkeit zum gemeinsamen Essen und um 14 Uhr beginnen wir das Treffen mit: Geistliches Wort, Memelländisch-ostpreußische Weihnachtsbräuche, Bericht vom

75. Jubiläum der AdM und der 70jährigen Patenschaftserneuerung sowie vom Tag der Deutschen Einheit in Memel.

Eine vorherige Anmeldung beim 1. Vorsitzenden Herbert Jaksteit unter 0170 8315959 wäre schön.

Memellandgruppe Mannheim

Zum Jahresende treffen wir uns am Samstag, den 25. November, um 14 Uhr, im Bürgerhaus (Raum Pflug), in der Unterdorfstrasse, in Heddeshheim.

Memellandgruppe Memel/Klaipėda

Der Deutsche Kulturverein Memel lädt zur Weihnachtsfeier am Samstag, den 9. Dezember, um 15:30 Uhr, herzlich ein in das Besucherzentrum im Seaside Regional Park, in der Placio g. 54 in Karkle. Neben einem weihnachtlichen Programm gibt es auch eine Tombola.

Näheres beim 1. Vorsitzenden Heiko Krefsin 0037067552084.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Surminski kommt!

Elmshorn – Am 29. November 2023 liest der gebürtige ostpreußische Schriftsteller und Journalist Arno Surminski („Jokehnen“, „Polninken“, „Irgendwo ist Prostken“ und vieles andere) wieder im Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“. Beginn ist um 19 Uhr, Ende gegen 21 Uhr.

Die Lesung wird musikalisch begleitet von der Pianistin Marija Livaschnikova. Der Eintritt - inklusive Verköstigung - beträgt 20 Euro pro Person.

Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon 04121/89710; E-Mail: buer0@dittchenbuehne.de.

PRUSSIA-Gesellschaft

Duisburg – Sonnabend, 25. November, 11 Uhr, ordentliche Mitgliederversammlung der PRUSSIA, Gesellschaft für Archäologie, Geschichte und Landeskunde Ostpreußens, Ost- und Westpreußens mit vorangehender Vortragsveranstaltung. Interessierte Gäste sind willkommen.

Veranstaltungsort ist erstmals das „B & B Hotel Duisburg Hauptbahnhof-Nord“, Portsmouthplatz 5, 47051 Duisburg. Der Tagungsraum Düsseldorf ist ab 10:30 Uhr geöffnet. Der traditionelle Tagungsort im vormaligen „Museum Stadt Königsberg“ steht uns seit 2023 nicht mehr zur Verfügung.

11:00 Uhr: Begrüßung durch den Präsidenten der PRUSSIA-Gesellschaft.

11:15 Uhr Vortrag mit Filmsequenzen „Stille Tage in Gertlauken - Erinnerungen an Ostpreußen“, Referenten: Henriette Piper und Jörg Naß.

13:00 Uhr: Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss.

14:00 Uhr Vortrag „Naturstreifzüge durch Ostpreußen. Betrachtungen aus einer einzigartigen Naturlandschaft“. Referent: Dr. Winfried Daunicht.

15:00 Uhr Filmischer Kurzvortrag des Vereins der Deutschen in Memel/Klaipėda zum Leben von Simon Dach, seiner Heimatstadt Memel und seinem Gedicht „Änchen von Tharau“.

15:30 Uhr Mitgliederversammlung

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung
3. Bericht des Vorstands
4. Bericht des Schatzmeisters
5. Aussprache zu Ziff. 3 und 4
6. Abstimmung über die Entlastung des Vorstands
7. Vorhaben
8. Verschiedenes

Die Mitgliederversammlung endet voraussichtlich gegen 16:30 Uhr.

Mitglieder werden gebeten, Änderungen und Anträge zur Tagesordnung bis zum 20. November an den Vorstand zu übermitteln.

Fragen/Anregungen an: prussia.gesellschaft@gmail.com

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



FELIX LAITSCH

Der Flugpionier überflog die Kurische Nehrung

Der gebürtige Chemnitzer Maschinenbauingenieur konstruierte nicht nur Antriebsanlagen, er unternahm auch waghalsige Flüge

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts begeisterten sich immer mehr Deutsche für den Motorflug. Einer davon war der am 4. Oktober 1882 geborene Felix Laitsch, welcher aus Reichenbrand bei Chemnitz stammte. Zunächst konstruierte der Maschinenbauingenieur Antriebsanlagen für Luftschiffe. Dann ging Laitsch nach Frankreich, um dort seinen Pilotenschein zu machen. Dem folgte am 5. August 1910 der Erwerb des 19. deutschen Flugzeugnisses. Zwei Tage später nahm der Sachse an der Nationalen Flugwoche in Berlin-Johannisthal teil.

Kurz darauf wurde er bei den Albatros-Werken als Fluglehrer angestellt. Mit einem Doppeldecker dieses Herstellers erreichte Laitsch den Gesamtsieg im Rundflug durch Sachsen im Mai/Juni 1911 – was ihm ein Preisgeld von 41.000 Mark einbrachte. Dergestalt motiviert, wollte er sich nun auch um die Monatsrente von 3000 Mark bewerben, welche die Deutsche National-Flugspende für besondere fliegerische Leistungen ausgelobt hatte. Zweck des Ganzen war es, auf dem Gebiet des Flugwesens gegenüber dem „Erbfeind“ Frankreich aufzuholen. Dafür standen insgesamt 7,2 Millionen Mark zur Verfügung.

Um aus der Masse der mittlerweile nun bereits 225 deutschen Inhaber eines Pilotenscheines hervorstechen, startete Laitsch Anfang April 1913 zu einem Fernflug von Berlin nach Königsberg in Ostpreußen. Diesen musste er jedoch alsbald abbrechen. Starker Wind und Motorprobleme zwangen ihn dazu, bei Deutsch Krone in Westpreußen notzulanden.

Deswegen ließ Laitsch den Mut jedoch nicht sinken. Im weiteren Verlauf des Jahres 1913 erzielte er drei Siege bei Flugwettbewerben in Berlin und betei-

ligte sich auch an dem mit 50.000 Mark dotierten Ostpreußischen Rundflug vom 9. bis zum 14. August 1913. Außerdem gelang ihm am 25. Juli ein Langstreckenflug von Berlin nach Posen. Dann kam der 28. Oktober 1913, an dem Laitsch die größte fliegerische Tat seines Lebens vollbrachte.

Nachdem er am Vortag versucht hatte, mit einem zwei-sitzigen Doppeldecker vom Typ LVG B.I samt Passagier von Berlin nach Frankreich zu fliegen, ging es nun um 6.47 Uhr in die entgegengesetzte Richtung. Und diesmal funktionierte der Sechs-Zylinder-Reihenmotor von Mercedes mit 105 PS wie ein Uhrwerk – darüber hinaus stand auch der Wind güns-

tig. Daher befand sich Laitsch schon um 11.30 Uhr über Königsberg, und fasste daraufhin den Entschluss, nach Sankt Petersburg weiterzufiegen. Allerdings geriet die Maschine hinter Tauroggen im heutigen Litauen in dichten Nebel. Nach der dadurch erzwungenen Umkehr in genau

665 Kilometern Entfernung von Berlin wollte Laitsch Königsberg erreichen, was sich jedoch aufgrund der Wetterverhältnisse höchst kompliziert gestaltete.

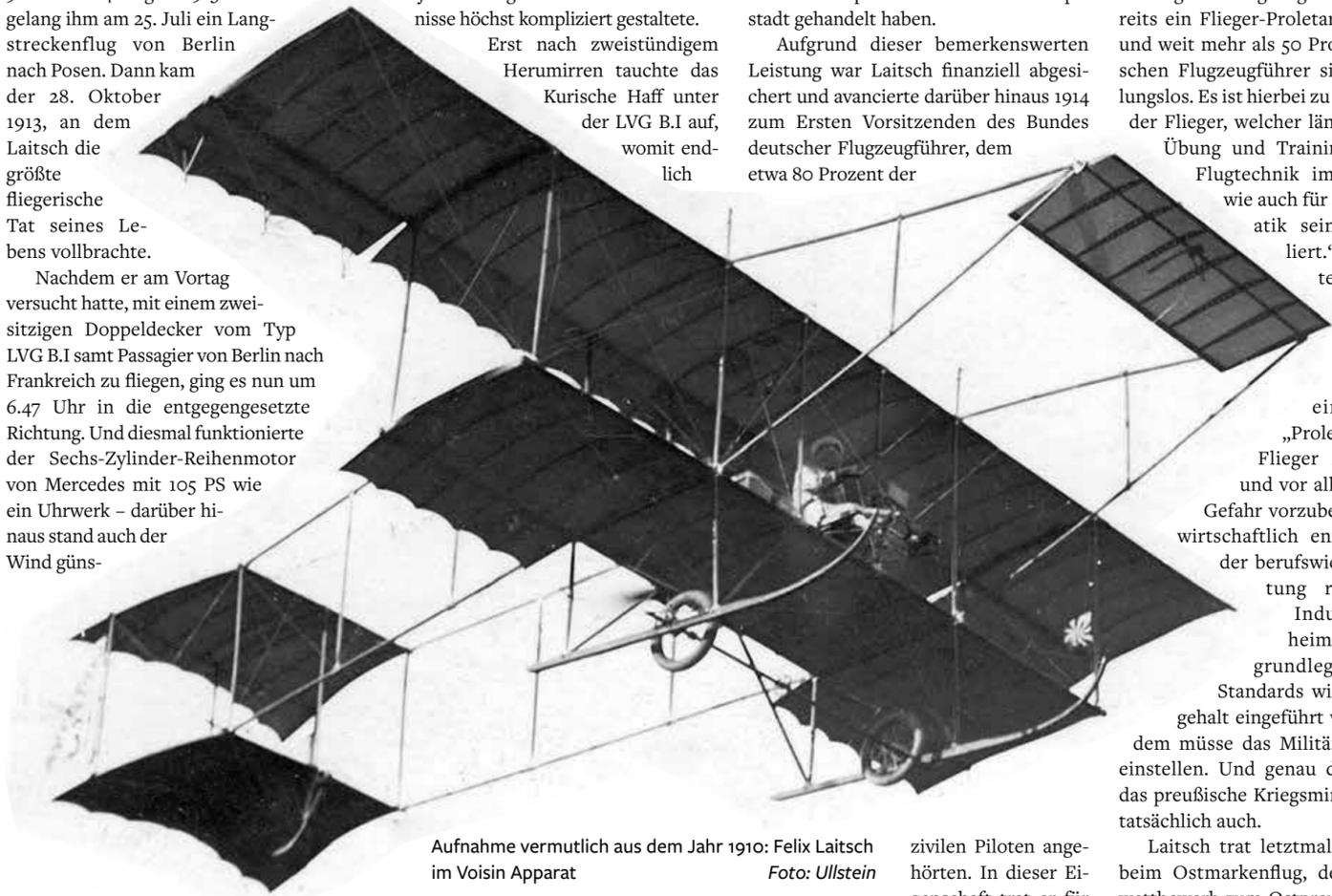
Erst nach zweistündigem Herumirren tauchte das Kurische Haff unter der LVG B.I auf, womit endlich

kord! Zudem dürfte es sich hier auch um den ersten Nonstop-Flug zwischen Berlin und der ostpreußischen Provinzhauptstadt gehandelt haben.

Aufgrund dieser bemerkenswerten Leistung war Laitsch finanziell abgesichert und avancierte darüber hinaus 1914 zum Ersten Vorsitzenden des Bundes deutscher Flugzeugführer, dem etwa 80 Prozent der

Posadowsky-Wehner Freiherr von Postelwitz, mit folgenden Worten: „Die Ausbildung von Flugzeugführern ... hat bereits ein Flieger-Proletariat geschaffen, und weit mehr als 50 Prozent der deutschen Flugzeugführer sind heute stellunglos. Es ist hierbei zu bedenken, dass der Flieger, welcher längere Zeit ohne Übung und Training ist, für die Flugtechnik im Allgemeinen, wie auch für die Militär-Avi- atik seinen Wert verliert.“ Daraus leiteten Laitsch und dessen Mitstreiter folgende Forderung ab: Um eine weitere „Proletarisierung der Flieger zu verhindern und vor allem der großen Gefahr vorzubeugen, dass der wirtschaftlich entkräftete Pilot der berufswidrigen Ausbeutung rücksichtsloser Industrieller anheimfällt“, sollten grundlegende soziale Standards wie ein Mindestgehalt eingeführt werden. Außerdem müsse das Militär mehr Flieger einstellen. Und genau das veranlasste das preußische Kriegsministerium dann tatsächlich auch.

Laitsch trat letztmals im Juni 1914 beim Ostmarkenflug, dem Nachfolge-wettbewerb zum Ostpreußischen Rundflug, zwischen Breslau und Danzig öffentlich in Erscheinung. Danach diente er seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in einem der zunächst vier preußischen Fliegerbataillone, worüber jedoch ebensowenig Details bekannt sind wie über die Umstände seines Todes im Jahre 1917.



Aufnahme vermutlich aus dem Jahr 1910: Felix Laitsch im Voisin Apparat

zivilen Piloten angehörten. In dieser Eigenschaft trat er für seine Kollegen ein, denen es in aller Regel materiell wesentlich schlechter ging als ihm. Anfang 1914 zählte man bereits 637 Inhaber von nicht-militärischen Pilotenscheinen.

Deren Lage beschrieb der Bund in einer Eingabe an den Präsidenten der National-Flugspende, Arthur Graf von

wieder eine Orientierung möglich wurde. Nun konnte Laitsch die Küstenlinie bis Königsberg verfolgen, wo er dann wegen Benzinmangels landete. Bis dahin weilten der Pilot und sein Passagier neun Stunden und 23 Minuten in der Luft – ein imposanter neuer deutscher Dauerflugre-

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wahrer eines deutschen Pantheons auf beiden Seiten

In Schreiberhau schreiben Deutsche und Polen gemeinsam Geschichte

Mit wetterfester Arbeitskleidung gerüstet waren Nachkommen schlesischer Vertriebener unterwegs, um deutsche Friedhöfe im Riesengebirge in Ordnung zu bringen. Die acht meist jungen Männer von der Landsmannschaft Schlesien in Sachsen hatten sich, wie in den letzten vier Jahren auch, vor Allerheiligen mit polnischen Partnern aus Niederschreiberhau [Szkłarska Poręba Dolna] zusammengetan.

Das dortige städtische Zentrum für Kultur und Touristik hatte die Bewohner auf Plakaten zum Mitmachen aufgerufen, und Bürgermeister Mirosław Graf erschien zur Begrüßung. Er packte einige Stunden sogar selbst mit an. Er zeigte sich erfreut, dass außer ihm und den acht Deutschen etwa 20 Schreiberhauer teilnahmen. Es sei zudem der erste Einsatz gewesen, bei dem die deutliche Mehrheit der freiwilligen Helfer auch tatsächlich aus Schreiberhau kam. Dies zeuge von wachsender Akzeptanz solcher Aktionen und insbesondere von einem Interesse an der Wiederherstellung des evangelischen Friedhofs unter der polnischen Bevölkerung, so Organisator Robert Wollny. Er freute sich besonders über die Teilnahme einer polnischen Urlauberfamilie mit ihren beiden Kindern.

Das Werkzeug stellte auch dieses Jahr wieder das Grünflächenamt der Stadt.

„Im letzten Jahr wurde bereits begonnen, die größeren Grabanlagen und Gräfte freizulegen und von Schutt zu befreien. Das fand in diesem Jahr seine Fortsetzung“, so Friedemann Scholz, Chef der Schlesier im Freistaat.

Teilnehmer zwischen vier und 85 Jahre alt

Der jüngste Teilnehmer war vier, der älteste 85 Jahre alt. „Neben der Arbeit zum Freilegen der großen Grabanlagen sollten auch verwitterte Schriften lesbar gemacht werden. Dazu wurden zwei Methoden angewandt, die die deutschen Gäste so noch nicht kannten“, sagt Scholz. Im ersten Fall habe man die Inschriften mit farbiger Kreide übermalt und die losen Teilchen weggeblasen. „Eine weitere Möglichkeit ist die Nutzung von Rasierschaum aus der Spraydose. Auch dieser wird auf dem Stein verteilt und bleibt in der tieferen Inschrift als weißliche Farbe länger sichtbar“, so der Vorsitzende des Landesverbandes. Beide Methoden gaben unleserliche Geheimnisse der Grabsteine preis, und sie würden weder Stein noch die Umgebung schädigen, so die Aktiven. Das ist für die Dokumentation sinnvoll, schränkt aber einen langfristigen Nutzen ein.

Und weil beim diesjährigen Einsatz einige verwahrloste Grabsteine entdeckt



Aufräumarbeiten in Niederschreiberhau: Mit Kreide und Rasierschaum werden Inschriften wieder lesbar

Foto: Wagner

wurden, sind auch diese dokumentiert und in die bestehende Kartei eingefügt worden. Scholz hat die Kartei der Zeitung „Schlesische Bergwacht“ zur Verfügung gestellt. Durch eine Veröffentlichung könne man noch Zeitzeugen, Angehörige und Nachkommen ausfindig machen und so weitere Interessenten für derartige Rettungsaktionen finden, hofft er.

Nach getaner Arbeit wurde am Lagerfeuer bei Grillwürsten, Bier und „Streefla Sträselkucha“ vom schlesischen Hübner-Bäcker aus Horka in der Niederschlesischen Oberlausitz in der Bundesrepublik, ein Resümee gezogen. „Das gemütliche Beisammensein endete mit Einsetzen des Regens. Der Berggeist Rübezahl hatte ausreichend Zeit zum Arbeiten, Essen und

für Gespräche gelassen“, berichtet Scholz. 2024 wollen sie wiederkommen, das sei bereits mit den Schreiberhauer Beamten ausgemacht worden. Voraussetzung sei die Wiederwahl von Mirosław Graf im kommenden Frühjahr zum Bürgermeister. Er sei ein Garant für die jährliche Fortsetzung der Arbeitseinsätze auf dem Friedhof in Niederschreiberhau, so Initiator Wollny.

Fortsetzung im kommenden Jahr

Der Niederschreiberhauer Friedhof wurde einst als Pantheon des Riesengebirges bezeichnet. Dort fanden bedeutende Vertreter der Schreiberhauer Künstlerkolonie ihre letzte Ruhestätte – so beispielsweise der Dramatiker und Schriftsteller Carl Hauptmann (1858–1921), der Schriftsteller Wilhelm Bölsche (1861–1939), der Maler, Grafiker, Medailleur und Schriftsteller Hans Fechner (1860–1931) oder der Schriftsteller Hermann Stehr (1864–1940). Seit Mai dieses Jahres informiert eine zweisprachige Tafel zur Geschichte dieser Nekropole. Auch diese Initiative wurde von der Landsmannschaft Schlesien, Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz, wie der Vereinsregistereintrag vollständig und in Würdigung des schlesischen Landesteils richtig heißt, ins Leben gerufen. *Chris W. Wagner*

GESCHICHTE

Barnim IX. führte die Reformation ein

Vor 450 Jahren gestorbener Pommernherzog – Bewegte Geschichte durch Erb- und Gebietsansprüche

VON MARTIN STOLZENAU

Herzog Barnim IX. von Pommern regierte in der Zeit der Reformation und des Schmalkaldischen Krieges und war oft genug zur politischen Anpassung gezwungen. Seine Regentschaft war geprägt von der Teilung des Landes, die im Laufe der Geschichte leider in Ermangelung einer Primogenitur oft wiederholt wurde, durch den ständigen Anspruch Kurbrandenburgs auf die Lehnshoheit über Pommern und durch die Einführung der Reformation im Territorium der Greifen. Letztlich war dieser Glaubenswechsel mit dem Anschluss an das Luthertum aber bei seinem Ableben vor 450 Jahren die einzige größere positive Hinterlassenschaft, die seine Regierungsbilanz in den Geschichtsbüchern vorteilhafter erscheinen lässt.

Herzog Barnim IX. wurde am 2. Dezember 1501 geboren. Sein Vater war Herzog Bogislaw X. von Pommern, der zu den positivsten Erscheinungen im Fürstenhaus der Greifen gehörte. Er vereinigte zu seiner Zeit ganz Pommern unter seiner Regierung, modernisierte die Landesverwaltung und erlangte am Ende seiner Herrschaft die angestrebte Anerkennung Pommerns als Reichsfürstentum. Die Geschichtsschreiber verliehen ihm deshalb den Beinamen „der Große“.

Verteidiger des Friedens

Dieser Greifenherzog war in zweiter Ehe mit Anna von Polen verheiratet, einer Tochter von König Kasimir IV. Sie war die Mutter von Barnim IX., dessen Vorname eine besondere Bedeutung besitzt. Barnim ist eine Kurzform für Barnimir, stammte vom altslawischen Begriff „borniti“ ab, der für einen „Verteidiger des Friedens“ galt und im Mittelalter von den Pommernherzögen bevorzugt für ihre Söhne als Namen gewählt wurde.

Doch diese Namenswahl blieb meist eine reine Willensbekundung ohne praktische Folgen. Barnim IX. hatte noch einen Bruder: Georg. Beide Greifensöhne wurden standesgemäß erzogen und auf die gemeinsame Regierungsausübung vorbereitet. Barnim IX. studierte in Wittenberg, erwarb dabei ein vielgestaltiges Wissen und wurde in der Frühzeit der Reformation aus allen Träumen gerissen. Der Vater starb am 5. Oktober 1523 und



Aus dem Bilderstammbaum der Greifen, von dem niederländischen Maler und Hofmaler in Güstrow, Cornelius Krommeny, von 1598: Barnim IX. und seine Gemahlin Anna von Braunschweig-Lüneburg, sie heirateten am 2. Februar 1525 Foto: Wikimedia

wurde in der Stettiner Ottenkirche beige- setzt. Er hinterließ seinen beiden Söhnen für die Nachfolge ein geeintes und geordnetes Land mit einem kaiserlichen Lehnbrief. Barnim IX. und Georg I. regierten zunächst getreu der väterlichen Vorgabe gemeinsam und erlebten durch die Verheiratung ihrer Schwester Sophia mit dem Dänenkönig Friedrich I. eine zusätzliche Aufwertung. Sie wurde 1525 Königin von Dänemark.

Doch parallel entwickelten sich die Ansprüche Kurbrandenburgs erneut, zumal den Pommernherzogen in der Nachfolge ihres Vaters die neuerliche Verleihung des Reichslehens zunächst verweigert wurde. Deshalb ging Barnim IX. in die Offensive. Seine Räte warben um Anna von Braunschweig-Lüneburg, die er am 2. Februar 1525 heiratete. Das war eine Vernunfttatsache, die machtpolitischen Erwägungen folgte. Mit dieser Ehe bekamen die Greifen einen starken Partner, mit dem sie ein Schutzbündnis abschlossen.

Andererseits aber gingen Barnim IX. und Georg I. immer stärker eigene Wege. Besonders Georg I. suchte die Eigenständigkeit. Nach seinem frühen Tod setzte Philipp I., sein Sohn, diese politische Abnabelung fort. Das führte zu starken Differenzen und am 21. Oktober 1532 zur Teilung in die Teilherzogtümer Pommern-Stettin und Pommern-Wolgast. Cammin

teilten sich Onkel und Neffe. Zur gleichen Zeit schlugen die Wellen der sich ausbreitenden Reformation auch im Pommernland immer höher. Die Forderung der Bewohner und der Stände nach einer Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse im geteilten Herzogtum nahm ständig zu. Hier reagierten Barnim IX. und Philipp I. gemeinsam. Beide beriefen 1534 den vereinten Landtag nach Treptow a. R. ein und gewannen Johannes Bugenhagen aus Wollin in Pommern, einen Vertrauten Martin Luthers, dafür, eine neue Kirchenordnung für das geteilte Herzogtum im Sinne des Luthertums zu schaffen.

Bugenhagen und Luther

Nun ging es Schlag auf Schlag. Bugenhagen erarbeitete eine neue Kirchenstruktur. Die Herzöge zogen die bisherigen Kirchengüter ein. Das erwies sich als lukrative Zusatzeinnahme für die Staatskasse. Barnim IX. gründete in einem solchen vormaligen Kirchenobjekt in Stettin das herzogliche Pädagogium zur Ausbildung von Nachwuchskräften und holte zunächst Paul von Rhoda und dann Fabian Timäus als Hofprediger in seine Residenz.

Timäus war von Valentin Trotzendorf, Luther und Philipp Melanchthon geprägt worden. 1536 traten die Pommernherzöge als nunmehrige Lutheraner dem Schmalkaldischen Bund der deutschen Protes-

tanten bei, der die gemeinsamen Interessen vertrat. Das brachte zunächst Vorteile, aber nach Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges mit dessen Niederlage gegen den katholischen Kaiser auch erhebliche Nachteile. Der Kaiser drohte den Pommernherzögen zusätzlich zur Infragestellung des Lehnbriefes mit Sanktionen. Das konnten Barnim IX. und Philipp I. durch Zahlung einer Geldbuße zu Lasten der Bevölkerung abwenden.

Dann starb ebenfalls früh Philipp I. Er hinterließ minderjährige Söhne, für die Barnim IX. die Amtsgeschäfte für viele Jahre realisierte. Faktisch war Pommern in dieser Zeit wieder ein Staat. Doch die Uhren tickten gegen Barnim IX. Er hatte in seiner Ehe für fünf Kinder gesorgt. Das waren vier Mädchen und ein Junge, der aber schon wenige Tage nach der Geburt verstarb. Barnim hatte keinen männlichen Erben. Deshalb kam es 1569 zum Erbvertrag von Jasenitz, der die erneute Teilung unter Johann Friedrich und Ernst Ludwig vorsah. Das Greifenhaus zog einfach keine Lehren aus dieser ungünstigen Teilungspraxis. Barnim IX. fügte sich den Wünschen der Neffen, ließ die Teilung geschehen und starb am 2. November 1573 in Stettin, vier Jahre nach seiner Gemahlin. Seine letzte Ruhe fand er zuerst in der Stettiner Marienkirche und nach deren Abriss in der Stettiner Schlosskirche.

TRADITION

Von Bräuchen und Gänsen an St. Martin

„Zinsen“ mit Federn – Der Gänsemarkt im Freilichtmuseum in Schwolow bei Stolp in Hinterpommern

Zu den Bräuchen im Verlauf des Jahres gehören am St. Martinstag am 11. November Umzüge mit selbst gebastelten Laternen, die von dem heiligen St. Martin auf dem Pferd angeführt werden. Das wird besonders in den katholischen Gegenden Deutschlands zelebriert.

Ansonsten verbindet man zumeist den Martins-Tag mit der ebenso genannten Gans. Der November war das Ende des bäuerlichen Wirtschaftsjahres, das Vieh wurde zurück in die Ställe getrieben und auch waren die Steuern fällig, die früher auch mit Naturalien bezahlt wurden, auch in Gänsen. An diesem Tag begannen und endeten Dienstverhältnisse, Pacht-, Zins- und Besoldungsfristen. Landpachtverträge beziehen sich bis in die heutige Zeit noch häufig auf Martini als Anfangs- und Endtermin, da der Zeitpunkt dem An-

fang und Ende der natürlichen Bewirtschaftungsperiode entspricht. Der Martinstag wurde aus diesem Grund auch Zinstag genannt.

Im Freilichtmuseum für Volkskultur Pommerns in Schwolow [Swołowo], einer Niederlassung des Museums Zentralpommerns in Stolp [Słupsk], findet am Wochenende des 10. bis 12. Novembers zum 15. Mal ein Gänsemarkt statt, auf dem zahlreiche Aussteller alles rund um die Gans zu bieten haben. So findet man neben kulinarischen Spezialitäten vielfältiger Art, auch andere bäuerliche Erzeugnisse und Kunsthandwerkerarbeiten.

Sehr interessant sind Vorführungen, die zeigen, wie früher in der Gemeinschaft die Hühner- Enten- und Gänsefedern verarbeitet wurden. So kann man in Arbeitsgruppen von einer Kräuterärztin



Pommerngänsen mit ihren Gösseln

lernen, wie Beinwellsalben auf Basis von Gänsefett hergestellt werden. Auch Spinnen und Weben gehörten damals zu Tätigkeiten, die in diese Jahreszeit verlegt wurden und die gezeigt werden.

Natürlich sollte man es sich nicht nehmen lassen, das alte Bauerndorf Schwolow zu erkunden. Das große Angerdorf

liegt etwa 13 Kilometer westlich von Stolp. Im Jahre 1240 war es Eigentum der Johanner und im 14. Jahrhundert derer von Below. 1536 wurden die von Schwawe und später Peter von Glasenapp als Besitzer genannt. Danach unterstand es mit weiteren königlichen Dörfern dem Amt Stolp.

1939 gab es hier insgesamt 39 landwirtschaftliche Betriebe mit 342 Einwohnern, die 1946 vertrieben wurden. Heute leben in dem Dorf zirka 240 Einwohner.

Die Schwolower Kirche mit einer schlichten Innenausstattung wurde um 1400 aus Ziegeln auf Feldsteinmauerwerk errichtet. Eine der Glocken der Schwolower Kirche befindet sich heute in der Trinitatis-Kirche in Braunlage, mit einer weiteren Glocke aus Pommern, die vom Hamburger Glockenfriedhof gerettet wurden. *Brigitte Stramm*

MELDUNGEN

Lichterfest, ältestes Kino und Denkmal

Greifswald. – Der Historiker und Archivar Dirk Alvermann ist am 17. Oktober verstorben. Der 1965 in Berlin Geborene leitete ab 1998 das Universitätsarchiv Greifswald und arbeitete aktiv in der Historischen Kommission für Pommern sowie der Gesellschaft für Pommerische Geschichte, Altertumskunde und Kunst mit. *TS*

Neustettin – In den 1980er Jahren wurde ein Denkmal für amerikanische Flieger auf dem städtischen Friedhof errichtet. Nun wird die seither offizielle Version, dass es sich bei den hier beigesetzten Soldaten um 1944 abgestürzte Amerikaner handelt, in Frage gestellt. Widersprüche ergeben sich auch aus deutschen Quellen. *TS*

Grimmen – Am letzten Sonnabend fand in Grimmen das zweite Tore- und Lichterfest statt. Dazu wurden historische Gebäude wie das Mühlen- und das Greifswalder Tor, das Rathaus und der Wasserturm angestrahlt und in buntes Licht getaucht. Außerdem illuminierten ein Feuerwerk sowie eine Lasershow die Bauten. *TS*

Stettin – Wie der Besitzer des 1921 in Stettin-Gotzlow eingeweihten Bismarckturms, Wojciech Klodzinski, mitteilte, wurde in diesem Jahr mit den Sanierungsarbeiten am Bau begonnen. Im Frühjahr 2024 sollen auch die Arbeiten am Dach beendet werden. Hoffnung besteht zudem, dass die Eingangstür zum Turm erneuert werden kann. *TS*

Pasewalk – Der 2022 gegründete Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommerns benötigt eine neue Geschäftsführung: Sandra Nachtweih, Pasewalks ehemalige Bürgermeisterin, kündigte jüngst an, ihre im September 2022 übernommene Tätigkeit als Geschäftsführerin Ende dieses Jahres zu beenden. *TS*

Gartz – Ärger über den Nahverkehrsplan: Die Regionalbahn zwischen Angermünde und Stettin verkehrt nach den aktuellen Planungen nur alle zwei Stunden. Das soll voraussichtlich noch bis Ende 2026 so bleiben. Für Amtsdirektor Frank Gotzmann ist dies nicht hinnehmbar. Gotzmann: „Region um Stettin wird abgekoppelt.“ *TS*

Stettin – Eines der ältesten Kinos der Welt – das heutige „Pioneer“ – könnte in das Eigentum der Stadt wechseln. Für einen möglichen Kauf wurden aktuell etwa 450.000 Euro rückgestellt. Das am 26. September 1909 von Albert Pitzke als „Helios-Welt-Kino-Theater“ eröffnete Kino wurde 2005 in das „Guinness-Buch der Rekorde“ eingetragen. Im Zentrum Stettins, in der Falkenwalder Straße [Aleja Wojska Polskiego], früher schräge gegenüber der Hauptpost gelegen, bleibt es hoffentlich erhalten. *TS*

Stettin – Vom 1. bis 23. Dezember verwandelt sich das Stadtzentrum in einen Ort voller Weihnachtsüberraschungen. Dann gibt es den „Weihnachtszauber“ in der Kaiser-Wilhelm-Straße [Plac Pawła Adamowicza]. In Holzhütten werden verschiedene Weihnachtsartikel und Leckereien angeboten. Hier kann man seine Weihnachtseinkäufe machen, leckere Regionalprodukte probieren, Weihnachtsgeschenke finden und heiße Schokolade oder Glühwein trinken. *BS*

„Der Feind der Freiheit steht im Osten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Eine schonungslosere Analyse habe ich bislang nirgends sonst gelesen oder gehört. Vielen Dank dafür!“

Ann-Kathrin Zimmerling, Mettmann

zum Ukraine-Thema: Der Zusammenbruch droht (Nr. 43)



Ausgabe Nr. 43

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

RIEGEL GEGEN DEN WESTEN ZU: DER ZUSAMMENBRUCH DROHT (NR. 43)

General Harald Kujats Überlegungen zum Kriegsverlauf in der Ukraine und deren „massiven Unterstützung durch die USA und auch durch die europäischen Verbündeten“ können im Lichte der jahrhundertalten „balance-of-power“-Strategie der Briten und seit 1917 auch der Amerikaner bestätigt werden. Dieses Gedankengut beinhaltet, die jeweils größten Mächte Kontinentaleuropas zu schwächen. Darauf richtete sich im vorigen Jahrhundert die Erschwerung wirtschaftsdienlicher Beziehungen (Rohstoffe gegen Tech-Wissen) zwischen Deutschland und Russland durch Festigung des Riegels aus Polen und Baltikum.

Dem entgegen erfährt das Riegel-Projekt heute durch die von der Ukraine angekündigte Stilllegung aller Gasleitung nach Westen, den Sanktionen und der Nordstream-Unterbrechung eine Ergänzung. Russlands gegenläufiges Interesse dürfte sein, seine Landverbindung nach Westen wo und soweit wie möglich vorwärtszutreiben. Insoweit schlüssig erscheint die Überzeugung Kujats, „dass Odessa zu den Eroberungszielen gehört“ mit „Verbindung zu ... Transnistrien“.

Hans G. Lindenmeyer, Heidenheim

UKRAINE VERTEIDIGT FREIHEIT ZU: DER ZUSAMMENBRUCH DROHT (NR. 43)

Nach diesem etwas befremdlichen Interview wird einem einiges klarer aus der bleiernen Zeit der „Nach-Kohl-Ära“, für die der General ja als Generalinspekteur und hoher NATO-General militärpolitisch zumindest mitzeichnete. Die Anbieter an den Aggressor Russland nimmt dabei schon fast groteske Züge an, und aus jeder Zeile spricht – mit Verlaub – eine gewisse schulmeisterliche deutsche Art, die jedoch im Grunde auch nichts anderes ist als das Buckeln vor dem Stärkeren. Dass er damit leider mit allzu vielen vor-

nehmlich in der DDR Sozialisierten in einem Boot sitzt, gar mit dem Verschwörungstheoretiker Seymour Hersh, den er munter zitiert, scheint den General nicht zu stören. Leider spricht eine solche Welt-sicht auch in der PAZ in der letzten Zeit untergründig aus dem ein oder anderen Artikel heraus.

Putin überfiel aus heiterem Himmel ein unvorbereitetes Nachbarland mit einer Streitmacht von 190.000 Soldaten, was letztlich nur aufgrund des üblichen russischen Dilettantismus kurz vor Kiew scheiterte. Seither halten die von Ihnen ja bereits totgesagten Streitkräfte der Ukrainer nun schon monatelang ihre Ostfront gegen einen vielfach überlegenen Feind, gingen gar zum Gegenangriff über. Dass das Kriegsglück mal diesem, mal jenem hold ist, ist eine Binsen (keiner weiß, wie es letztlich ausgeht) – aber die Sache zum jetzigen Zeitpunkt mit einem angemahnten „drohenden Zusammenbruch“ und „Verhandlungen“ verloren zu geben, scheint mir doch recht „zersetzterisch“, um es vorsichtig zu sagen.

Ein General muss das wissen. Stattdessen fällt der Autor auf das Friedensverhandlungsgesäusel des großen Lügners Putin herein, mit den üblichen „Notlügen“, der Ukraine Konflikt eskaliere noch zu einem großen Weltenbrand, die arme ukrainische Bevölkerung leide, oder es ginge ja letztlich nur um „ein paar Quadratkilometer Land“. Und an allem sind eh bloß die bösen Amerikaner schuld, oder? Nein, Herr Kujat, der Feind der Freiheit steht im Osten, und die Ukraine jetzt fallen zu lassen, wäre Verrat an der Freiheit.

Frieder Kammerer, Herdwangen

JÄMMERLICHE AMPEL-FIGUREN ZU: ALLES UNTER KONTROLLE (NR. 43)

Wie immer ist die „Mohr“-Karikatur sehr passend für eine der jämmerlichsten Figuren der sogenannten „Ampelregierung“. Jeder versteht wohl dabei das Synonym für die Politik der Spiegelfechterei jener Regierung, die dazu angetreten ist,

Deutschland in den Abgrund zu führen. Allerdings könnten im Zentrum der Karikatur auch alle anderen Mitglieder dieses Katastrophenkabinetts stehen, die sie in ihren jeweiligen Amtsbereichen in einem Maße von Verantwortungslosigkeit dem Steuer zahlenden Bürger gegenüber agieren, dass dieses Land eigentlich keine Chance mehr hat, in irgendeiner Form die Fülle von Problemen, die mittlerweile sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasst haben, nur ansatzweise zu lösen.

Wenn es noch einen Funken von Verantwortung in diesem „Scholz-Kabinett“ geben sollte, dann wären ein sofortiger Rücktritt und möglichst baldige Neuwahlen die einzige akzeptable Reaktion auf den in nur zwei Jahren angerichteten Schaden in Deutschland. Doch kann man wohl getrost davon ausgehen, dass auch dieser Funke von Verantwortung nicht vorhanden ist.

Manfred Kristen, Freital

FÜR MINDERHEITENRECHTE ZU: „FÜR EIN GEMEINSAMES HAUS EUROPA“ (NR. 42)

Die deutsche Minderheit hat es in Anbetracht der aktuellen politischen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau, die wahrlich angespannt sind, nicht einfach bei Projekten zur deutschen Brauchtumsförderung in Polen. Bei vielen Polen stieß in den vergangenen Jahren insbesondere die deutsche Dominanz in der EU sowie der ins Ausland kolportierte deutsche Moralanspruch auf vehementer Ablehnung. Einige polnische Politiker nutzten dies für eine antideutsche Kampagne, worunter auch die deutsche Minderheit in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Anders im Vergleich zu anderen Minderheiten jedoch, fehlt es bei der deutschen Minderheit in Polen an Reaktionen im Ausland, welche sich über Diskriminierungen (die Kürzung des Deutschunterrichts) empören oder juristisch gar intervenieren. So sieht Artikel 27 des UN-Zivilpakts IPbPR beziehungsweise Artikel 8ff der „Europäischen Charta der Regional-

oder Minderheitensprachen“ positive Förderungspflichten des Aufenthaltsstaates gegenüber einer im Land befindlichen Minderheiten vor. Unter die Palette einer solchen „positiven Diskriminierung“ fallen auch die Förderung der Pflege der Kultur, Gestaltung von Schulunterricht und Behördenverkehr in der Minderheitensprache sowie die Errichtung mehrsprachiger Ortsschilder.

Da die deutsche Minderheit eine zahlenmäßige Unterlegenheit im Vergleich zur übrigen Bevölkerung aufweist, sprachlich verschieden ist und keine dominante Stellung im Staat bekleidet, fällt sie nach der „Studie für Capotorti“ völkerrechtlich unter den Minderheitenschutz. Berlin könnte diesbezüglich den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte konsultieren, sollte die deutsche Minderheit in Polen weiterhin in ihren Rechten beeinträchtigt werden.

Marcel Jacobs, Hamburg

ES IST NICHT MEHR IHRE STADT ZU: FREIFAHRTSCHEIN FÜR „KLIMAKLEBER“ (NR. 41)

Es bleibt dabei: „Klimakleber“ sind eine kriminelle Vereinigung, die in Berlin machen kann, was sie will. Sie nehmen in Kauf, dass dabei auch Menschenleben in Gefahr geraten. Es zeigt einmal mehr, was für eine Politik und Rechtsprechung in diesem wie auch in anderen Fällen in unserer ach so wundervollen Hauptstadt praktiziert wird. Ist der typisch linke Sprachgebrauch, zumindest was die „Klimakleber“ betrifft, so falsch? Warum verlassen immer mehr Berliner die Stadt und siedeln sich außerhalb an?

Hinzu kommt noch die gewaltige Massenzuwanderung, die man der Stadt, wie auch vielen anderen in Deutschland, zumutet. So werden Wohnungen gebaut, die ausschließlich für Migranten gedacht sind, während andere Berliner dringend einen bezahlbaren Wohnraum suchen. Was die Politik hier macht, ist gefährlich. All das kann nur erfolgen, weil diese Stadt an einem großen Geldhahn hängt (auch gefährlich).

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Optimieren Sie Ihr Gehirn mit diesem wissenschaftlich gesicherten Weg für mentale Gesundheit!

■ Möchten Sie sich wacher und leistungsfähiger fühlen? Würden Sie gern mit mehr Leichtigkeit durch den Tag gehen, mehr Freude am Leben haben, kreativer sein und die Welt farbiger und intensiver erleben? Wünschen Sie sich ein besseres Gedächtnis? Würden Sie Ihrem Leben gern mehr Dynamik verleihen, und zwar unabhängig davon, wie alt Sie sind?

Dieses Buch zeigt Ihnen das ganze Potenzial, das ein optimal funktionierendes Gehirn für Ihr Leben bietet. Der Schlüssel ist die Neurogenese: die Bildung und Neuvernetzung von Nervenzellen im Gehirn. Durch die Neurogenese erneuert sich unser Gehirn und steigert seine Leistung. Sie ist in jedem Alter möglich und ist das Geheimnis anhaltender Geisteskraft und Regeneration. Gleichzeitig ist sie die Grundlage eines erfüllten, positiven Lebens bis ins hohe Alter.

Die Neurogenese-Rate kann in allen Phasen des Lebens dramatisch verbessert werden.

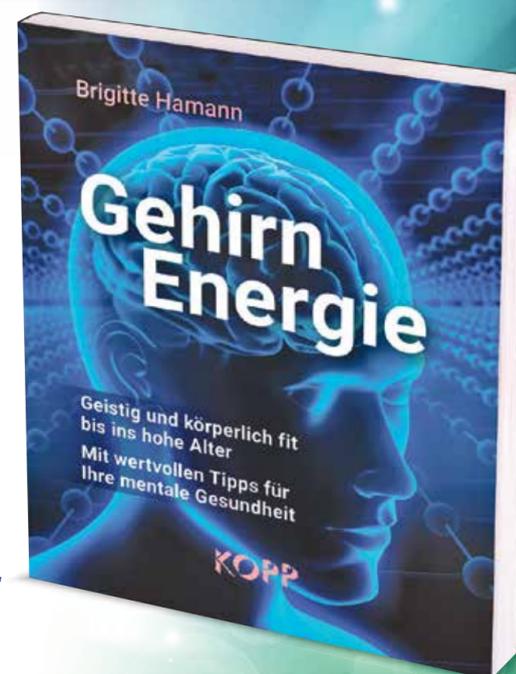
Beginnen Sie, gehirngerecht zu leben und sich gehirngerecht zu ernähren, und Sie werden eine unglaublich positive Veränderung auf allen Ebenen erfahren!

Mit diesem Buch können Sie ...

- verstehen, wie Ihr Gehirn funktioniert und wie es gesund und leistungsfähig bis ins hohe Alter bleibt
- Ihr Denk- und Erinnerungsvermögen verbessern
- die Neurogenese über körperliche Aktivitäten anregen

- verstehen, welche Ernährung die Bildung neuer Nervenzellen unterstützt und welche schadet
- durch wertvolle Nahrungsergänzungsmittel die beste Gehirnperformance erreichen
- die besten mentalen Übungen erlernen, die Ihr Gehirn zu Höchstleistungen bringen
- die seelische Belastbarkeit stärken und das Gehirn vor Stress und Depression schützen
- lernen, warum es so wichtig ist, einen Sinn im Leben zu finden
- verstehen, wie sich Stress und elektromagnetische Strahlen (EMF) auf Ihr Gehirn auswirken
- Demenz und Alzheimer verhindern oder verzögern
- ein Leben mit mehr Vitalität führen

Brigitte Hamanns Buch handelt von der größten Entdeckung, die die Neurowissenschaft im letzten Jahrhundert gemacht hat. Sie gibt wertvolle Tipps, wie wir unsere kognitiven Fähigkeiten und unsere Gehirnfunktion ausbauen können.



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Brigitte Hamann: Gehirnenergie • Paperback • 240 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 990 000 • 12,99 €

BLANKER HANS

Ein Volk vom Strom der Zeit

Friedhof für die namenlosen Opfer der Nordsee – Die „Heimatstätte für Heimatlose“ in Westerland auf Sylt

VON SILVIA FRIEDRICH

Als im Oktober dieses Jahres zwei Frachtschiffe in der Nordsee vor Helgoland kollidierten, begann sofort die fieberhafte Suche nach vermissten Seeleuten, die bei der Havarie mit ihrem Schiff untergegangen und dabei vielleicht in einer Hohlblase eingeschlossen oder über Bord gegangen waren. Schiffe, Hubschrauber, Taucher versuchten alles, um die Männer zu finden und zu retten. Doch leider war alles vergeblich. Die Suche der Einsatzkräfte musste eingestellt werden.

Selbst in unserer hoch technisierten Welt sind derartige Katastrophen nicht einfach zu verhindern. Solche dramatischen Ereignisse passieren, seit sich die Menschen mit ihren Booten aufs Meer begeben haben. Und nicht selten gingen bei Stürmen die Seeleute auch über Bord.

Inselbewohner der nordfriesischen Insel Sylt fanden seit Jahrhunderten immer wieder leblose Körper am Strand, die von der Flut angeschwemmt wurden und zumeist Opfer von Schiffsunglücken waren. Verschiedene Quellen besagen, dass zwischen 1600 und 1870 an Sylter Stränden 418 Leichen aufgefunden wurden.

In früheren Zeiten überließ man die Toten dann oft einfach ihrem Schicksal oder verdundelte sie in den Dünen, um Gäste bei ihren Spaziergängen nicht zu sehr zu erschrecken. Als am 3. Oktober 1855 in Westerland ein toter Seemann angespült wurde, erfolgte erstmals am nächsten Tag die Bestattung auf einer neu errichteten Ruhestätte. Das erste namenlose Kreuz trägt das Datum des 4. Oktobers 1855. Die „Heimatstätte der Heimatlosen“, ein Stück Land, das sich südlich von Westerland einsam in der Heidelandschaft befand, wurde zum Ort der gestrandeten Leichen.

Strandinspektor Wulf Hansen Decker hatte ein Jahr zuvor den Entschluss gefasst und diesen Gottesacker 1854 in weiser Voraussicht anlegen lassen. Dereinst weit außerhalb der Stadt, befindet sich der Friedhof nun direkt im Wohngebiet gegenüber der katholischen Kirche Sankt Christophorus. Eine weit außerhalb liegende Grabstätte wählte man damals,



Bestattungen hatten „beinahe Volksfestcharakter“: Der Westerländer Friedhof für anonyme Seeleute

Foto: Friedrich

weil die Identität der Toten, die an den Stränden aufgefunden wurden, fast immer unklar blieb. So wusste niemand, ob sie überhaupt getauft waren oder es sich sogar um Selbstmörder handelte. Somit begrub man sie in ungeweihter Erde.

Ein einziger identifizierter Matrose

In den folgenden Jahrzehnten beerdigte man an diesem Ort 55 unbekannte Seeleute, die an den Stränden von Westerland, Rantum und Hörnum zwischen 1855 und 1905 aufgefunden wurden. Namenlose waren sie alle, bis auf eine Ausnahme. Der Tote, der 1890 in Westerland angespült wurde, konnte später als Harm Müsker identifiziert werden.

So ist es zu erklären, dass genau dieser eine Gedenktafel bekam. Die Inschrift ist verwittert, lässt aber noch wissen, dass

hier ein Matrose von gerade einmal 18 Jahren bei der Strandung des Schiffes „Gerhardine“ im Oktober 1890 den frühen Tod fand.

Ansonsten erinnern schlichte Kreuze, auf denen nur der Fundort vermerkt ist, an die Menschen, die durch den „Blanken Hans“ ihr Leben verloren. Doch waren die tragischen Ereignisse oft auch von unerwarteter Heiterkeit begleitet. Dass es manchmal beinahe Volksfestcharakter hatte, berichten Sylter Stadtführer noch heute bei ihren Rundgängen.

Makaber erscheint einem der Tagebucheinträge eines Gastes aus dem Jahre 1900, der Zeuge eines solchen Begräbnisses wurde. So schrieb er: „Heute Nachmittag wurde eine Leiche auf einem raselnden Bauernwagen an den Friedhof geschafft, wo sich ein paar Hundert neu-

gierige Menschen versammelt hatten. Herren in Strandschuhen, weißen Anzügen und bunten Mützen. Damen in Tenniskostümen, hellen Hüten und roten Sonnenschirmen. Darüber ein jubelnder Sommertag mit strahlendem Himmel. Wer es aus der Ferne sah, hätte meinen können, dass es sich um irgendein Fest im Freien handle.“

Rumäniens Königin als Stifterin

Auch Angehörige des Adels verbrachten zunehmend gerne die Sommermonate auf der schönen Insel. So auch Elisabeth zu Wied, Königin von Rumänien (1843–1916), die auch unter dem Pseudonym Carmen Sylva als Schriftstellerin bekannt war. Sie weilte im Sommer 1888 inkognito in Westerland. Von ihrer Unterkunft, dem Gartenhaus der Villa Roth, dem heutigen Ho-

tel Roth, war es nicht weit zum damaligen Damenstrand, den so ein Erholungsort natürlich aufzuweisen und man als Dame aufzusuchen hatte.

Sie kam mehrfach an dem Friedhof der Heimatlosen vorbei und wurde vom Schicksal der dort Begrabenen so gerührt, dass sie Geld stiftete und damit einen Gedenkstein aufstellen ließ mit folgender Inschrift: „Wir sind ein Volk vom Strom der Zeit. Gespült zum Erdeneiland, voll Unfall und voll Herzeleid bis heim umholt der Heiland. Das Vaterhaus ist immer nah, wie wechselnd auch die Lose. Es ist das Kreuz von Golgatha, Heimat für Heimatlose.“ Es handelt sich dabei um die letzte Strophe des Liedes „Heimat für Heimatlose“ von Oberhofprediger Dr. Rudolf Kögel aus Berlin, der sie hier im Seebad besuchte.

Die letzte Bestattung erfolgte am 2. November 1905, bevor die Stadt die endgültige Schließung 1907 anordnete. Streitigkeiten über den Unterhalt der Stätte sollen dafür der Grund gewesen sein. Später aufgefundene Tote wurden auf dem Neuen Friedhof in Westerland und den Friedhöfen von List oder Keitum bestattet. Die Straße, an der sich die Gedenkstätte befindet und die von hier aus quer durch das Zentrum der Stadt führt, bekam zu Ehren der rumänischen Königin den Namen Elisabethstraße. Es ist der Weg, den die Königin täglich beschritt, um dabei immer wieder am Totenacker anzuhalten und Gebete zu sprechen.

Wer nicht von dieser Ruhestätte durch seinen Reiseführer erfahren hat oder aus anderen Gründen um sie weiß, wird den Ort sehr leicht übersehen. Wenn man in dieser Jahreszeit vom Strand kommt, noch ganz durchgepustet von den Herbststürmen, soeben die Düne des Weststrandes passiert hat und sich an der Schönheit der Natur erfreut, dann denkt man nicht an Tod oder traurige Schicksale. Die linker Hand unvermittelt auftauchende weiße Holzpforte wirkt auch zu freundlich, als dass sie ahnen lässt, was sich hinter ihr verbirgt. Doch wenn man sie passiert, lässt einen der Besuch auf diesem Fleckchen Erde sehr schnell nachdenklich werden und in besonderer Weise zur Ruhe kommen.

PORZELLAN

Ungarns starke Luxusmarke

Zwei Hersteller edler Tafelgeschirre feiern runde Jubiläen – Herend verfolgt die Tradition, KPM befördert den Zeitgeist

Esterházy, Gögöllő, Miramare, Victoria, Wales, Rothschild, Liechtenstein, Waldenstein, Humboldt – so heißen die bekanntesten Dekore des legendären Porzellans aus Herend, der Einfachheit halber nach ihren Käufern oder Bestimmungsorten benannt. Bis heute hält die Aristokratie der ungarischen Porzellanmanufaktur die Treue.

Zu ihren prominenten Kunden zählt auch das britische Königshaus. Schon Königin Victoria besaß ein 260-teiliges Service aus Herend, das Prinzenpaar William und Kate erhielten zur Hochzeit ein Service aus der Manufaktur, und Charles bekam rechtzeitig zur Krönung 2023 ein neues Teeservice, die Tasse für 426 Euro.

16.000 Formen, 4000 Muster, 822 Farben, die nach einem geheimen Rezept hergestellt werden, kann sich Herend auf die Fahnen schreiben. Dass hier ausschließlich von Hand gearbeitet und gemalt wird, sei, so Geschäftsführer Attila Simon, weltweit einzigartig. 2011 wurde

Herend zum alleinigen Vertreter Ungarns ins Comité Colbert, eine französische Vereinigung von Luxusmarken, gewählt. Einer der wichtigsten Kunden ist der Sultan von Oman. Der lässt sich ein Tablett

aus der Serie „Arabisches Vollblut“ dann auch schon einmal 30.000 Euro kosten.

In Herend, deutsch Herrendorf, arbeitet der ganze Ort am Porzellan. „Manchmal bereits in der fünften oder sechsten

Generation“, so Simon, „damit wird das Wissen von Generation zu Generation weitergegeben. Wir haben aber auch eine eigene Berufsschule, in der wir unseren Nachwuchs ausbilden.“

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde die Manufaktur in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. 75 Prozent der Anteile befinden sich im Besitz der rund 700 Mitarbeiter.

„Herend arbeitet als weltweit einziges Unternehmen seiner Art rentabel“, sagt Simon. Sogar im Corona-Jahr 2021 konnte die Manufaktur ihren Umsatz um 52 Prozent steigern. Ihre Produkte werden in etwa 60 Länder exportiert. Die gute Geschäftsfrage spiegelt sich vor Ort wider. Das ansprechende Besucherzentrum präsentiert in einem Museum Herends größte Schätze, lässt in der Minimanufaktur die Produktion hautnah Schritt für Schritt verfolgen und im stilvollen Café-Restaurant „Appicius“ von original Herender Porzellan speisen.

Während Herend schon jetzt den 200. Jahrestag seiner Gründung im Jahr 1826 in den Fokus stellt, feiert die Königliche Porzellan Manufaktur Berlin 2023 termingerecht ihr 260-jähriges Bestehen. Gegründet von Friedrich dem Großen und 2006 von dem Berliner Bankier Jörg Woltmann als Alleingesellschafter übernommen, hat sich das Unternehmen dem Zeitgeist folgend neu ausgerichtet.

Dabei entstand der sogenannte KPM To-go-Becher. Er sei das kommerziell erfolgreichste Produkt seit Gründung der Manufaktur, heißt es im Firmenmagazin. Als Reminiszenz an den Gründer wurde die Shadow-Büste Friedrichs des Großen von 1822 als Edition Nouvelle Rouge 2023 neu aufgelegt. Die auf 26 Stück limitierte Büste in einem „geradezu radikal modernen Ornat“ in Signalrot und die farblich passende Friedrichkartoffel als Handschmeichler sind laut Firmenangaben inzwischen allerdings bereits ausverkauft.

Helga Schnehagen



Noch echte Handarbeit: Porzellanmalerin bei Herend

Foto: Schnehagen

● FÜR SIE GELESEN

Wem gehört Reineke Fuchs?

Nein, es geht nicht um Eigentum an einer Gestalt, die schon durch den alten Orient und die Antike geisterte, und auch nicht um Goethes „Reineke Fuchs“ von 1793/94. Es geht um das Versepos Van den vos Reynaerdes, das um 1375 wohl nahe Utrecht entstand und in der „Dyckschen Handschrift“ in Münster sowie der etwas später angefertigten „Comburgischen Handschrift“ in Stuttgart überliefert ist.

Dieses Werk, das von Holländern und Flamen zu Recht als eines der wichtigsten Werke ihrer Literatur betrachtet wird, ist Teil ihres nationalen Erbes. Aber zugleich und mehr noch gehört es zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, denn es ist in einer frühen Form des Deutschen, dem Dietschen, verfasst.

So wurde von ihren Sprechern die um 1500 ausgestorbene mittelniederländische Sprache genannt, welche vom heute französischen Südflandern (zwischen Dünkirchen und Kamerich) bis zum Niederrhein gesprochen wurde. Leider unterlässt das Buch von Rita Schlusemann „Van den vos Reynaerde“ aus Angst vor nationalistischen Empfindlichkeiten jeden Hinweis, dass das dietsche Versepos aus diesem gemeinsamen deutsch geprägten Kulturraum stammt. Noch dazu entspricht ihre Selbstanpreisung, „erstmalig eine Le-seausgabe und parallele moderne deutsche Übersetzung“ zu veröffentlichen, nicht der Wahrheit. Diese wurde bereits 2011 in einer gekürzten Fassung und 2014 vollständig von Richard Pooth vorgelegt.

Sprachlich hatte das Dietsche viele Entsprechungen mit dem Mittelniederdeutschen, wie es damals in den norddeutschen Hansestädten vorherrschte. Da lag es nahe, 1498 in Lübeck eine niederdeutsche Übertragung „Reynke de vos“ als gereimtes Volksbuch zu drucken. Als gute Europäer sollten wir anknüpfen an solche vielfältigen kulturellen Verknüpfungen unseres Kontinents. Reineke gehört uns allen, und der scharfe Spott, den jener Willam, der sich im ersten Vers als Verfasser des Reynaerde vorstellt, über die Herrschenden und ihren Hofstaat ergießt, hat nichts von seiner Aktualität verloren. Gauner und Mörder in offizieller Mission sind weiterhin unterwegs.

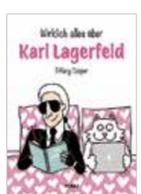
Rolf Stolz



Rita Schlusemann (Hg.): „Van den vos Reynaerde“, Hirzel Verlag, Stuttgart 2022, broschiert, 200 Seiten, 32 Euro

Karl Lagerfeld in Comics

Eine außergewöhnliche Biographie hat Tiffany Cooper mit ihrem Buch „Wirklich alles über Karl Lagerfeld“ vorgelegt. Die Bloggerin und Illustratorin bat, nachdem sie aus der Arbeitslosigkeit heraus als Selbstständige erfolgreich wurde, um eine Zusammenarbeit mit Karl Lagerfeld. Der sagte zu, und so entstand dieses amüsante Buch. MRK



Tiffany Cooper: „Wirklich alles über Karl Lagerfeld“, Midas Verlag, Zürich 2023, gebunden, 144 Seiten, 20 Euro

BASTELN



Abenteuer Herbst

Wie man die Schätze der Natur sammelt, konserviert und in fantasievolle Dekoration oder Spielzeug verwandelt

FOTO: SHUTTERSTOCK

Naturbasteln aus den Früchten des Herbstes mit vielen Anregungen und illustrierten Vorlagen verspricht die Modedesignerin Karoline Lawson in ihrem großformatigen Bastelbuch „Beere, Blatt, Schere“.

Zu den Informationen rund um das Thema Natur, zum Beispiel was ein Eichelbohrer ist oder wie aus einem Buchensamen ein Baum wächst. Fotos zeigen die fertigen Werke, Illustrationen die Arbeitsanleitung. CRS



Karoline Lawson: „Beere, Blatt, Schere. Basteln im Herbstwald“, AT Verlag, Aarau/München 2023, gebunden, 161 Seiten, 29 Euro

MENSCHHEITSKATASTROPHEN

Eine aufrüttelnde Lektüre

Niall Ferguson beschäftigt sich in „Doom“ mit todbringenden Katastrophen in der Geschichte der Menschheit

VON DIRK KLOSE

Doom ist ein Insektenspray in Ostafrika, das Stechmücken den Tod bringen soll. Es bedeutet so viel wie Tod und Verdammnis. Für den britisch-amerikanischen Historiker Niall Ferguson steht es als Synonym für Menschheitskatastrophen, zuletzt Corona: „Pandemien sind die großen Unterbrecher der Weltgeschichte, genau wie Weltkriege oder globale Finanzkrisen.“ Er unterbrach eine Kissinger-Biographie und nahm Katastrophen aller Art unter die Lupe. Auch wenn dem Buch „Doom“ eine gewisse Eile anzumerken ist, bleibt es ein beeindruckendes Beispiel, wie Katastrophen die Geschichte beeinflussen und durch menschliches Unvermögen oft noch Schlimmeres verursacht haben.

Ferguson unterscheidet Naturkatastrophen, Katastrophen durch Krankheiten und solche durch Kriege. Letztere ließen sich verhindern, die ersten zwei nicht. Es sind die stärksten Parteien im Buch, wenn der Autor an Naturkatastrophen in sprichwörtlich biblischem Ausmaß erinnert, bei denen fast immer zigtausende Menschen ums Leben kamen, von frühen Flutkatastrophen in China über das Europa seinerzeit verstörende Erdbeben von Lissabon 1755 bis zum Tsunami in unseren Tagen.

Noch drastischer sind die Kapitel zu Krankheiten, die als „Geißeln der Menschheit“ in die Geschichte eingegangen sind: die Pest im Mittelalter, die Pocken, die Cholera, die Spanische und Asiatische Grippe im 20. Jahrhundert, in unseren Ta-

gen die Ebola- oder die Corona-Pandemie mit Millionen Opfern. Spannend wird es, wenn Ferguson zeigt, dass „General Typhus“ mitunter kriegsentscheidend war als mancher noch so geniale Feldherr.

Die Unberechenbarkeit dieser Ereignisse öffnet der Irrationalität schon immer Tor und Tür. Wunderheiler, Ketzler oder Heuchler finden bei verängstigten Menschen offene Ohren. Mit milder Ironie zitiert der Autor namhafte Geschichtsdenkler wie Giambattista Vico, Thomas Malthus oder Arnold Toynbee mit ihren auf vermeintlichen Gesetzmäßigkeiten fußenden Geschichtstheorien.

In einem Extra-Nachwort zur deutschen Ausgabe hebt der Autor mehr auf die aktuelle Politik ab, zeichnet ein düsteres Bild zur Ukraine und ein fast alarmierendes zum „Zweiten Kalten Krieg“, die wachsende Konfrontation zwischen den USA und China. Umso überraschender sein optimistischer Ausblick, dass die Menschheit durchaus über Fähigkeiten verfüge, ihren Untergang „noch ein paar Jahrhunderte oder vielleicht sogar Jahrtausende hinauszuschieben“. Ein vager Trost nach einer aufrüttelnden Lektüre.



Niall Ferguson: „Doom. Die großen Katastrophen der Vergangenheit und einige Lehren für die Zukunft“, Pantheon Verlag, München 2022, gebunden, 607 Seiten, 18 Euro

INDIEN

An der Schwelle zur Supermacht

Der Indologe Oliver Schulz beschreibt das aufstrebende südasiatische Land mit seinen kulturellen und gesellschaftlichen Besonderheiten

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der Indologe Oliver Schulz beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der aufstrebenden Wirtschaftsmacht Indien. Auf zahlreichen Reisen lernte er das Land und seine aus vielen Ethnien bestehende Bevölkerung kennen. In seinem Buch „Neue Weltmacht Indien“ schildert Schulz die unterschiedlichsten Facetten der indischen Gesellschaft und Kultur. Dabei hält er nicht zurück mit Kritik am „verklärenden“ Umgang des Westens und insbesondere Deutschlands mit einem Staat, der sich zwar als größte Demokratie der Welt versteht, sich aber unter den regierenden Hindunationalisten hin zu einem diktatorischen Regime entwickelt – wenn etwa Moslems unterdrückt, Heiraten von Menschen aus verschiedenen Religionen oder Kasten unterbunden werden und es zu Pogromen gegen Teile der Bevölkerung kommt. Der Autor hält westlichen Akteuren Unwissenheit über das Land und interessengeleitetes Handeln vor.

Erstmals kam Schulz Ende der 80er Jahre nach Indien. Damals habe man sich völlig furchtlos im Land bewegen können. Es herrschte eine liberale Stimmung. Inzwischen habe sich das sehr verändert. Die religiösen Konflikte nehmen zu, das politische Klima hat sich verschärft. Ein Kapitel widmet der Autor den Dalits, der Kaste der „Unberühmbaren“ und deren Vertreter Bhimtao Ramji Ambedkar, der als Rechtsanwalt gegen die Diskriminierung und das Kastenwesen kämpfte. Obwohl Indiens

Wirtschaft ein bedeutsames Wachstum vorweisen kann, beträgt der Anteil der Armen auch heute noch 44 Prozent. Um eine Änderung der sozialen Lage dieser Bevölkerungsgruppe kümmere die Regierung sich jedoch nicht.

Um die Entwicklung Indiens aufzuzeigen, greift der Autor im ersten Teil zurück in die Geschichte des südasiatischen Landes. Beginnend mit Mahatma Gandhi und dessen Rolle als Anführer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, dem Zugunglück in Gujarat 2002, bei dem 59 Hindu-Aktivistinnen durch einen aufgebrachten muslimischen Mob verbrannt wurden, beschreibt er den Aufstieg des heutigen Premierministers Narendra Modi von der hindunationalistischen Partei Bharatiya Janata Party.

Im zweiten Teil geht es um die internationalen Beziehungen Indiens. Hier insbesondere um diejenigen zum Erzfeind Pakistan und dem größten Konkurrenten China sowie Indiens Ambitionen als globale Wirtschaftsmacht und potentieller Partner des Westens. Schulz gelingt ein informatives und unterhaltsames Portrait einer „unbekannten Supermacht“.



Oliver Schulz: „Neue Weltmacht Indien. Geostrategie, Wirtschaftsriege, Wissenslabor“, Westend Verlag, Frankfurt 2023, broschiert, 224 Seiten, 22 Euro

NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Reise in die Heimat nach langer Zeit

Für deutsche Touristen ist es wieder möglich, ins Königsberger Gebiet zu fahren – Vieles hat sich verändert, anderes ist geblieben

VON BÄRBEL BEUTNER

Was ist Zeit? Diese Frage stellt unser Königsberger Philosoph Immanuel Kant (1724–1804). In seiner Schrift „Kritik der reinen Vernunft“ erklärt uns Kant, dass Raum und Zeit „Verstandeskategorien“ sind, mit denen der Mensch die Welt um sich herum ordnet. Diese Kategorien, also Ideen, sind ihm „a priori“, also von vornherein, gegeben, sie sind angeboren. „Was sind nun Raum und Zeit?“, fragt Kant, und seine Antwort über die Verstandesidee „Zeit“ lautet: „Die Zeit ist nichts anderes als die Form des inneren Sinnes, das ist des Anschauens unserer selbst und unseres inneren Zustandes.“

Ja, unser „innerer Zustand“ ist maßgebend für unser Zeitempfinden. Mal kommt uns ein ganzer Tag sehr kurz vor, dann wieder ziehen sich 20 Minuten, die man auf einen Bus warten muss, quälend in die Länge. Eine Reise in die Heimat nach dreieinhalb Jahren bescherte mir die neue Erfahrung, dass sich die „Länge der Zeit“ ständig ändert.

Am 8. März 2020 hatte meine letzte Ankunft in der Heimat stattgefunden. Es war der „Internationale Weltfrauentag“. Mit Blumen wurde ich in Königsberg am Bus abgeholt, und bei allen Besorgungen und Überlegungen vor Ort hieß es: „Das brauchen wir heute nicht zu erledigen. Im Mai sehen wir uns ja wieder!“

Dieses Wiedersehen im Mai aber gab es nicht mehr. Die Pandemie verschloss alle Grenzen, alle Kontakte zwischen den deutschen und russischen Freunden reduzierten sich auf Telefonate, E-Mails und auf Videokonferenzen. Man hoffte auf das Ende dieser zermürbenden Zeit – da brach der 24. Februar 2022 über uns herein.

Gemeinschaft von Russen und Deutschen

„Wir“ – das ist eine Gemeinschaft von Russen und Deutschen im Königsberger Gebiet, die seit nunmehr über 30 Jahren erfolgreich zusammengearbeitet. Die Früchte dieser Arbeit können sich sehen lassen: Restaurierungen, Kulturaustausch, Publikationen, große Veranstaltungen – und das Wichtigste: enge menschliche Verbindungen, Freundschaften mit familiären Strukturen, Anteilnahme, gegenseitige Hilfe und für die besonders Glücklichen ein Zuhause in der Heimat.

Die prekäre politische Lage konnte aber doch nicht verhindern, dass 2023 wieder Reisen in die Kaliningrader Oblast möglich wurden. Die Busunternehmen machten es möglich, auch einzelne private Fahrten gab es, Visa wurden wieder ausgestellt, alles im bescheidenen Rahmen, aber es ging.

Ich bekam ein Touristenvisum vom 1. August 2023 bis 31. Januar 2024. Die Nachrichten hier im Westen sorgten allerdings für Angst. An den Grenzen gab es große Schwierigkeiten, deutsche Besucher liefen Gefahr, als Spione und Agenten verhaftet zu werden, die russischen Freunde dieser Besucher könnten auch in Schwierigkeiten kommen. Es war ein düsteres Bild. Die Mitarbeiter im Tourismus aber beruhigten mich. Es wären bei ihren Kunden bisher keine Probleme aufgetreten, auch an den Grenzen nicht. Meine russische Freundin/Schwester erklärte am Telefon dasselbe. Die politische Lage wirke sich finanziell als erhebliche Teuerung aus. Sorgen um Angehörige hätten alle. Aber im Alltag merke man wenig von den Gefahren. Trotzdem – ich hatte Angst und traf einige Vorkehrungen, falls ...

Am Freitag, dem 13. Oktober startete ich mit „meinem Bus“ von Hannover nach Königsberg. Die Anmeldung hatte sich so-



Als wäre die Zeit stehen geblieben: Die Kirche von Heiligenwalde

Foto: Shuttertsock

gar vereinfacht. Man brauchte nur Pass und Visum, eine Versicherung natürlich auch, aber die war schon für das Visum vorgelegt worden. Die Fahrt wurde zur ersten Überraschung. Der Bus fuhr am Nachmittag ab und dann die Nacht durch. Man sah also nicht viel, aber früher ging die Reise nach dem Grenzübergang bei Frankfurt/Oder über Landstraßen und durch Städte in Pommern und Westpreußen. Auch in der Dunkelheit erkannte man die Weichsel und die Nogat und konnte die Marienburg erahnen. Die Lichtreklame in den Städten beleuchtete von einer Fahrt zur nächsten die Veränderungen, die es gegeben hatte.

Und jetzt, im Oktober 2023, nur Autobahn, Autobahn. Das Autobahnnetz im polnischen Bereich ist in den letzten drei Jahren perfektioniert worden. Lediglich Zahlstationen für die Maut tauchen von Zeit zu Zeit auf, aber in der Dunkelheit und bei dem schnellen Fahrtempo konnte man auch nichts Genaues auf den Schildern lesen. Denn schnell ging alles, die Fahrtzeit hat sich um zwei bis drei Stunden verkürzt.

Den Grenzübergang bei Heiligenbeil habe ich gar nicht wiedererkannt. Alles umgebaut und modernisiert. Auf der polnischen Seite wurde der Gepäckraum kurz geöffnet, dann stiegen eine Grenzbeamtin und ein junger Mann ein und sammelten die Pässe ein. Die beiden Grenzer setzten sich vorne in den Bus, holten ein iPad vor und nahmen elektronisch die Passkontrolle vor. Einige Gäste wurden nach vorne gerufen und fotografiert, wozu, ließ sich nicht ausmachen. Dann wurden die Pässe wieder zurückgegeben, eine weitere Beamtin stieg ein mit einer Kamera, die an eine Pistole erinnerte, ging durch den Bus und fotografierte die Leute in Sekundenschnelle. Das war es dann. Keine Nachfrage, auch nicht bezüglich des mitgeführten Geldes, keine Kontrolle, nichts.

Auf der russischen Seite mussten die Koffer und alle Gepäckstücke aus dem Bus genommen werden. Die Koffer wurden aber durch keine Kontrolle geschickt. Die Leute traten nur persönlich zur Passkontrolle an und bekamen dieses Migrationspapier, das unterschrieben werden und bei der Rückfahrt vorgezeigt werden musste. Sonst nichts, keine Nachfrage, keine Angabe von Geld, keine Deklaration, nichts. Wie war das doch früher aufregend, als man die zahllosen Fragen auf dem Deklarationspapier beantworten musste! Ob man Narkotika oder Waffen bei sich habe. Welche

Kamera man mit sich führe. Ob man Wertgegenstände bei sich habe. Und welche Währung man habe, Dollar oder Euro oder ganz früher eben Mark. Jetzt nichts! Aber mein Herz war nicht leicht.

Moderne Neubauten statt der früheren Räume mit Ölstrich an den Wänden, und alles elektronisch. Ich habe die vertraute Grenzanlage nicht wiedererkannt. Aber es war Mamonowo, Heiligenbeil – drei Jahre und sechs Monate sind eben doch eine lange Zeit ...

Nach Königsberg dauert die Fahrt eine Stunde. Als ich von der Grenze aus in meinem Heimatdorf Heiligenwalde anrief, saß meine Freundin schon im Auto. Sie hatte in der Nacht wenig geschlafen. Der Bus kam um 7 Uhr am Busbahnhof in Königsberg an. Es wurde bereits hell. Die Autofahrt in unser Heiligenwalde [Uschakowo], zirka 20 Kilometer östlich von Königsberg entfernt, hielt neue Überraschungen bereit.

Auf der linken Seite bei Arnau war eine neue Siedlung entstanden, Einfamilienhäuser, teilweise schon fertig oder noch im Bau. „Wie Pilze!“, kommentierte meine Freundin. Und auf der rechten Seite stand neben dem berühmten Cardio-Center, in dem seit Jahren Herzoperationen durchgeführt werden, ein neues Onkologie-Zentrum. Bei meinem letzten Besuch fing gerade der Bau an. Es war eben doch eine lange Zeit.

Zuhause war alles wie immer

Aber nicht zuhause im Dorf. Da war es so, als wäre ich vor einem Monat zum letzten Mal dagewesen. Alles war wie immer, mein Schlafplatz, meine Sachen im Schrank, unser Kater legte sich sofort auf meinen Koffer, das war immer sein Lieblingsplatz, und ein dichtes Programm für meinen Besuch stand bereits fest. Alle mussten begrüßt und besucht werden, die Wiedersehensfreude war natürlich groß, es gab auch Veränderungen, aber es war alles vertraut. Drei Jahre und sechs Monate sind wohl doch keine lange Zeit ... Kant verweist zu Recht auf unseren „inneren Zustand“.

Heiligenwalde ist durch seine Ordenskirche aus dem 14. Jahrhundert berühmt geworden. 2010 wurde die renovierte Kirche von der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) übernommen, die in der Schule nebenan ein soziales Zentrum einrichtete. Die Kirche ist dem Heiligen Nikolaus geweiht, das Zentrum dem Admiral Uschakow unter Katharina der Großen, der auch

zum Heiligen erklärt worden ist. Nun gehört die Kirche seit Langem zu den Sehenswürdigkeiten im „Goldenen Ring“ um Königsberg herum. Am Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend und Sonntag kommen „die Busse“. Man kann Tagestouren buchen, die die Kirchen von Heiligenwalde, Arnau und Tapiaw anfahren.

Natürlich steht bei meinen Besuchen die Kirche auch im Mittelpunkt. Und gleich nach meiner Ankunft am Sonnabend, dem 14. Oktober, ging die Arbeit weiter, die 2020 aufgehört hatte: Abrechnung, Aufistung der geleisteten Arbeit, Materialkäufe, Planung der anstehenden Arbeiten.

Wir saßen in der Schule wie immer und diskutierten. Die Zeit war aufgehoben, als hätte es keine Pandemie und keine Grenzschließungen gegeben. Alle Nöte der letzten Jahre schienen gelöst. Doch dann zeigte unser Baumeister Fotos von seinem Enkel. Der kleine Artur, der im März 2020 stolz mit seinem Dreirad herumfuhr, war ein Schulkind geworden. Und nicht nur das. Er hatte ein Schwesterchen bekommen. Ich schluckte und stellte graue Haare bei uns fest. Es war doch eine lange Zeit gewesen ... Aber die Gedanken gingen in die Zukunft. Am 22. Mai 2024 wird das 680. Jubiläum der Kirche begangen. Da müssen jetzt schon die Vorbereitungen besprochen werden.

In der Kirche in Arnau, so erfuhr ich, wird jeden Tag morgens um sieben Uhr Gottesdienst gehalten. Damals, also bei meinem Besuch 2020, gab es nur den Gottesdienst am Sonnabend. Im Kloster wachsen weiterhin Waisenkinder auf, weitere Neuigkeiten stehen noch aus bei dem hoffentlich baldigen nächsten Besuch.

Alle Probleme und alle politischen Wirren können es nicht ändern, dass Gäste von den russischen Gastgebern fürstlich bewirtet werden. Das Koch- und Backprogramm wird nicht reduziert. Auch dabei ist die Zeit aufgehoben. Besonders auf dem Dorf wird aufgetischt. Da wird auch noch die ostpreußische Tradition weitergeführt. „Für die Gäste das Beste!“ Diesen Grundsatz vertrat meine Großmutter, auch noch im Westen nach 1945.

Dafür hatte sich in Königsberg einiges verändert. Auf der Altstädtischen Langgasse wusste ich manchmal nicht, wo ich war, neue Glaspaläste und Hochhäuser boten ein ungewohntes Bild. Die Dominsel, das Fischdorf und die Synagoge, die Interhotels und die Kaufhäuser – das glanzvolle

Königsberg hat in den letzten Krisenjahren noch weiter Pracht entfaltet. Wir Alten denken manchmal an die sowjetische Stadt, die wir vor über 30 Jahren vorfanden. Eine ganze Generation ist inzwischen herangewachsen. Es ist eine sehr lange Zeit, und doch war es eigentlich erst gestern ...

Im Alltag und in der Stadt ist die schwierige politische Lage wenig sichtbar. Mitunter taucht Militär auf, aber eine bedrohliche Atmosphäre ist nicht zu spüren. Vor allem merkt man keine antideutschen Reaktionen. Mir wurde berichtet, dass in dem deutschen Lokal „Zötler“ nahe am Siegesplatz unverändert der deutsche Stammtisch am Mittwochabend stattfindet. Im Sommer habe es eine große Zahl an deutschen Autos gegeben, und von Anfeindungen oder Übergriffen war nie etwas zu merken.

Die Probleme liegen mehr im persönlichen Bereich. Jeder hat Verwandte oder Freunde in der Ukraine oder in der Nähe der Grenzen und daher natürlich Sorgen und Ängste. Der Konflikt im Gazastreifen und in Israel dringt auch ins Königsberger Gebiet. Meine Freundin hat bis zur Perestrojka in Taschkent in Usbekistan gelebt. Einen großen jüdischen Bekanntenkreis gab es dort, die Menschen sind nun von Sorgen um ihre Verwandten in Tel Aviv oder Haifa betroffen. Es wird viel gekippt und telefoniert. Die Elektronik ist ein Segen. Wie schwer war das lange Warten auf einen Brief oder eine Karte damals für uns im Krieg und in der Nachkriegszeit.

In den Kaufhäusern und Cafés ist alles zu bekommen, fast alles. Die Einwohner können vergleichen und erklären, was sich an dem Warenangebot in den letzten Jahren geändert hat. Als Besucher merkt man das natürlich nicht. Doch das Geld ist ein Problem. Nach wie vor sind die Rentner am stärksten betroffen. Jeder arbeitet, solange er kann. In unserem Freundeskreis sind viele „Pensionäre“, aber die Arbeitsstelle bleibt.

Zuversicht trotz großer Sorgen

Zuversicht konnte ich bei den Begegnungen mit Dolmetschern und mit Freunden von der Universität gewinnen. Das gespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Russland macht die wissenschaftliche Arbeit in der Stadt Kants keineswegs unmöglich. Endlich konnte ich wieder Bücher für die Universität mitnehmen, in diesem Fall eine Gesamtausgabe der Dramen Sudermanns von 1923, die gewünscht wurde. Zwei russische Doktoranden haben ihre Arbeit über das Theater in Königsberg vor 1945 erfolgreich beendet. Während der Pandemie war für die elektronische Sendung der Texte jeweils ein großer technischer Aufwand nötig. Weitere Pläne wurden besprochen, alle sind entschlossen, die fruchtbare Zusammenarbeit nicht aufzugeben.

Natürlich gingen die Tage des Besuches viel zu schnell vorbei. Aber der Frühling und der Sommer ermöglichen hoffentlich weitere Fahrten. Die Rückfahrt verlief ebenso problemlos wie die Hinfahrt – nur dass es wie aus Eimern regnete. Aber keine Probleme an den Grenzen. Für uns ist immer der Heilige Nikolaus zuständig.

Die Trennung von der Heimat aber war doch eine lange Zeit. Die Gesundheit der russischen Freunde ist in diesen mehr als drei Jahren schwächer geworden; da kommen neue Sorgen. Es wurde mir so nachhaltig wie nie bewusst, dass ich eigentlich alles meiner Freundin/Schwester Galina verdanke, bei der ich in Heiligenwalde wohne. Wenn ich komme, tut sie alles. Sie organisiert und besorgt und schafft alle Verbindungen und fährt und macht alles möglich.

● AUFGESCHNAPPT

Wie die „Bild“-Zeitung aus einer internen E-Mail erfahren hat, will das Verpflegungsamt der Bundeswehr das Kantinensortiment unserer Soldaten massiv ausdünnen. Rinderrouladen, Rinderfrikadellen, Zander-, Lachs- und Kabeljaufilet sowie Kiwis, Pfirsiche, Erdbeeren, Orangen und Wassermelonen soll es ab 2024 nicht mehr geben. Dafür mehr „Fleischalternativprodukte“. Erstens, weil es billiger ist, und zweitens, weil es „nachhaltiger“ sein soll. Eben noch hatte Verteidigungsminister Pistorius eine gesteigerte „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands angemahnt, wie wir an dieser Stelle vergangene Woche berichteten, nun das: Hier zeigt sich nicht nur eine schräge Mischung aus bürokratischer Erbsenzählerei und politischer Oberlehrer-Attitüde („nachhaltig“). Vor allem spiegelt sich in der Verordnung ein abstoßendes Maß an mangelndem Respekt für unsere Soldaten. Dem Verteidigungsministerium wurde dann doch noch unwohl: Es hat das Streichen der Rouladen zumindest teilweise rückgängig gemacht. Ob das den Schaden begrenzt? **H.H.**



Stürmische Zeiten

● STIMMEN ZUR ZEIT

Eran Lahav, Islamismus-Experte bei der Denkfabrik „Israel Defense and Security Forum“, warnt gegenüber der „Bild“-Zeitung (5. November), dass die islamischen Extremisten weit mehr wollten als „Palästina“:

„Hören Sie zu, was auf den Demonstrationen in Deutschland gerufen wird. Ja, man hört ‚Free Palestine‘. Aber es ist mehr. Sie rufen ‚Takbir‘ und ‚Allahu Akbar‘. Damit machen sie klar, dass es für sie kein palästinensischer, sondern ein islamischer Krieg ist. Israel ist für sie nur der erste Schritt in diesem Krieg. Israel ist die Front dieses Krieges, danach soll der Rest folgen.“

Der französische Philosoph Michel Onfray erklärt, warum radikale Moslems so widerstandslos die Straßen Europas erobern. Was er der „Welt“ (2. November) zu Frankreich sagt, dürfte auch für Deutschland zutreffen:

„In Europa sind die Migranten stark, weil wir schwach sind. Daran ist weniger der Islam schuld, als der dekonstruktivistische, linke, intersektionale, maastriachianische Selbsthass, der in Frankreich grassiert ... Nationale Unmännlichkeit – hier möchte ich einwerfen: Man darf nicht einmal das Wort Männlichkeit verwenden, ohne als Faschist zu gelten – trifft auf arabische Männlichkeit, die sich in Angriffsposition begeben hat.“

Rafael Korenzechter deutet in der „Jüdischen Rundschau“ (November-Ausgabe) auf einen beklemmenden Unterschied zwischen den Hamas-Morden und der NS-Judenvernichtung hin:

„Wenn diese islamischen Mörder die Möglichkeit hätten, sechs Millionen Juden statt 1000 zu töten, würden sie es ohne jeden Zweifel mit Eifer tun. Und sie würden es nicht einmal versuchen, es vor der Welt zu verbergen, wie es die Deutschen getan haben, sondern diese grauenvollen Morde und Verbrechen an unschuldigen vor allem jüdischen Menschen auch noch ... weltweit feiern und bejubeln.“

Lisa Marie Kaus ist eine merkwürdige Ungleichbehandlung bei der Berichterstattung zu zwei Kriegen aufgefallen. Auf „Achgut.com“ (1. November) schreibt sie:

„Überhaupt finde ich es höchst erstaunlich, dass in der Berichterstattung über den Ukrainekrieg so gut wie nie die russische Perspektive gezeigt wird, während im asymmetrischen Krieg Israels gegen die Hamas permanent Bilder aus Gaza zu sehen sind. Ganz davon abgesehen, dass diejenigen, die sich mit der größten Vehemenz gegen jegliche Verhandlungen mit Russland sperren, oftmals auch diejenigen sind, die für einen Waffenstillstand mit der Hamas eintreten.“

● WORT DER WOCHE

„Vor ein paar Wochen und Monaten war die Rede von der Obergrenze noch ein rechtsradikales Narrativ.“

Ahmad Mansour, seit Jahren prominenter Kritiker einer unbegrenzten Einwanderung, in der „FAZ“ vom 6. November

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Show muss weitergehen

Wie man Entschlossenheit vortäuscht, und wie man die Wirklichkeit unter den Teppich kehrt

VON HANS HECKEL

Was haben sie nun eigentlich beschlossen auf dem pompös angekündigten Bund-Länder-Gipfel zur Massen-einwanderung? Der Bund zahlt den Ländern eine jährliche Pauschale von 7500 Euro für jeden Asylsucher. Dann müssen die Neuankommlinge statt 18 nunmehr 36 Monate warten, bis sie in den vollen Genuss des deutschen Sozialstaats kommen. Bis dahin bekommen sie nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die allerdings nur unwesentlich unter dem Bürgergeld liegen.

Schließlich wollen einige (nicht alle) Bundesländer dazu übergehen, statt Bargeld Bezahlkarten an die Asylbewerber auszugeben. Nun kann man mit den Karten auch für jemand anderen einkaufen, der einem dafür das entsprechende Bargeld gibt. Das ist zwar etwas umständlicher als die bisherige Verschenkpraxis, wo es das Geld direkt gibt – das war es aber auch schon.

Was ist mit entschiedener Zurückweisung an den Grenzen, wenn einer aus Österreich, Polen oder einem anderen sicheren Drittstaat einreisen will? Nichts, so weit man hört. Und ob Asylverfahren künftig auch in sicheren Staaten außerhalb Deutschlands durchgeführt werden können, soll erst einmal „geprüft“ werden. Aha.

Das soll alles sein? Da stellt sich die Frage: Wie verbirgt man diesen dünnen Mist bloß vor dem Publikum? Da fällt jetzt den Grünlinsen in Parteien, Redaktionen und Lobbygruppen eine entscheidende Rolle zu. Sie müssen möglichst laut aufschreien und mit allem aufbietbaren Pathos von der Gefahr für die Menschenrechte von „geflüchteten Schutzsuchenden“ durch die kaum wirksamen Beschlüsse warnen. Warum? Weil nur so der Eindruck erweckt werden kann, dass auf der Konferenz am vergangenen Montag tatsächlich etwas Entscheidendes beschlossen worden sei, was in Wahrheit nicht der Fall ist. Aber wenn die Asyllobby ein bisschen verücktspielt, werden viele glauben, dass da wirklich was war, und darum geht es schließlich. Die Show muss weitergehen.

Wie man so eine Show inszeniert, hatte schon der Vizekanzler Habeck vorgeführt. Mit markigen Worten geißelte er den eingewanderten Judenhass und drohte den ausländischen Antisemiten mit Abschiebung. Eine Presse-Anfrage bei Habecks Ministerium,

was denn auf die Abschiebe-Drohung praktisch folge, ergab: Da erfolgt gar nichts.

Nein, nicht ganz richtig: Es erfolgt schon etwas, aber eher das genaue Gegenteil von „Antisemiten entschlossener abschieben“. Die Ampel hält nämlich stur am Vorhaben fest, die Einbürgerung deutlich zu beschleunigen und zu erleichtern. Dann sind noch mehr radikal-islamische Judenhasser aus dem Morgenland sicher vor ihrer Abschiebung, weil sie den deutschen Pass haben. So geht Politik, schlau, was?

Kanzler Scholz nannte den Bund-Länder-Gipfel einen „sehr historischen Moment“. Tatsächlich könnte es mit der deutschen Geschichte zu Ende gehen, wenn unsere politische Führung das Land mit lauter solchen „Momenten“ weiter auf den historischen Abgrund zutreiben lässt.

Hessens CDU-Ministerpräsident Boris Rhein gab sich etwas weniger epochal als Scholz: „Ich betone, dass wir einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht haben.“ Auch eine Weltreise beginnt stets mit einem „wichtigen Schritt in die (hoffentlich) richtige Richtung“. Von da an ist es dann aber noch ein Stück. Insbesondere, wenn der Reisende in Wahrheit gar nicht an dem Ziel ankommen will, das er zum Schein angegeben hat.

Im Herbst 2024 wird weiter beraten

Aber fällt die Täuschung nicht auf, irgendwann? Also, dass am Massenzustrom an sich ungeachtet einer Neuverteilung der Kosten gar nichts Durchschlagendes geändert wurde? Keine Sorge, diesen heiklen Punkt haben die Verantwortlichen bestimmt im Blick. Gucken Sie auf den Kalender: Der Winter hält Einzug. Da wird es auch im Mittelmeer und auf den anderen Wanderungsrouten deutlich ungemütlicher. Wie jedes Jahr verringern sich in der garstigen Jahreszeit die Migrantenmengen. Sobald das eingetreten ist, werden Scholz und die Seinen den Rückgang als Beweis für den Erfolg ihres „historischen Moments“ verkaufen.

Sobald die Zahlen ab dem Frühjahr wieder in die Höhe schießen, dürften sie eine „neue Lage“ erkennen, auf die nun abermals „entschlossen zu reagieren“ sei. Vielleicht gelingt es ja, Bund und Länder auf einem gemeinsamen Gipfel im Herbst 2024 wieder an einen Tisch zu bringen, „um gemeinsam zu beraten“. Ganz gewiss wird dann wieder ein „Schritt in die richtige Richtung“ gemacht.

Auch eine Weltreise beginnt mit einem „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“. Von da ist es dann aber noch ein Stück



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de